



UFZ-Bericht

UMWELTFORSCHUNGSZENTRUM LEIPZIG-HALLE GMBH

Nr. 14/2000

Ostdeutsche Stadt-Umland-Regionen unter Suburbanisierungsdruck

Bericht zum Workshop am 4.11.1999 im UFZ

Peter Moser, Jürgen Breuste (Hrsg.)

UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH
Projektbereich Urbane Landschaften

RS

00

1705 MA

ISSN 0948-9452

Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ)



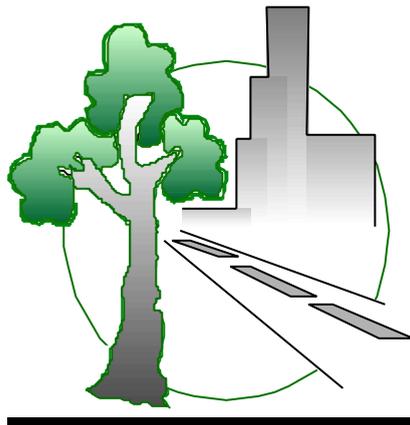
00408318

Ostdeutsche Stadt-Umland-Regionen unter Suburbanisierungsdruck

Tagesbericht des Workshops am 04.11.1999
am UFZ - Leipzig

Peter Moser, Jürgen Breuste (Hrsg.)

Für den Arbeitskreis Suburbanisierung



Inhaltsverzeichnis

Peter Moser, Jürgen Breuste Vorwort	4
1 Peter Franz Überlegungen zur Suburbanisierung in Ostdeutschland	5
2 Leo Artmann Der Suburbanisierungsprozesses und seine Bewertung aus der Sicht des Regierungspräsidiums Leipzig	8
3 Karsten Golnik Aktuelle Aspekte des Suburbanisierungsprozesses aus Sicht der Stadt Halle	16
 I Suburbanisierung und Stadt-Umland-Beziehungen	
4 Günther Herfert und Hartmut Usbeck Suburbanisierung und Stadt-Umland-Beziehungen – Zusammenfassung der AG-Ergebnisse	20
5 Hartmut Usbeck Aspekte der Suburbanisierung von Gewerbe in ostdeutschen Stadt-Umland-Regionen	21
6 Markus Hesse und Stefan Schmitz Suburbanisierung – Versuch einer Präzisierung von Befunden, Problemsicht, Strategien	25
7 Juliane Banse und Karl-Heinz Effenberger Tendenzen der Wohnsuburbanisierung und Wohnungsleerstände	29
8 Frank Eckhardt Die periphere Gesellschaft	38
 II Kulturlandschaft suburbaner Raum	
9 Barbara Mohr und Sandra Wohlleber Neue Kulturlandschaft – Zusammenfassung der AG – Ergebnisse	43
10 Jürgen Breuste Neue urbane Landschaft – die kulturlandschaftliche Perspektive der Suburbanisierung	44
11 Peter Moser Probleme und Lösungsansätze für eine nachhaltige Freiraum- und Landschaftsentwicklung in Stadtregionen	56

12	Manfred Kühn Gartenbezogenes Wohnen zwischen Stadt und Umland. Kleingärten und Hausgärten als Faktor der Suburbanisierung in ostdeutschen Stadtregionen	65
13	Heidrun Mühle Integrierte Konzepte für die nachhaltige Gestaltung einer urbanisierten ländlichen Kulturlandschaft	74
14	Jochen Frey Zur Gliederung von Stadt-Umland-Regionen mit Hilfe von stadtökologischen Raumeinheiten	80

III Anhang

	Der AK Suburbanisierung – Organisation, Aufgaben und Handlungsfelder	93
	Positionspapier des Arbeitskreises Suburbanisierung	94
	Autorenverzeichnis	99

Vorwort

Suburbanisierung in den Stadtregionen ist zu einem zentralen Element der gegenwärtigen Raumentwicklung geworden. Mit der Ausbreitung urbaner Lebensweisen und Wirtschaftsformen und der sehr dynamischen Flächeninanspruchnahme im Umland von Städten werden administrative Grenzen zwischen Stadt und Umland übersprungen und verlieren an Bedeutung. In den neuen Bundesländern ist die derzeitige Situation im suburbanen Raum das Ergebnis einer Entwicklung, die in einem außerordentlich kurzen Zeitraum die Stadtlandschaft stark verändert hat. Dieser Thematik widmet sich seit 1998 der Interdisziplinäre Arbeitskreis Suburbanisierung am UFZ.

Aufbauend auf Forschungsergebnissen verschiedener wissenschaftlicher Einrichtungen und Erfahrungen aus der Verwaltungspraxis veröffentlichte der Arbeitskreis ein Diskussionspapier (siehe Anhang) und diskutierte die darin erhaltenen Erkenntnisse auf einem Workshop im Herbst des Jahres 1999.

Das Ziel des Workshops bestand in der Formulierung konkreter Zielstellungen und Strategien zur Gestaltung und Steuerung der Suburbanisierung unter dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung. Die bisherigen Entwicklungen in den Stadtregionen der neuen Länder sind nur schwer mit einer nachhaltigen Regionalentwicklung in Einklang zu bringen. Deshalb kommt es dem Arbeitskreis darauf an, den weiteren Prozeß der Suburbanisierung gezielt zu gestalten und eine Verständigung im Hinblick auf seine Entwicklungsziele zu erzielen. Als wesentliche Handlungsempfehlungen des AK sind zu nennen:

- Konzepte für eine ökologisch orientierte Entwicklung von Klein- und Mittelstädten im suburbanen Raum zu entwickeln;
- Konzeptionen zur Lenkung des Suburbanisierungsprozesses in Stadtregionen als Alternative und Ergänzung zur kommunalen Planungshoheit weiter zu entwickeln;
- kurz-, mittel- und langfristigen Kooperationsvorhaben im Rahmen eines Stadt-Umland-Verbandes mit konkreter Zeitplanung mit zu gestalten;
- Leitbilder der Kulturlandschaften für Stadtregionen zu entwickeln.

Der Einladung zum Workshop am 04. November im UFZ folgten gleichermaßen Vertreter aus der Wissenschaft, der Planung und der Verwaltung. Über 50 Teilnehmer nahmen am Workshop teil und ermöglichten sowohl im Plenum als auch in den beiden Arbeitsgruppen *Suburbanisierung von Wohnen, Handel und Gewerbe* und *Bedeutung der Landschaft des Suburbanraums* eine lebhaft diskussion. Die ausgearbeiteten Diskussionsbeiträge und zusätzliche Beiträge von Workshopteilnehmern finden sich in diesem UFZ-Bericht wieder. Allen Teilnehmern, Moderatoren, Mitwirkenden und Autoren, die zum Gelingen des Workshops und der Publikation beigetragen haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Ein ganz besonderer Dank gilt den Praktikanten Ezther Ballo und Heike Bullmann, die tatkräftig an der Fertigstellung der Publikation mitgewirkt haben.

Peter Moser,
Jürgen Breuste

1 Überlegungen zur Suburbanisierung in Ostdeutschland

Peter Franz

Ich möchte im folgenden noch einmal auf den Anlaß zu sprechen kommen, der uns heute zu diesem Workshop zusammengeführt hat. Es gibt hier einen generellen und einen speziellen Anlaß zu erwähnen. Der generelle Anlaß besteht darin, daß in den neuen Ländern nach 1990 Suburbanisierungsprozesse unterschiedlicher Art stattgefunden haben; den speziellen Anlaß bildet das Positionspapier des Arbeitskreises Suburbanisierung mit seinen darin enthaltenen Thesen und Bewertungen.

Zunächst zum generellen Anlaß: Wenn man zentrale Unterschiede zwischen der Nachkriegsentwicklung ostdeutscher und westdeutscher Städte aufzählen will, so gehört auf jeden Fall die Entwicklung der Stadtränder dazu. Sozialistische Maximen des Städtebaus hatten nur eine partielle Ausdehnung der Städte in Form kompakter Randsiedlungen in Plattenbauweise erlaubt. Dies hatte zur Folge, daß viele Stadtränder aus der Vorkriegszeit bis zum Beginn der 90er Jahre weitgehend unverändert bestehen geblieben sind. Für das angrenzende Umland bedeutete dies umgekehrt, daß dort die Bewohnerdichten außerordentlich niedrige Werte beibehalten haben.

Hinzu kommt, daß selbst bis 1989 noch viele ostdeutsche Großstädte einen Überschuß von Zuwandernden aus dem Umland und aus ländlichen Bereichen verzeichnen konnten. Dies heißt, daß der Grad der Urbanisierung bis zum Ende der DDR eher noch gestiegen ist. Der damit verbundene Siedlungsdruck hatte auch Konsequenzen für die Stadtzentren: Während in den westdeutschen Innenstädten der Wohnraum und die Zahl ihrer Bewohner kontinuierlich schrumpften, und im gleichen Zug die Flächen für Handel und Dienstleistungen zunahmen, wurden in den ostdeutschen Zentren abgerissene Gebäude mit einstmals gemischten Nutzungen häufig durch Plattenbauten mit fast ausschließlicher Wohnfunktion ersetzt. Dies hatte zur Folge, daß der Wohnstandort „Innenstadt“ große Bedeutung beibehielt, wenn auch auf Kosten anderer Nutzungen.

Etwas überspitzt läßt sich für die Zeit der DDR von einer „eingefrorenen“ Raumordnung oder Raumstruktur sprechen, wobei vor allem jene Kräfte, die am ehesten Veränderungen hervorrufen, durch das damals herrschende politisch-ideologische Primat „stillgestellt“ waren. Zu diesen stillgestellten Kräften zählen in erster Linie die ökonomischen (unternehmerische Freiheit, Recht auf freie Standortwahl) und die politischen (Konkurrenzbeziehungen zwischen Kommunen, autonome Planungen der Kommunen). Die typischen westdeutschen Stadtprobleme einer zersiedelten Landschaft, einer abnehmenden Attraktivität innerstädtischer Wohnstandorte, abwanderungsbedingter Verluste bei den Steuereinnahmen und hoher sozialer Segregation stellten sich damit der politischen Führung ostdeutscher Städte zu Zeiten der DDR nicht.

Die raschen Veränderungen nach 1990 haben gezeigt, daß sich mit dem fortschreitenden Andauern dieser „eingefrorenen“ Raumordnung aber auch ein Veränderungsstau aufgebaut hatte, der mit dem raschen Ende der SED-Herrschaft handlungswirksam werden konnte. Der am stärksten unterbundenen Handlungsautonomie kleiner Gemeinden und der Unternutzung ihrer Flächen entsprechend, entwickelten gerade diese ein besonderes Interesse, die neueröffneten Handlungsspielräume der neuen föderalen Verfassung auszufüllen und Lagevorteile für sich auszunutzen. Zu diesen Lagevorteilen zählt insbesondere die räumliche Nähe zu einer großen Stadt mit dem darin konzentrierten Potential an Konsum- und Wohnbedürfnissen. Wie wir heute wissen, war dies – neben anderen Faktoren - mit Grundbedingung dafür, daß im Unterschied zum Suburbanisierungsverlauf in Westdeutschland in Ostdeutschland zunächst eine rasante Gewerbe- und Handels-Suburbanisierung unter

starker Beteiligung westdeutscher Betriebe und Filialketten einsetzte. Ein besonderes Merkmal dieser Gewerbesuburbanisierung ist, daß sie in starkem Maße von Fernzuzügen geprägt ist, also erst gar nicht der Umweg über innerstädtische Standorte eingeschlagen wurde. Es gibt Stimmen in der Fachwelt der Raumforscher, die dies nicht als Suburbanisierung auffassen. Dazu ist zu sagen, daß Suburbanisierung – also Wachstum von Umlandgemeinden - nicht notwendigerweise allein durch Stadt-Umland-Wanderungen, sondern auch durch interregionale Wanderungen hervorgerufen werden kann.

Um etwa drei Jahre zeitversetzt zur Gewerbesuburbanisierung setzte die Wohnsuburbanisierung ein. Zum ersten Mal schlugen sich in den Jahren 1993 und 1994 die Umzüge von Haushalten aus den Städten in die Umlandgemeinden wahrnehmbar in den Einwohner- und Wanderungsstatistiken nieder. Die Einwohnerverluste der großen Städte beruhten in abnehmendem Maße auf Abwanderern in den Westen und in zunehmendem Maße auf Abwanderern in das Stadtumland. Wie in Westdeutschland wurden und werden die Wegzugsentscheidungen in der Mehrzahl von städtischen Haushalten getroffen, die in der Konsolidierungsphase des Familienzyklus stehen, also von Ehepaaren mit Kindern im Alter zwischen fünf und 18 Jahren. Bei den Haushalten, die Wohneigentum erwerben, scheint nach bisherigen Erkenntnissen das Durchschnittsalter in den neuen Ländern etwas höher zu liegen als in den alten Ländern.

Angesichts dieser Befunde könnte man auch fragen: Lohnt es sich denn überhaupt, sich intensiver mit Suburbanisierungsprozessen zu befassen? Sind sie nicht einfach Ausdruck einer zwangsläufigen nachholenden Modernisierung, die unweigerlich zu den gleichen Resultaten führen wird, wie in den alten Ländern zu beobachten?

Ich denke, daß sich diese Fragen besser beantworten lassen, wenn ich nun auf den *speziellen Anlaß* zu diesem Workshop zu sprechen komme. Ich denke, es ist nicht ganz zufällig, daß sich ein Arbeitskreis Suburbanisierung gerade hier im Großraum Halle-Leipzig konstituiert hat. Grundvoraussetzung ist natürlich, daß im Großraum verschiedene wissenschaftliche Einrichtungen existieren, die über Forschungskompetenz zum Thema „Suburbanisierung“ verfügen. Darüber hinaus hat der Großraum eine besonders intensive Phase der Handels-Suburbanisierung durchlebt, die auch besonders heftige Reaktionen und Diskussionen von Planern, Investoren, Kommunalpolitikern und Raumordnungspolitikern in der Region nach sich gezogen hat. Bestimmte Objekte des Anstoßes haben es inzwischen zu deutschlandweiter Bekanntheit gebracht, und es wird vielfach die Frage gestellt, ob sich hier modellhafte Entwicklungen abzeichnen, mit denen andere Stadtregionen in der näheren Zukunft noch konfrontiert werden. Allein schon die Beantwortung dieser Frage würde es ohne weiteres rechtfertigen, sich wissenschaftlich ausführlicher mit Suburbanisierungserscheinungen zu befassen.

Des weiteren ist festzuhalten, daß wir hier in der Region Halle-Leipzig an der Schnittstelle zweier Länder sitzen, die auf das Thema „Suburbanisierung“ bisher unterschiedliche politische Antworten gegeben haben. Auf der einen Seite steht Sachsen mit seiner inzwischen mehrjährigen Praxis der Eingemeindungen von Umlandkommunen in die großen Städte, auf der anderen Seite Sachsen-Anhalt mit seiner bisherigen Enthaltensamkeit bei Eingemeindungen, aber dem Bemühen, im Rahmen seines Landesentwicklungsprogrammes bestimmte Siedlungsschwerpunkte auszuweisen. Welche besonderen Strategien darüber hinaus das Regierungspräsidium Leipzig verfolgt, werden wir gleich im Anschluß hören. Obwohl die beiden Städte Halle und Leipzig ähnlich von Suburbanisierungsfolgen betroffen sind, reagieren sie doch z.T. unterschiedlich. Das Verhältnis der Stadt Halle zu seinem Umlandkreis, dem Saalkreis, ist trotz einiger Beispiele gelungener Kooperation überwiegend von einem konflikthaften Umgang geprägt. Hier liegt aufgrund der geringen Größe des Saalkreises die Situation vor, daß Expansionsansprüche der Stadt in den Augen der Kreisvertreter sofort

eine Bestandsbedrohung des Umlandkreises darstellen, was eine sehr ungünstige Voraussetzung für das Gelingen von Kooperationsstrategien ist. Um so überraschender ist, daß ganz aktuell von Seiten des Landrates des Saalkreises die Idee eines Stadt-Umland-Verbandes ins Spiel gebracht wird.

Im Fall von Leipzig hat die Stadt bisher starken Rückenwind durch das Land erhalten, so daß die Stadtvertreter viele Konflikte mit Umlandkommunen zu ihren Gunsten entscheiden konnten. Abgesehen davon könnte Leipzig zumindest im Hinblick auf ökologische Ziele mit einem stadtgrenzen-überschreitenden Grünflächen- und Naturraumkonzept eine gewisse Vorreiterrolle bei der Stadt-Umland-Kooperation spielen.

Die Frage, welcher Weg zu beschreiten ist, um zu dauerhaften Stadt-Umland-Kooperationen zu gelangen, hat unser Arbeitskreis auch in dem Positionspapier aufgeworfen. Leider halten auch wir die universell anwendbare Königsstrategie nicht in unseren Händen, aber wir haben verschiedene Ideen, wie man solche Kooperationsprobleme angehen könnte. Wir denken, daß sich hier im Großraum Halle-Leipzig gute Möglichkeiten bieten, einmal verschiedene Strategien auszuprobieren. Um dies zu erreichen, ist es den Mitgliedern des AK Suburbanisierung mit diesem Workshop auch ein wichtiges Anliegen, in einen länger anhaltenden Dialog zwischen Wissenschaft und politischen Entscheidungsträgern einzutreten.

Ein anderer wichtiger Teil unseres Positionspapiers weist darauf hin, daß die von Suburbanisierung betroffenen Städte selbst einiges tun können, um das Leben in ihren Grenzen attraktiver werden zu lassen. Unserer Ansicht nach haben die Stadtvertreter bisher stark die ihnen entstehenden Nachteile beklagt, aber selbst zu wenig getan, um den Wohnbedürfnissen ihrer Bewohner besser zu entsprechen. So ist z.B. die Ausweisung von Bauflächen für Einfamilienhäuser von vielen Städten in zu geringem Umfang und zu spät erfolgt.

Schließlich sind im Positionspapier Vorschläge enthalten, wie die Wohnsuburbanisierung in qualitativer Hinsicht besser zu gestalten ist. Die Mitglieder des AK fordern also keinen Suburbanisierungsstopp, sondern suchen nach Wegen, die soziale und ökologische Qualität neuer Siedlungen im Stadtumland zu verbessern und dabei gleichzeitig auch die Freizeit- und Naherholungsbedürfnisse der Stadtbewohner im Auge zu behalten. Trotz des inzwischen erreichten Suburbanisierungsgrades zeichnet sich das Umland ostdeutscher Städte nach wie vor durch vergleichsweise geringe Zersiedlung und durch eine relativ geringe Bewohnerdichte aus. Dies heißt auch, daß durchaus noch Handlungsmöglichkeiten gegeben sind, Teile des Stadtumlands zu ökologisch wertvollen und von vielen Personen nutzbaren Flächen aufzuwerten. Einen hohen Stellenwert hat im Hinblick darauf auch die politische Gestaltung der Verkehrsinfrastruktur, sowohl was den ÖPNV als auch den motorisierten und nicht motorisierten Individualverkehr betrifft. Gerade im Großraum Halle-Leipzig merkt man immer wieder, wie fragil die vorhandene Straßen- und Wegeinfrastruktur gegenüber neuen Belastungen ist und zu welchen Problemen unkoordinierter Siedlungs- und Straßenbau führt.

Dies zusammengenommen zeigt, daß es in den Augen des Arbeitskreises andere Wege gibt als den, die Suburbanisierung und ihre Folgen schicksalsergeben hinzunehmen und den erreichten Zersiedlungsgrad in den westdeutschen Stadtregionen als zukünftig wahrscheinlichsten und nicht vermeidbaren Endzustand anzusehen. Ich hoffe und wünsche uns allen, daß wir am Ende dieses Workshops und am Ende unserer Diskussionen ein kleines bißchen mehr darüber wissen, wie diese alternativen Wege aussehen könnten.

2 Der Suburbanisierungsprozeß und seine Bewertung aus der Sicht des Regierungspräsidiums Leipzig

Leo Artmann

Neben dem Großraum Berlin kam nach der Wende auf den Raum Leipzig-Halle der größte regionale Entwicklungsdruck in Ostdeutschland zu. Möglichkeiten und Grenzen der Steuerung einer solchen Entwicklung durch ein Regierungspräsidium mit den Instrumenten der Raumordnung sollen in diesem Beitrag dargelegt werden.

2.1 Entwicklung von Raumordnung und Landesplanung im Raum Halle-Leipzig seit 1990

Im Sächsischen Landesentwicklungsplan wird ein ehrgeiziges Ziel verfolgt, das sogenannte Sachsendreieck (Leipzig, Dresden, Chemnitz) gemeinsam mit Halle zu einer europäischen Cityregion zu entwickeln. Das Ziel besteht darin, mit diesem Konstrukt im europäischen Raumordnungskonzept eine gute Position einzunehmen, um auch bei Mittelverteilungen für Infrastrukturmaßnahmen im europäischen Vergleich vorrangig berücksichtigt zu werden. Die Voraussetzungen hierfür sind gegeben. Das Sachsendreieck selbst ist natürlich auf Grund der Entfernungen der Oberzentren und der Dichteproblematik im Gebiet sicher schwierig auszugestalten. Es dient aber als Entwicklungsansatz und soll durch die Infrastrukturausbaumaßnahmen zunehmend mit Leben erfüllt werden. Die Verbindungen von Leipzig nach Halle sind auf Grund der geographischen Lage noch intensiver (Halle liegt nur 40 km von Leipzig entfernt). Die Region Halle-Leipzig ist durch seine außerordentliche günstige Verkehrslage schon historisch, aber auch aktuell innerhalb von Deutschland besonders bevorteilt.

Die Entwicklung rund um das Schkeuditzer Kreuz, dem Autobahnkreuz zwischen Halle und Leipzig, war sofort nach der Wende außerordentlich dynamisch. Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinweg war dringend erforderlich. Durch diesen Entwicklungsdruck bedingt, entstanden neuartige Formen der formellen und informellen Zusammenarbeit in Mitteldeutschland. Es bildeten sich neuartige Formen der regionalen Selbstorganisation heraus. So gibt es seit 1994 einen Staatsvertrag zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Raumordnung und Landesplanung zwischen Sachsen und Sachsen-Anhalt. Angeregt durch die Raumordnungskommission entstand über zwei regionale Entwicklungskonferenzen in den Jahren 1995 und 96 ein gemeinsames „Regionales Entwicklungskonzept“. Die Erarbeitung dieses Regionalen Entwicklungskonzeptes war nicht konfliktfrei und von vielen kontroversen Auseinandersetzungen getragen. Zum einen, weil natürlich die unterschiedlichen politischen Ausrichtungen der beiden Landesregierungen und die unterschiedlichen Gesetzeslagen in den beiden Ländern für Reibungspunkte sorgten, aber natürlich auch die kommunalen Egoismen Wellen schlugen und diese Entwicklungskonferenzen nachteilig beeinflussten. In diesem Regionalen Entwicklungskonzept wurden über Leitbilder der Regionalentwicklung Leitprojekte entwickelt.

Die regionale Selbstorganisation im Raum Halle-Leipzig hat sich über die ersten Anfänge der Zusammenarbeit der zuständigen Abteilungsleiter und Dezernenten bis hin zu einer von den drei Regierungspräsidenten geleiteten Lenkungsgruppe mit der heutigen Form, dem Regionalforum Mitteldeutschland, entwickelt. Im Regionalforum Mitteldeutschland haben sich wesentliche regionale Akteure aus den Bereichen Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Kultur zusammengefunden, um regionale Problemlagen zu besprechen und zu ihrer Lösung Leitprojekte zu definieren (Abb. 2.1).

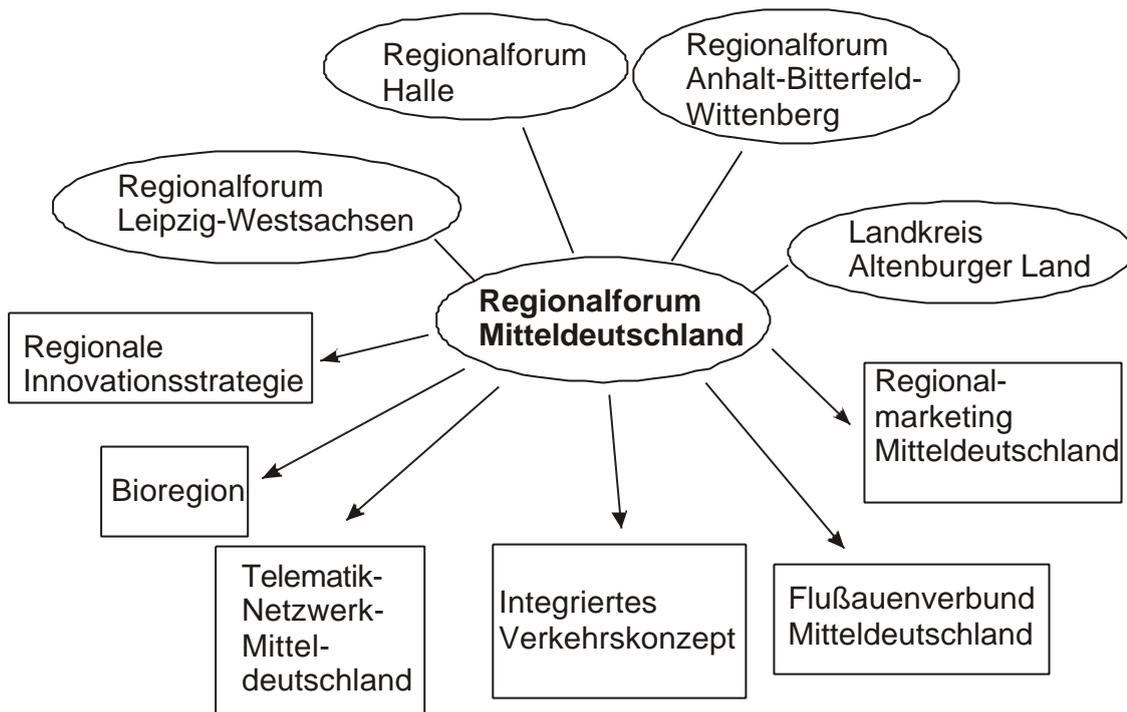


Abb. 2.1 Funktion des Regionalforums Mitteldeutschland

In temporären Projektgruppen werden die Projekte soweit entwickelt, dass sie durch selbsttragende Strukturen fortgeführt werden können. Beispiele hierfür sind die regionale Innovationsstrategie Mitteldeutschland, die Biotechnologieentwicklung, Informations- und Kommunikationsentwicklung, Verkehrsprojekte und Landschaftsgestaltung.

Wesentliche Verkehrsprojekte, die durch das Regionalforum Mitteldeutschland gefördert werden sollen, sind

- die Erweiterung des gemeinsamen Flughafens Leipzig-Halle zwischen den beiden Städten,
- der Aufbau einer neuen ICE Trasse von Erfurt nach Halle-Leipzig als Teil der Verbindung München-Berlin,
- eine südliche und eine westliche Autobahnumgehung um den gesamten Raum Halle-Leipzig (A 38 und A 143),
- der Aufbau eines großen Güterverkehrszentrums auf einer Fläche von 200 ha.

In Tab. 2.1 ist die Entwicklung der Formen der informellen und formellen Zusammenarbeit im Raum Halle-Leipzig, d. h. der verschiedenen Formen der regionalen Selbstorganisation dargestellt. Daraus wird ersichtlich, dass neben den Kooperationsformen, die sich mit dem Gesamtraum beschäftigen, auch Kooperationsformen für Teilräume entstanden sind. Dies betrifft den Grünen Ring Leipzig, den Südraum Leipzig, das industrielle Gartenreich, Bitterfeld-Dessau und die drei Regierungsbezirke Leipzig, Halle und Dessau. Die Problematik der unterschiedlichen Landesgesetze und Landespolitiken im Bereich von Raumordnung und Landesplanung werden in Tab. 2.2 dargestellt. Die Abbildung zeigt den Umfang des regionalen Abstimmungsbedarfes und die dringende Notwendigkeit von gemeinsamen Entwicklungskonzepten deutlich auf.

Tab. 2.1 Regionale Selbstorganisation Raum Leipzig - Halle

Formelle Organisation Gesamtregion	Staatsvertrag Sachsen – Sachsen-Anhalt zu Raumordnung und Landesplanung								
	Raumordnungskommission Regionale Arbeitsgemeinschaft								
Regionale Konferenzen									
Informelle Organisation Gesamtregion	AG Halle – Leipzig	Lenkungsgruppe Halle – Leipzig (Vereinbarung der 3 RP)			Regionalforum Mitteldeutschland Delegiertenkonferenz der 3 Regionalforen				
	Ltg.: AL der 3 RP Verwaltungsfachebene	Ltg.: 3 Regierungspräsidenten Verwaltungsspitzen/ Kammern			Regionale Akteurs-Netzwerke (Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft)				
Informelle Organisation Teilregion					Regionalforum Westsachsen Regionalforum Anhalt				
					Regionalforum Halle				
					Südraum Leipzig (SL GmbH, Kommunalforum Wirtschaftsverein)				
					Industrielles Gartenreich Dessau/ Bitterfeld				
					Grüner Ring Leipzig				
								REK Dübener Heide	
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
AL	Amtsleiter								
SL	Sektionsleiter								
REK	Regionale Entwicklungskonferenz								
RP	Regierungspräsidium								
									Regierungspräsidium Leipzig

Tab. 2.2 Planung der Landesentwicklung und Regionalplanung im Raum Halle-Leipzig

	Sachsen	Sachsen-Anhalt
Vorläufige gesetzliche Regelungen	Gesetze zur vorläufigen Regelung der Raumordnung und Landesplanung und zu vorläufigen Grundsätzen und Zielen zur Siedlungsentwicklung und Landschaftsordnung im Freistaat Sachsen vom 20.06.1991	- keine extra Regelungen
Gesetze zur RO und Landesplanung	Sächsisches Landesplanungsgesetz vom 24.06.1992 Sächsischer Landesentwicklungsplan vom 16.08.1994	Vorschaltgesetz zur RO und Landesplanung des Landes Sachsen-Anhalt vom 02.06.1992 (Art. 1 Landesplanungsgesetz) Art. 2 Landesentwicklungsprogramm
Träger der Regionalplanung	5 Regionale Planungsverbände mit 5 regionalen Planungsstellen	3 Regierungspräsidien als obere Landesplanungsbehörden im Benehmen mit Regionalen Planungsbeiräten
Differenzierte Planungsinhalte (Auswahl)	- Primärintegration der Landschaftsplanung - Entwicklungsachsen - Regionale Grünzüge	- separate Landschaftsplanung - keine Entwicklungsachsen - keine regionalen Grünzüge
Ergebnisse der Regionalplanung	- Regionalpläne - Braunkohlenpläne / Sanierungsrahmenpläne	- regionale Entwicklungsprogramme - Regionale Teilentwicklungsprogramme
Neuregelung von Raumordnung und Landesplanung		- Landesentwicklungsplan Sachsen-Anhalt vom 23.08.1999
Neue Träger der Regionalplanung		- 5 Regionale Planungsgemeinschaften mit 5 Geschäftsstellen

Die Steuerung des Suburbanisierungsprozesses im Raum zwischen Halle und Leipzig war von Anfang an eine der Triebkräfte für die landes- und grenzübergreifende Zusammenarbeit. Die Bauflächenentwicklung im Raum Halle-Leipzig konzentrierte sich sehr stark auf diesen unmittelbaren Zwischenraum zwischen diesen beiden Oberzentren. Die genehmigten Baugebietsflächen liegen insbesondere im Saalkreis (der Landkreis, der Halle umschließt), bei über 24 ha je 1000 Einwohner. Im Landkreis Delitzsch und im damaligen Landkreis Leipziger Land sind es mit 10 – 12 ha je 1.000 Einwohnern etwa die Hälfte.

2.2 Entwicklung der Stadt-Umland-Region Leipzig

Im aktuellen Entwurf des Regionalplanes Westsachsen (Regierungsbezirk Leipzig) ist ein verdichteter Raum Leipzig ausgewiesen. Der verdichtete Raum umfaßt die Stadtregion Leipzig, die wir im engeren Sinne als unmittelbaren Verflechtungsraum ansehen und den industrialisierten durch Kohle-Energie-Chemie geprägten Südraum Leipzig. Der verdichtete Raum ist gegliedert in das Oberzentrum selbst im Kern, bei dem es im Grundsatz darauf ankommt, die oberzentralen Funktionen zu stärken. Dies geschieht zunehmend und die bereits stattgefundene Entwicklung im Umland bekommt dadurch Schwierigkeiten. Der Nordteil der Stadt-Umland-Region ist geprägt durch die

Großprojekte des Verkehrs: Flughafen, Güterverkehrszentrum, Neue Leipziger Messe, Autobahnausbau, ICE Planung.

Im Sog dieser Großprojekte ist der Nordraum auch für Siedlungsentwicklungen besonders interessant geworden. Für die Großprojekte im Nordraum von Leipzig ist eine gemeinsame Umweltverträglichkeitsuntersuchung erreicht worden. Im Ergebnis dieser gemeinsamen Umweltverträglichkeitsuntersuchung sind insbesondere Empfehlungen zu bestimmten Flächen entwickelt worden, die als Freiraum erhalten werden bzw. eine bestimmte landschaftliche Entwicklungen nehmen sollen. Diese Empfehlungen konnten bis jetzt auch weitestgehend umgesetzt werden.

Der Ostteil der Stadt-Umland-Region ist landschaftlich zur Zeit der attraktivste Teil. Hier gibt es Wald und Seen, die durch Auskiesungen entstanden sind. Der Ostteil war schon immer ein interessantes Wohngebiet für gutbetuchte Leipziger. Diese Tendenz, gerade dort auch die Wohnfunktion hinzuverlagern, war natürlich seit der Wende intensiv vorhanden.

Im Südraum Leipzig wird seit 300 Jahren Braunkohlenabbau betrieben. In den 70er und 80er Jahren wurden 60 Mio. t Kohle/a gefördert. Als Ergebnis von drei Regionalkonferenzen hat sich ein neues Leitbild zur Entwicklung dieser Region herausgebildet. Umweltsanierung, Fortführung der traditionellen Industriezweige Kohle, Energie, Chemie auf verringertem absoluten Produktionsniveau, aber auf neuem Innovationsniveau und Freizeitwirtschaft sind die neuen Entwicklungslinien. Die Bergbaufolgelandschaft des Südraumes Leipzig hat ein außerordentlich interessantes Entwicklungspotential. Die Seen werden zunehmend mit Wasser gefüllt und als Erholungsraum für die Leipziger sowie die Bewohner des Südraumes attraktiv.

Der Westteil der Stadt-Umland-Region Leipzig ist durch die Lagebeziehung zu Halle, die Infrastrukturanbindung und durch eine Gemengelage von Arbeiten und Wohnen charakterisiert.

2.3 Ergebnisse der Siedlungsentwicklung in der Stadt-Umland-Region Leipzig

In der Stadt-Umland-Region Leipzig mit rund 700.000 Einwohnern und einer Fläche von 620 km² gab es nach der Wende drei Wellen der Siedlungsentwicklung, zuerst der Handel, dann das Gewerbe und bis heute anhaltend die Wohnbaulandentwicklung. Folgende Sonderbedingungen muss man dabei beachten:

Leipzig ist die nahezu dicht besiedeltste Großstadt Deutschlands. Die Gemarkungsfläche war bis zur Gemeindegebietsreform Ende 1998 sehr eng. Im unmittelbaren Umland lagen zum Teil kleine 500 – Einwohner – Gemeinden, an denen 200 Jahre Siedlungsentwicklung nahezu spurlos vorbeigegangen waren und die jetzt die volle Planungshoheit hatten. Auf sie kamen die gesamten Interessenlagen des Suburbanisierungsprozesses Anfang der 90er Jahre zu. Es kam zu kommunalen Planungsvorstellungen in einer Größe von insgesamt 14.230 ha neuem Bauland in der gesamten Stadtregion Leipzig. Als Ergebnis der Arbeit der oberen Raumordnungsbehörde wurden von diesen beantragten 14.230 ha 9.500 ha raumordnerisch befürwortet. Das sind etwa 67 %. Dabei muss man sehen, dass in diesen Flächenzahlen verhältnismäßig wenig Flächenentwicklungen in der Stadt Leipzig lagen und die meisten beabsichtigten Flächenentwicklungen im damaligen Umfeld von Leipzig vorgesehen waren. Von den beabsichtigten Flächenentwicklungen der Stadt-Umland-Region außerhalb der Stadt Leipzig wurden nur 55 % raumordnerisch befürwortet. Das waren z. T. intensive und schmerzhaft Auseinandersetzungen, die immer wieder einmal, heute zunehmend weniger, zu dem Ruf nach der Abschaffung der Regierungspräsidien geführt haben. Dies resultierte insbesondere aus der Auseinandersetzung zur Bauflächenentwicklung heraus.

2.3.1 Entwicklung des großflächigen Einzelhandels

Unmittelbar auf der Landesgrenze, aber noch im Land Sachsen-Anhalt wurden im Sommer 1990 bereits die Entscheidungen zum Aufbau des größten Einkaufszentrums in Deutschland getroffen. Der Saalepark hat jetzt eine Verkaufsraumfläche von 130.000 m². Er befindet sich in einer Gemeinde mit 1.000 Einwohnern und die Entwicklung ist noch nicht zu Ende. Mit solchen Fragen hat sich die Raumordnungskommission Halle – Leipzig zu befassen. Allein in der Stadtregion Leipzig bestanden Absichten 2 Mio. m² Verkaufsraumfläche zu errichten. Diese Entwicklung wurde soweit zurück gedrängt, dass im unmittelbaren Umland von Leipzig und in nicht integrierten Standorten in Leipzig insgesamt 400.000 ha Verkaufsraumfläche dazugekommen sind. Zur Wende betrug die Verkaufsraumfläche der Stadt-Umland-Region ca. 200.000 m². Dies entsprach dem üblichen Standard in der DDR mit 0,33 m² Verkaufsraumfläche pro Einwohner. Im vergangenen Jahr wurden in der Stadt-Umland-Region Leipzig ca. 1 m² Verkaufsraumfläche pro Einwohner erreicht, aber eben nicht in der gewünschten Struktur im Verhältnis zwischen integrierten und nicht integrierten Standorten. Der nicht integrierte Anteil ist doppelt so hoch wie planerisch gewünscht. Die großflächigen Einzelhandelszentren auf der grünen Wiese bekommen tendenziell Schwierigkeiten. Vorstellungen zur Umnutzung werden geboren und sind eigentlich jetzt die raumordnerisch relevanten Probleme. Ein anderer aktueller Schwerpunkt sind die unmittelbar nach der Wende in ehemaligen LPG-Hallen oder in ähnlichen Einrichtungen entstandenen Provisorien. Hier sind Fristen ausgelaufen und die Händler drängen nach endgültigen Lösungen. Neue weitere Zentren des großflächigen Einzelhandels stehen z. Zt. nicht mehr als zu bewertende Planungen an.

2.3.2 Gewerbegebietsentwicklung

In der Stadt-Umland-Region Leipzig wurden von den Kommunen ca. 4.600 neue Gewerbegebietsflächen konzipiert. Weniger als 60 % wurden davon raumordnerisch befürwortet. Die Gewerbegebiete in der unmittelbaren Stadtregion Leipzig laufen relativ gut. Alle geförderten Gewerbegebiete sind zu 80 % und mehr belegt.

2.3.3 Entwicklung des Wohnbaulandes

Als dritte und letzte Welle der kommunalen Baulandausweisung begann ca. 1993 und bis heute andauernd die Wohnbaulandausweisung. Diese Entwicklung konzentrierte sich im Umland von Leipzig vor allen Dingen stark auf die traditionell beliebte Wohngegend im Leipziger Osten und den Leipziger Norden, der durch seine Wirtschafts- und Infrastrukturentwicklung besonders interessant wurde. In der gesamten Stadt-Umland-Region Leipzig wurden in diesem Zeitraum 2600 ha neues Wohnbauland mobilisiert. Beantragt wurden von den Kommunen 4140 ha. In der Stadt Leipzig wurden nahezu alle beantragten Flächen raumordnerisch befürwortet. Die Ablehnungen konzentrieren sich auf das Umland von Leipzig. Mit dieser Baulandausweisung wurden die Voraussetzungen für den Bau von ca. 110.000 Wohnungseinheiten in der Stadt-Umland-Region Leipzig geschaffen. Zur Zeit sind natürlich bei weitem noch nicht alle raumordnerisch befürworteten Bauflächen baurechtlich genehmigt und demzufolge auch noch nicht realisiert. Für die weitere Entwicklung ist jedoch interessant, einige aus heutiger Sicht problematische raumordnerische Befürwortungen noch einmal mit den betroffenen Kommunen zu diskutieren.

2.4 Bewertungsansätze zum Suburbanisierungsprozess

Untersuchungen zur Bewertung des Suburbanisierungsprozesses werden in der Regel regionsbezogen durchgeführt. In aller Regel werden negative Folgen für die Regionalentwicklung konstatiert. Wenn jedoch laut SIEVERTS (1997) 50 % der Weltbevölkerung in der „Zwischenstadt“ wohnen, werden Überlegungen zum Leitbild für diese „Zwischenstadt“ immer bedeutungsvoller. Vergleichende Betrachtungen zum Suburbanisierungsprozess in den deutschen Großstadtreionen bzw.

europäischen Großstadtreionen können hierzu Grundlagen liefern. Einige denkbare Kriterien für diese Bewertungsansätze sollen im Folgenden diskutiert werden.

2.4.1 Bebauungsgrad

Die Flächenbeanspruchung durch neue Baugebiete in der Stadt-Umland-Region Leipzig im Zeitraum 1991 bis 1998 liefert folgendes Ergebnis. In der Summe dieser Bauflächenentwicklung ist für die Stadt-Umland-Region Leipzig festzustellen, dass sich der Bebauungsgrad in der Vorwendezeit von 15 %, wenn alle raumordnerisch befürworteten Flächen mobilisiert werden können, in Richtung 22 % entwickeln wird. Das ist immer noch deutlich unter dem Durchschnitt vergleichbarer westdeutscher Stadtreionen, wie z.B. die Stadt-Umland-Region von Hannover mit 32 %.

2.4.2 Raumordnerische Qualität der "Zwischenstadt"

Ein raumordnerisches Ziel der Siedlungsentwicklung besteht in der Konzentration der Entwicklung auf axiale Situationen. Damit soll dem ÖPNV, insbesondere dem schienengebundenen ÖPNV, eine Chance eingeräumt und die Infrastruktur insgesamt effizient entwickelt werden. Darüber hinaus sollen die Naturräume in den interaxialen Situationen geschont werden.

Festgestellt werden kann, dass die Bauflächenausweisung in der Stadtreion Leipzig sich zu 87 % im zentralen Ort und auf Achsen entwickelt hat. Der Anteil der Bauflächenentwicklung außerhalb der Achsen wurde fast ausschließlich im Zeitraum 1990 bis 1994 genehmigt. Seit 1995 sind solche Genehmigungen nur noch in ganz wenigen Ausnahmefällen zu verzeichnen.

Bei der weiteren Beschäftigung mit diesem Kriterium ist insbesondere der räumliche Bereich der Achsen näher zu definieren. Der Einzugsbereich des schienengebundenen ÖPNV kann nicht das alleinige Kriterium sein.

2.4.3 Unzerschnittene Freiräume

Das Institut für ökologische Raumentwicklung e. V. Dresden hat in seinem Jahresbericht 1997 hierzu einen Beitrag veröffentlicht. GÖSSEL & SIEDENTOPP (1997) stellen hierin einen Vergleich von Freiraumsystemen in deutschen Stadt-Umland-Regionen an. Es zeigt sich darin, dass die Stadt-Umland-Region Leipzig im Vergleich zu 5 anderen deutschen Großstadtreionen einen deutlich überdurchschnittlichen Anteil von unzerschnittenen, verlärmungsarmen Freiräumen besitzt. Dies unterstützt die Aussagen im Pkt. 4.2, wonach gerade im Raum Leipzig auch bisher die Entwicklung vorrangig auf axiale Situationen konzentriert wurde.

2.4.4 Kommunalwirtschaftliche Auswirkungen der Suburbanisierung

Das Abwandern von gut verdienenden Einwohnern in die Randräume der Stadt-Umland-Regionen hat fatale Folgen für die Haushalte der Kernstädte. Die Aufrechterhaltung der oberzentralen Funktionen wird dadurch deutlich erschwert. Vor dem Hintergrund einer extrem ungünstigen natürlichen Bevölkerungsentwicklung und einem hohen negativen Wanderungssaldo aus der gesamten Stadt-Umland-Region Leipzig heraus zeigt die Tab. 2.3 eine Differenzierung der intraregionalen Folgen des Suburbanisierungsprozesses.

Tab. 2.3 Einwohnerentwicklung 1988 – 1998 in der Stadt-Umland-Region Leipzig

Bereich	EW 1988	EW 1998	Saldo 1988/ 98 in EW	Veränderung 1988/ 98 in %
Stadt Leipzig (Grenzen 1988)	545 307	437 101	- 108 206	- 20 %
1993 – 99 nach Leipzig eingemein- dete Gemeinden	50 473	60 164	+ 9 691	+ 19 %
Stadt Leipzig (Grenzen 1999)	595 780	497 265	- 98 515	- 17 %
Übrige Gemeinden der Stadt- Umland-Region Leipzig	150 938	164 931	+ 13 993	+ 9 %
Stadt-Umland-Region Leipzig	746 718	662 196	- 84 522	- 11%

Es läßt sich feststellen, dass die höchsten Einwohnerzuwächse die unmittelbaren Anrainerkommunen zu Leipzig hatten. Diese Gemeinden sind im Laufe der 90er Jahre nahezu vollständig in die Stadt Leipzig eingemeindet worden. Dadurch konnte der Einwohnerverlust der Stadt Leipzig etwas gesenkt werden und ca. 40 % der abgewanderten Einwohner wieder in die Stadt Leipzig integriert werden. Der Randbereich der Stadt-Umland-Region verzeichnete ebenfalls Einwohnerzuwächse. Fast der gesamte Einwohnerzuwachs konzentriert sich auf den Ostraum Leipzig. Besonders hervorzuheben sind hierbei die Gemeinden Machern und Borsdorf. Die Problematik der Gemeindegebietsreform war in Leipzig deshalb besonders relevant, weil hier die wenigsten Eingemeindungen im Vergleich mit allen deutschen Großstädten seit dem 2. Weltkrieg erfolgt waren.

Weitere Möglichkeiten zur Verringerung von Negativfolgen für die Haushalte der Kernstädte sind Verträge zur Kosten-Nutzen-Verteilung von Vorhaben im Bereich der gewerblichen Bauflächenentwicklungen.

Ein Beispiel hierfür in der Stadt-Region ist der Vertrag zwischen der Stadt Leipzig und der Stadt Taucha zur Entwicklung von Möbel-Walther in Taucha.

Steuerungsmöglichkeiten des nach der Wende vehement einsetzenden Suburbanisierungsprozesses in der Stadt-Umland-Region Leipzig waren vorhanden und wurden genutzt. Für die weitere Einflußnahme auf den Suburbanisierungsprozess sind neue Bewertungsansätze und vergleichende Untersuchungen im nationalen oder europäischen Maßnahmerahmen von besonderem Interesse.

Literatur

GÖSSEL, J. & S. SIEDENTOPP (1997): Freiraumsysteme in deutschen Stadtregionen. Methodische Aspekte einer GIS-gestützten Bestands- und Belastungsanalyse. In: IÖR – Jahresbericht 1997, 19-23.

SIEVERTS, T. (1997): Zwischenstadt. Bauwelt Fundamente. Braunschweig.

3 Aktuelle Aspekte des Suburbanisierungsprozesses aus Sicht der Stadt Halle

Karsten Golnik

Der Themenschwerpunkt Suburbanisierung und Stadt-Umland-Beziehungen ist in seiner Vielschichtigkeit in einem knapp bemessenen Redebeitrag nur in Ausschnitten darstellbar. Ich möchte deshalb den Versuch unternehmen in 4 Anmerkungen auf Sachverhalte und Probleme hinzuweisen, die momentan in der unteren Planungsebene, sozusagen vor Ort bedeutsam sind.

Gestatten Sie mir am Beginn meiner Ausführungen im Namen des Oberbürgermeisters der Stadt Halle, Herrn Dr. RAUEN, dem Veranstalter und dem Arbeitskreis Suburbanisierung Dank zu sagen für die Veröffentlichung des Positionspapiers zu den Problemen ostdeutscher Stadt-Umland-Regionen. Inhaltlich stimmt die Stadt Halle in vielen Positionen voll mit den Aussagen des Papiers überein.

Die kompakte Form des Positionspapiers ermöglicht es einer breiten Öffentlichkeit sich sehr schnell und inhaltlich konkret mit dem Thema zu beschäftigen. Es wird deutlich, dass hier ein dringender Handlungsbedarf besteht.

Betrachten wir den Suburbanisierungsprozess aber auch als Entwicklungschance für unsere Region Halle-Leipzig, in der für dessen Steuerung mittlerweile gute Grundlagen bestehen.

Vier Themenkreise, die uns in der täglichen Arbeit „auf den Nägeln brennen“, sind:

1. Der Prozess der Wohnsuburbanisierung in der Stadt-Umland-Region
2. Die Einzelhandelssuburbanisierung
3. Die Schaffung neuer Gebietsstrukturen im Rahmen einer geplanten Gebietsreform in Sachsen-Anhalt
4. Der schwierige Prozess der Neuorganisation der Regionalplanung in Sachsen-Anhalt und die Stadt-Umland-Kooperation

3.1 Der Prozess der Wohnsuburbanisierung in der Stadt-Umland-Region oder auch: Das Umland wächst auf Kosten der Kernstadt

Im Zeitraum von 1989 bis Ende 1998 ging die Einwohnerzahl in der Stadtregion Halle von 530.150 EW auf 476.908 EW zurück.

Einen Bevölkerungsrückgang von 19,2 % in der Stadt Halle steht ein Bevölkerungszuwachs von 18,4 % im Saalkreis, dem die Stadt Halle umgebenden Kragenkreis, gegenüber.

Im Zeitraum von 1993 bis 1998 weist die Stadt Halle mit dem Saalkreis einen negativen Wanderungssaldo von -15.900 auf. Dies entspricht etwa dem Einwohnerzuwachs im Saalkreis und macht deutlich:

Das starke Einwohnerwachstum der Umlandgemeinden hat sich auf Kosten der Stadt Halle vollzogen. Der negative Wanderungssaldo der Stadt Halle hat sich seit 1996 auf hohem Niveau stabilisiert. Eine Trendwende ist gegenwärtig nicht erkennbar.

Der Anteil der Zuzüge aus Halle an der Gesamtzahl der Zuzüge einzelner Umlandgemeinden beträgt dabei bis zu 90 %.

Die mögliche Entwicklung des Wohnungsbaues im Saalkreis und die Konsequenzen für die Stadt Halle

Aufgrund des Potentials zukünftiger Wohnungsbaustandorte aus den genehmigten Bauleitplanungen und den in Planung befindlichen Standorten im Saalkreis ist ein weiterer Zuwachs von 15.000 - 20.000 Einwohnern zu erwarten.

Der mögliche Zuwachs aufgrund des o. g. Wohnbauflächenpotentials würde zu einer Erhöhung der Einwohnerzahl im Saalkreis auf 95.000 - 100.000 Einwohner führen und damit deutlich über dem Prognosewert des Statistischen Landesamtes von 92.000 Einwohnern im Jahr 2010 liegen. Für die Stadt Halle weist die Bevölkerungsvorausberechnung selbst bei einer angenommenen abgeschwächten Abwanderung in das Umland einen weiteren extremen Bevölkerungsrückgang bis auf ca. 219.000 Einwohner im Jahr 2010 aus, damit wird die Stadt Halle innerhalb von 20 Jahren ein Drittel ihrer Einwohner verloren haben.

Für die Stadt Halle ergeben sich durch den Prozess der Wohnsuburbanisierung weitreichende Konsequenzen:

- Die Leistungsfähigkeit des Oberzentrums Halle ist durch den derzeit zu wenig gesteuerten Prozess der Suburbanisierung, insbesondere der Wohnsuburbanisierung, akut gefährdet. Es ist zunehmend nicht mehr in der Lage, die im Gesetz über den Landesentwicklungsplan in Sachsen-Anhalt festgelegten Aufgaben für die Entwicklung der Gesamtregion zu finanzieren.
- Neben den extremen Einwohnerverlusten durch die Abwanderung in das Umland führt die Suburbanisierung zu zurückgehenden Steuereinnahmen und zur Schließung von sozialen Infrastruktureinrichtungen.
- Volkswirtschaftliche Verluste in Größenordnungen ergeben sich durch den rasch anwachsenden Wohnungsleerstand, besonders in den Plattenbausiedlungen, der Abbruch- und Rückbaumaßnahmen in großem Umfang erfordert.
- Der prognostizierte Wohnungsleerstand von 30.000 - 50.000 Wohnungen im Jahr 2012 erreicht eine historische Dimension, die dringend Konzepte erfordert und nur im Miteinander von Kommunen, der Wohnungswirtschaft, dem Bund und den Ländern bewältigt werden kann.

3.2 Die Einzelhandelssuburbanisierung

Die Einzelhandelssuburbanisierung hat sich stark verlangsamt (so das Positionspapier) und ich möchte hinzufügen, der Standortwettbewerb im Einzelhandel wird immer härter.

Ein aktuelles (brisantes) Thema ist die Erweiterung der Verkaufsflächen an den bestehenden großflächigen Einzelhandelsstandorten an nichtintegrierten Standorten außerhalb der festgelegten zentralen Orte, die in vielen Fällen mit Sport-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen mit dem Ziel der Attraktivitätssteigerung ergänzt werden sollen.

Die Städte Leipzig und Halle sehen in dieser Entwicklung eine direkte Bedrohung ihrer städtischen Zentrenentwicklung durch die Weiterentwicklung von Standorten außerhalb der zentralen Orte, die in der Wendezeit entstanden sind.

Auch wenn sich der reine Verkaufsflächenzuwachs stark verlangsamt hat, trägt die qualitative Aufwertung der o. g. Einzelhandelsstandorte durch Ergänzungsfunktionen wesentlich zur Verstetigung der negativen Grundsituation bei.

Die Stadt Halle erwartet in diesem Zusammenhang ein klares Bekenntnis der Raumordnungskommission Halle-Leipzig zur Stärkung der Entwicklung in den Oberzentren und zur Beschränkung der Entwicklung des Einzelhandels an Einzelhandelsstandorten außerhalb der zentralen Orte.

3.3 Die Schaffung neuer Gebietsstrukturen im Rahmen einer geplanten Gebietsreform in Sachsen-Anhalt als Voraussetzung für die regionale Kooperation

In einem Diskussionsforum am 19.10.1999, das von Prof. Friedrich (Institut für Geographie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) moderiert wurde, wurde die Frage der Notwendigkeit einer Gebietsreform in Sachsen-Anhalt mit Politikern, Wissenschaftlern und Bürgern diskutiert.

Der hallensische Oberbürgermeister Dr. RAUEN forderte in seinem Diskussionsbeitrag Egoismen zugunsten einer starken Region zu überwinden. Insbesondere wurde die mit der Zersiedlung einhergehende Verschleuderung von Volksvermögen kritisiert.

Die beteiligten Wissenschaftler aus Halle (Prof. Sahner, Prof. Benz) und Dresden (Prof. Müller) stützten die Position der Stadt Halle, dass eine Gemeindegebietsreform notwendig ist, um 1.) die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit im Stadt-Umland-Bereich zu verbessern und 2.) die Voraussetzung für die regionale Kooperation zu schaffen.

Prof. SAHNER resümierte u. a.:

„Die Frage wie groß die Verwaltungseinheiten aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen sein sollen, können Bürgermeister und Landräte nicht entscheiden. Daher tue eine Verwaltungsreform not, die so ausgelegt ist, dass die Durchsetzung von Partialinteressen nicht auf Kosten der Allgemeinheit geht“.

Natürlich ist die Eingemeindung von Umlandgemeinden in die Kernstadt kein Allheilmittel und im übrigen zumindest in einer Übergangsphase für die Kernstadt auch mit Nachteilen verbunden.

Die Schaffung effizienter Grundstrukturen im Siedlungsnetz unter Beachtung der Verflechtungsbeziehungen im Stadt-Umland-Bereich ist aber eine wichtige Voraussetzung, um die regionale Entwicklung zu steuern und die regionale Kooperation mit einer möglichst hohen Effizienz zu ermöglichen.

3.4 Der schwierige Prozess der Neuorganisation der Regionalplanung in Sachsen-Anhalt und die Stadt-Umland-Kooperation

Im Landesplanungsgesetz vom April 1998 wurde die Trägerschaft der Regionalplanung in Sachsen-Anhalt geändert. Während bis 1998 das Regierungspräsidium (Dez. 32 Raumordnung und regionale Entwicklung) Träger der Regionalplanung in Sachsen-Anhalt war, ging diese Aufgabe mit dem o. g. Landesplanungsgesetz an die Landkreise und kreisfreien Städte in Sachsen-Anhalt über. In Form von Zweckverbänden (Regionale Planungsgemeinschaften) werden die Landkreise und kreisfreien Städte ihre Aufgaben als Verbandsmitglieder einer Regionalen Planungsgemeinschaft für die fünf im Landesplanungsgesetz definierten Planungsregionen wahrnehmen. Verbandsmitglieder der Regionalen Planungsgemeinschaft Halle sind als Träger der Regionalplanung die kreisfreie Stadt Halle (Saale) und die Landkreise Burgenlandkreis, Mansfelder Land, Merseburg-Querfurt, Saalkreis und Weißenfels.

Im Zeitraum der vergangenen 18 Monate seit der Verabschiedung des Landesplanungsgesetzes im Landtag von Sachsen-Anhalt ist es nicht gelungen die Finanzierung der Geschäftsstellen der Regionalen Planungsgemeinschaften zu sichern. Der Entwurf eines Rahmenvertrages zur Finanzierung der Geschäftsstellen der Regionalen Planungsgemeinschaften sieht die Finanzierung bzw. Abordnung von 3 Landesbediensteten für 3 Jahre vor. Danach wird der Personalkostenanteil, der durch das Land Sachsen-Anhalt getragen wird sukzessive verringert, bis nach 10 Jahren die Personalkosten zu hundert Prozent durch die Landkreise und kreisfreien Städte aufgebracht werden. Die Träger der Regionalplanung werden damit deutlich schlechter gestellt als die Träger der Regionalplanung in den benachbarten Bundesländern Sachsen und Thüringen.

Die Übernahme von weiteren Aufgaben wie die Moderation und Planungen für den Stadt-Umland-Bereich der Oberzentren in Sachsen-Anhalt, aber auch die Aufstellung und Umsetzung Regionaler Entwicklungskonzepte und Regionaler Aktionsprogramme sind mit dem vorgesehenen Personalbestand nicht zu leisten.

Die Stadt Halle war in den vergangenen Jahren auf verschiedenen Ebenen bemüht die Stadt-Umland-Kooperation zu verbessern.

Exemplarisch stehen dafür z. B. die im Zeitraum zwischen 1991 - 1993 durchgeführten Regionalforen Halle – Saalkreis mit den Bürgermeistern der Umlandgemeinden.

Ein positives Beispiel für die Zusammenarbeit der Kernstadt mit einer Umlandgemeinde sind die gemeinsame Rahmenplanung und der Abschluss eines Vertrages zur gemeinsamen Erschließung von Industrie- und Gewerbegebieten zwischen der Stadt Halle und der Gemeinde Queis im Saalkreis. Weitere Versuche gemeinsamer Rahmenplanungen bis hin zu städtebaulichen Verträgen z. B. mit der Gemeinde Peißen (Saalkreis) blieben aus unterschiedlichen Gründen spätestens vor der Unterschriftsleistung auf der Strecke.

Welchen Beitrag sollte die Forschung leisten?

Innerhalb der Forschungsarbeiten des UFZ Leipzig - Halle sollte die Entwicklung von Strategien und Zielvorstellungen für die Stadt-Umland-Regionen weiterhin einen hohen Stellenwert haben.

Forschungsbedarf aus Sicht der Stadt Halle wird insbesondere für folgende Themenfelder gesehen:

1. Periodische Auswertung der beobachteten Raumentwicklung auf der Basis von Daten der laufenden Raumb Beobachtung und Bildung von Indikatoren zur Darstellung in Berichtsform
2. Entwicklung von Leitbildern der Kulturlandschaften für Stadt-Umland-Regionen
3. Untersuchungen zu den Verflechtungsbeziehungen im Verdichtungsraum Halle als Grundlage n-untersuchung für den Regionalen Entwicklungsplan und die Kommunalreform
4. Herausarbeitung der Profile der Freizeit- und Naherholungsangebote und -aktivitäten für die Re-gion Halle-Leipzig unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung der Bergbaufolgeland-schaften.

Suburbanisierung und Stadt-Umland-Beziehungen

Günter Herfert, Hartmut Usbeck (Protokoll)

Diskussionsleitung: Günter Herfert, Hartmut Usbeck, Peter Franz

In der Arbeitsgruppe wurden Statements abgegeben von Hesse, Herfert, Banse, Beetz, Usbeck und Niemann.

Folgende Themenkreise wurden diskutiert:

- Idealbild der kompakten Stadt und die Dichotomie von Stadt und Umland
 - Entspricht nicht mehr der Realität, Entwicklung zu regionalen Aktivitätsfeldern; Aktionsräume von Personen und Unternehmen sind nicht an Verwaltungsgrenzen orientiert; Herausbildung differenzierter Teilräume (Zwischenräume, Zwischenstädte)
 - Stadtregion als funktionale Einheit von Stadt und Umland in den Mittelpunkt von Analyse, Planung, Steuerung der Entwicklung stellen; alle Ansätze und Formen der Stadt-Umland-Kooperation sollten unterstützt und gefördert werden; Stadt-Umland-Kooperation setzt gleichberechtigte Partner und Vertrauen voraus; Kooperation darf nicht von Interessen der Kernstadt dominiert werden.
- Bisherige und künftige Trends der Suburbanisierung in ostdeutschen Stadt-Umland-Regionen
 - Suburbanisierung fand nicht unter Wachstumsbedingungen statt, sondern war mit stark rückläufiger Bevölkerungs- und Beschäftigtenzahl in Stadtregionen verbunden;
 - Suburbanisierung befriedigte Nachholebedarf der Bevölkerung nach Eigenheimen und Wohnungen; Prozess wurde durch förderpolitische und steuerliche Rahmenbedingungen unterstützt;
 - forcierter Wohnungsneubau in Umlandgemeinden steht zunehmender Leerstand (in allen Baualtersgruppen) in den Kernstädten gegenüber.
 - seit 1996/97 deutlicher Rückgang des Wohnungsbaus in Umlandgemeinden;
 - unterschiedliche Einschätzungen zum künftigen Trend:
- nach dem hohen Suburbanisierungstempo bis 1996/97 setzt zeitlich begrenzte „Ruhepause“ ein, danach erneuter Anstieg;
- größter Nachholbedarf ist gedeckt; Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation erlauben keinen weiteren Anstieg der Suburbanisierung.
 - Altstandorte und alte Quartiere bedürfen einer wesentlich stärkeren Förderung, um diese Standorte zu beleben und einer dispersen Entwicklung entgegenzusteuern.
 - Förderpolitik generell so ausrichten, dass eine nicht gewollte Entwicklung nicht auch noch finanziell unterstützt wird.

5 Aspekte der Suburbanisierung von Gewerbe in ostdeutschen Stadt-Umland-Regionen

Hartmut Usbeck

Suburbanisierung basiert auf Standortoptimierungen von Haushalten und Unternehmen, bei denen es um die Maximierung von Standortvorteilen und die Minimierung von Standortnachteilen geht (vgl. Thesen von HESSE und SCHMITZ zum Workshop). Wenn die Rede von der in den letzten Jahren so oft beklagten und von vielen Planern kritisierten Suburbanisierung des Gewerbes ist, bedeutet das doch nichts anderes, als dass Unternehmen Standortentscheidungen zugunsten des Umlandes und nicht der Kernstädte getroffen haben. Da man davon ausgehen kann, dass unternehmerische Standortentscheidungen nach rationalem Kalkül getroffen werden, sahen viele Unternehmen offenbar ihren optimalen Standort (oder zumindest das Überwiegen von Standortvorteilen) im Umland der Kernstädte und haben danach ihre Standortentscheidungen ausgerichtet.

In ostdeutschen Großstadtreionen gab es in der wirtschaftlichen Umbruchsituation der ersten Hälfte der 90er Jahre in konzentrierter Form Pull- und Push-Faktoren für die Kernstädte und ihr Umland, die Standortentscheidungen von Unternehmen im o. g. Sinne maßgeblich beeinflusst haben.

Dazu zählen einerseits:

- Eigentumsverhältnisse an Grundstücken und Gebäuden am bisherigen Standort,
- sprunghaft gestiegene und oft traumhafte Grundstücks- und gewerbliche Mietpreise in den Kernstädten,
- keine oder begrenzte Erweiterungsmöglichkeiten auf vielen Altstandorten und/oder fehlende Mittel für die Finanzierung von grundhaften Sanierungen,
- unzureichende Verkehrsanbindung unter neuen logistischen Bedingungen,
- fehlende verbindliche Planungen für innerstädtische Standorte, u. a.

Auf der anderen Seite boten Umlandstandorte für Unternehmen, die um ihrer Weiterexistenz am Markt willens oder wegen der Besetzung neuer Märkte (Ansiedler) zu Standortentscheidungen gezwungen waren, entscheidende Vorteile. Dazu gehören insbesondere:

- schnelle Verfügbarkeit neuer Baugebiete, kaum Flächenbegrenzungen,
- günstige Preiskonditionen (häufig gefördert) für Grunderwerb und damit Möglichkeit für Bankkredite,
- moderne infrastrukturelle Erschließung,
- gute regionale und (in den meisten Fällen) überregionale Erreichbarkeit,
- Nähe zum traditionellen bzw. potentiellen Markt.

Diese Vorteile wurden meist noch unterstützt durch einen der wichtigsten weichen unternehmensbezogenen Standortfaktoren, eine kooperative und unternehmensfreundliche Verwaltung und kurze Entscheidungswege.

Damit sind aus meiner Sicht die wichtigsten Rahmenbedingungen (neben der spezifischen Förderpolitik) für unternehmerische Standortentscheidungen zur Gewerbesuburbanisierung genannt.

Die Usbeck GmbH hat in den letzten 5 Jahren in der Region Leipzig nach einer einheitlichen Methodik mehrere Unternehmensbefragungen durchgeführt, in denen die Gründe für Standortentscheidungen, die Bedeutung von bestimmten Standortfaktoren für solche Entscheidungen und die Zufriedenheit mit den Standortbedingungen im Mittelpunkt standen (vgl. USBECK GmbH 1994a, 1994b, 1995, 1997a, 1997b, 1998).

Die Ergebnisse können hier nur skizzenhaft dargelegt werden:

- a) Von den etwa 300 befragten Betrieben auf 10 Gewerbestandorten des Leipziger Umlandes waren etwa ein Viertel Ansiedler aus den alten Bundesländern, 45 % Verlagerer aus der Stadt Leipzig, 30 % Verlagerer aus der Leipziger Region.

Als Hauptgründe für die Verlagerung aus der Kernstadt in das Umland wurden genannt:

- keine Erweiterungsflächen am alten Standort,
- Eigentumsverhältnisse am alten Standort,
- zu hohes Flächen- und Mietpreisniveau in der Kernstadt,
- städtebauliche Situation und schlechte Verkehrsanbindung.

Die wichtigsten Ansiedlungsgründe auf den Standorten im Umland waren für Neuansiedler (aus den ABL) und für Verlagerer:

- Gute regionale und überregionale Verkehrsanbindung (Straße),
- schnelles und unbürokratisches Verwaltungshandeln (unternehmensfreundliche Verwaltung),
- günstiger Bodenpreis,
- schnelle Standortentwicklung,
- günstige Lage zum Markt/ zu den Kunden durch Großstadtnähe und Lage im Agglomerationsraum (vor allem Neuansiedler).

Damit wird deutlich, dass die Umlandstandorte in dieser Entwicklungsphase für die Unternehmen entscheidende Standortvorteile vor allem bei den wichtigsten harten Standortfaktoren und beim unternehmensbezogenen weichen Faktor „Verwaltungshandeln“ aufzuweisen hatten.

- b) Das Branchenprofil der Unternehmen auf den untersuchten Umlandstandorten der Region Leipzig ist wie folgt charakterisiert:

- 33 % Handel und Logistikbereich
- 30 % Baugewerbe
- 27 % verarbeitendes Gewerbe
- 7 % unternehmensbezogene Dienstleistungen.

Die Suburbanisierung des Gewerbes wurde also durch Wirtschaftsbereiche getragen, die einen Wachstumsboom in der ersten Hälfte der 90er Jahre hatten, die einen größeren Flächenbedarf besitzen, der in den Kernstädten nicht oder nur mit extrem hohen Kosten zu realisieren war (Flächenpreis) und die auf eine gute Verkehrsanbindung angewiesen sind. Gerade für diese Branchen mußten die gesuchten Standorte in dieser Wachstumsphase schnell verfügbar sein, was fast ausschließlich nur im Umland zu realisieren war.

Untersuchungen in Thüringen haben beispielsweise gezeigt, dass von den bis Ende 1998 im Freistaat genehmigten neuen Gewerbe- und Industriestandorten drei Viertel im Zeitraum bis 1994 genehmigt wurden. Die enorme Bedeutung der Verkehrslage spiegelt sich darin wider, dass 80 % der genehmigten GE-Standorte und 90 % der GI-Standorte Thüringens nicht weiter als 10 km von einer Autobahn und zwei Drittel dieser Standorte in einem 5-km-Radius um eine Autobahnanschlussstelle liegen (USBECK GmbH 1999).

Die Suburbanisierung des Gewerbes spiegelt sich auch in einer differenzierten Beschäftigtenentwicklung von Kernstädten und Umland in den letzten Jahren wider. Seit 1994 verloren die drei größten sächsischen Städte Chemnitz, Dresden und Leipzig über 10 % ihrer Arbeitsplätze (Rückgang im Landesmaßstab ca. 6 %). Demgegenüber konnten die meisten Umlandkreise ihre Arbeitsplatzzahl stabilisieren und teilweise ausbauen. Der Arbeitsplatzverlust bei den Thüringer Stadtkreisen war im gleichen Zeitraum mit -14 % noch höher. In einigen Umlandkreisen an der Thüringer Städteachse stieg dagegen die Arbeitsplatzzahl (als Folge der Standortentwicklung in der ersten Hälfte der 90er Jahre) deutlich an (+ 8-10 %). An diesem Arbeitsplatzzuwachs im Umland waren vor allem der Dienstleistungssektor (insbesondere Verkehr/ Nachrichten, unternehmensbezogene

Dienstleistungen) und das Verarbeitende Gewerbe beteiligt (USBECK 1999). Die großen Städte verlieren bei dieser Entwicklung absolut und relativ an Gewicht als Arbeitsplatzstandorte in ihrer Region, das Umland (hier insbesondere gut entwickelte Gewerbestandorte im engeren Umland) gewinnt an regionaler Bedeutung. In nicht wenigen Fällen sind in den letzten Jahren traditionelle ländlich Auspendlergemeinden des Umlandes zu Gemeinden mit deutlichem Einpendlerüberschuss und einem regionalen Pendlereinzugsbereich geworden (Beispiel: Nohra im Kreis Weimarer Land, Ichtershausen im Ilmkreis, oder Radefeld (seit 01.01.1999 zu Schkeuditz) im Kreis Delitzsch.

Eine Prognose der gewerblichen Suburbanisierung ist äußerst kompliziert und von mir in diesem Beitrag keinesfalls zu erwarten. Es seien nur einige Aspekte angeführt, die gegen eine Fortsetzung des Trends solch ungebremsster Entwicklung wie in der ersten Hälfte der 90er sprechen:

- Der Höhepunkt von Standortverlagerungen aus den Kernstädten und von externen Ansiedlungen ist seit 1995/96 überschritten.
- Die Zahl der Genehmigungen von neuen Gewerbestandorten „auf der grünen Wiese“ ist seit 1995 sehr stark rückläufig, die Bedeutung der Revitalisierung von Altstandorten wächst.
- Der Auslastungsgrad zahlreicher entwickelter Standorte läßt zu wünschen übrig. Flächenreserven sind in bestehenden Gebieten quantitativ noch ausreichend vorhanden. Es ist jedoch die Frage, ob diese den gewachsenen qualitativen Ansprüchen potentieller Nachfrager entsprechen.
- In den meisten Städten ist inzwischen ein deutlich verbessertes Standortangebot gegeben. Durch umfangreiche Eingemeindungen sind ihnen inzwischen attraktive Standorte des ehemaligen Umlandes zugefallen, deren Entwicklung sich zumindest „statistisch“ nun nicht mehr als Suburbanisierung niederschlägt, sondern durch Verwaltungsakt nunmehr sogar „raumordnerisch verträglich“ im Oberzentrum stattfindet.
- Mietpreis- und Bodenpreisniveau in den meisten Kernstädten haben sich auf ein normales Maß „eingepegelt“ und passen sich der deutlich reduzierten Nachfrage an.
- Veränderungen in der Förderpolitik von Neustandorten einerseits und inzwischen wirksam werdende hohe Verschuldung von Kommunen bremsen weitere Erschließungen.

Abschließend möchte ich aus unseren Erfahrungen bei den Unternehmensinterviews und der generellen Beschäftigung mit dem Urbanisierungsproblem darauf verweisen, dass bei der Standortwahl von Unternehmen und der Beurteilung von Standortbedingungen in erster Linie ein Wirtschaftsraum und weniger eine Verwaltungseinheit (ob Stadt oder Umlandgemeinde) im Mittelpunkt steht. Nach der Wahl des Wirtschaftsraumes entscheidet sich ein Unternehmen für einen Standort, an dem ihm für seine Tätigkeit die besten Standortbedingungen geboten werden. Aus unternehmerischer Sicht ist somit das traditionelle Verhältnis Stadt-Umland eigentlich wenig relevant sondern die Vorteile, die eine Region bieten kann. Unter diesem Aspekt ist es an der Zeit, planerisches Denken, Verwaltungshandeln, Wirtschaftsförderung und auch Finanz- und Ausgleichsregelungen viel stärker als wir das bisher gewohnt sind auf ein System von Stadtregionen einzustellen. Die reale Raumentwicklung verläuft, unter den gegebenen Rahmenbedingungen, ob wir das wollen oder nicht, längst in diese Richtung.

Literatur

- HESSE, M. & ST. SCHMITZ (1999): 7 Thesen zum Workshop „Ostdeutsche Stadt-Umland-Regionen unter Suburbanisierungsdruck“ – Versuch einer Präzisierung von Befunden und Problemsicht. November 1999.
- USBECK GmbH (1994a): Betriebsbefragung zur Standortbewertung und zum Standortverhalten. (unveröff. Studie). Leipzig.

- USBECK GmbH (1994b): Strategisches Konzept für die innovative Entwicklung der Region Halle-Leipzig-Dessau. Teilstudie: Analyse der begünstigenden Umstände und Faktoren für den Neuaufbau und die Entwicklung einer wettbewerbsfähigen Industrie und für ein innovationsgeprägtes Wachstum der Wirtschaft in der Region. (unveröff. Studie). Leipzig.
- USBECK GmbH (1995): Regionalentwicklung – Flächennutzung – weiche Standortfaktoren in der Stadtregion Leipzig. (unveröff. Studie). Leipzig.
- USBECK GmbH (1997a): Analyse gewerblicher Flächennutzungen und Bewertung von Standortbedingungen aus der Sicht von Unternehmen in der Stadtregion Leipzig. (unveröff. Studie). Engelsdorf.
- USBECK GmbH (1997b): Der Wirtschaftsstandort Engelsdorf. Ergebnisse einer Integrierten Strukturanalyse und Unternehmensbefragung. (unveröff. Studie). Engelsdorf.
- USBECK GmbH (1998): Der Wirtschaftsstandort Borna. Ergebnisse einer Standortanalyse und Unternehmensbefragung. (unveröff. Studie). Engelsdorf.
- USBECK GmbH (1999): Untersuchung der Entwicklung der seit 1990 neu entstandenen Industrie-, Gewerbe-, Wohn-, Misch- und Sondergebietsflächen in Thüringen. - Genehmigte Baugebietsflächen (unveröff. Studie). Leipzig-Engelsdorf.
- USBECK H. (1999): Suburbanisierung und Migrationsverhalten in Thüringen. Vortrag auf dem Workshop „Bevölkerungsentwicklung. Folgen für die Entwicklung in den ländlichen Räumen Thüringens.“ in Erfurt. November 1999.

6 Suburbanisierung – Versuch einer Präzisierung von Befunden, Problem-sicht, Strategien

Markus Hesse, Stefan Schmitz

6.1 Vorbemerkung

Die Idee dieses Workshops, das Thema Suburbanisierung der ostdeutschen Städte und Stadtregionen zu diskutieren, ist angesichts der dynamischen Raumentwicklung der vergangenen zehn Jahre sehr zu begrüßen. Eine kritische, aber auch unvoreingenommene Debatte dieses Gegenstandes ist u.E. aus einem weiteren Grund sinnvoll: Je mehr die Prozesse der siedlungsräumlichen Dispersion fortschreiten, um so mehr wird man sie als Realität anerkennen müssen. Allerdings handelt es sich hierbei nicht um die resignierte Kapitulation vor der Kraft des Faktischen; vielmehr eröffnet eine nähere, vorurteilsfreie Betrachtung dieser Prozesse neben offensichtlichen Risiken auch den Blick für Chancen zur Weiterentwicklung des Stadtraums. Diese sind stärker ins Bewußtsein zu rücken. Suburbanisierung ist von ihrer maßgeblichen Entwicklungsrichtung wohl nicht mehr korrigierter. Sie ist Ausdruck und Ergebnis eines spezifischen Musters europäischer Urbanisierung. Ihre konkrete Ausformung stellt gleichzeitig eine wichtige, bisher vernachlässigte Gestaltungsaufgabe dar. Dazu werden nachfolgend einige grundsätzliche Überlegungen formuliert, die als Plädoyer für einen differenzierten Umgang mit dem Phänomen der Suburbanisierung zu verstehen sind. Sie basieren auf den in Heft 7/8.1998 der Informationen zur Raumentwicklung zusammengestellten Beiträgen zur Genese einer neuen „Stadt-Landschaft“ (HESSE und SCHMITZ 1998) und stehen auch in Verbindung zu den Diskussionsanstößen von T. SIEVERTS (1997).

6.2 Was ist der Gegenstand dieser Diskussion?

These 1: Suburbanisierung ist eine empirisch überprüfbare Realität in den meisten Agglomerationen der Industrieländer, die eingebettet ist in längerfristige Tendenzen der Dekonzentration von Raumnutzungen (Bevölkerung, Arbeits-, Versorgungs- und Freizeitstätten). Sie entspringt dem rationalen Kalkül der einzelwirtschaftlichen bzw. individuellen Standortentscheidungen von Haushalten und Unternehmen, das im Versuch der Maximierung von Standortvorteilen und Minimierung von Standortnachteilen zu möglichst geringen ökonomischen Risiken besteht. Es vollzieht sich insbesondere über den Ausgleich hoher Bodenpreise durch niedrige Mobilitätskosten, überlagert von qualitativen Vorteilen der Stadtränder (z.B. „grüne“ Wohnumgebung, günstige automobiler Erreichbarkeit). Als Resultat dieser Entwicklung entstehen zunehmend differenzierte, vielgestaltige Siedlungsräume. Sie sind in ein übergeordnetes System von Stadtregionen eingeordnet, die als funktionales Beziehungsgeflecht künftig an die Stelle der alten Kernstädte treten werden.

6.3 Womit rechnen wir in Zukunft?

These 2: Wir gehen davon aus, dass die Suburbanisierung unter gleichbleibenden Randbedingungen der Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung (sowie deren politisch-institutioneller Verhaftetheit) weiterhin große Bedeutung haben wird. Dies gilt für die westdeutschen Agglomerationen ganz sicher, in unterschiedlicher Weise aber auch für die mittleren und großen ostdeutschen Städte. Dort findet die räumliche Dispersion unter den Bedingungen einer insgesamt rückläufigen Einwohnerzahl statt, sie äußert sich regional stärker differenziert als in Westdeutschland. Insgesamt wird sich dieser Entwicklungstrend aber – eingebettet in ein zyklisches Wechselspiel von Konzentration und Dehnung des städtischen Raums – vermutlich nicht umkehren.

6.4 Bisherige Bewertung der Suburbanisierung: Probleme und Belastungen

These 3: Bisher werden die Suburbanisierungsprozesse überwiegend kritisch bewertet. Ohne jeden Zweifel führen die einzelwirtschaftlichen Standortentscheidungen von Haushalten und Betrieben in Richtung Stadtumland in der Summe zu erheblichen ungedeckten Folgekosten oder Externalitäten, vor allem in den Bereichen Infrastruktur, Verkehr, Umwelt und Städtebau. Damit sind gesellschaftliche Nachteile verbunden, die in die Bilanzierung von (individuellen, gesamtwirtschaftlichen) Kosten und Nutzen der Suburbanisierung bisher nicht hinreichend eingehen.

Eine Internalisierung dieser Externalitäten ist überfällig und wäre ein erster Schritt, um offenkundige Fehlallokationen zu vermeiden. Wir würden jedoch die These vertreten, dass diese Internalisierung aufgrund der steigenden individuellen Standortanforderungen (und der begrenzten Möglichkeiten, diese innerhalb des Stadtraums befriedigend zu erfüllen) nicht zu einer grundsätzlichen Trendumkehr beitragen würde. Auch dürfen die Wirkungen, die von den im Grundsatz notwendigen politisch-administrativen Reformen ausgehen können (Regionalstadt, Eingemeindungen, regionale Kooperation), nicht überbewertet werden. Die Fragmentierung des gebauten Raumes ist nicht ohne weiteres steuerbar.

6.5 Räumliche Planung zwischen Anspruch und Wirklichkeit

These 4: Räumliche Planung hat sich, basierend auf Leitbildern wie dem der „kompakten Stadt“ und der „Dezentralen Konzentration“, eine kritische Bewertung der Suburbanisierung zu eigen gemacht und gegen diesen Trend zu steuern versucht. Eine solche Aufgabe läuft jedoch angesichts der schwachen Instrumentierung der Planung und der Wirkmächtigkeit der überlagernden sozialen und ökonomischen Entwicklungsmuster zunehmend ins Leere. Das unbeirrbar Verfolgen alter Leitbilder kann das Problem nicht lösen; es wäre in seiner faktischen Bedeutungslosigkeit im Kern sogar hochgradig unpolitisch.

Insgesamt gibt es u.E. konzeptionell kein glaubhaftes „zurück zur alten Stadt“. Die Erwartungen, die an eine umfassende Strategie der Reurbanisierung geknüpft werden, sind nicht nur hoffnungslos überfrachtet. Sie leiden mit Blick auf komplexe Zielkategorien wie Flächeneinsparung oder Verkehrsreduzierung auch erheblich an Unterkomplexität (z.B. bezogen auf empirische Kenntnisse der realen „flows“, die zielgerichtete Steuerbarkeit der Siedlungsstruktur, die erhofften Wirkungen aus bestimmten Maßnahmen).

6.6 Plädoyer für einen Perspektivenwechsel

These 5: Die Suburbanisierung ist nicht nur deshalb ein legitimer Teil der Entwicklung der europäischen Städte, weil sie als Grundtendenz unter den gegenwärtigen Bedingungen kaum zu verhindern sein wird. Die spätindustrielle Stadt besteht aus mehr als nur der historischen Kernstadt und ihrem Umland. Ausgehend von diesem traditionellen Verhältnis haben sich in den letzten Jahrzehnten zunehmend differenzierte Teilräume (Zwischenräume, „Zwischenstädte“, Hybride) gebildet, die einen mehr oder weniger eigenständigen Charakter aufweisen. Diese Räume lassen sich nicht mehr ausschließlich entlang der klassischen Dichotomie von Zentrum vs. Peripherie, gut vs. schlecht etc. erklären und bewerten, und sie stellen weit mehr als eine von planerischen Vollzugsdefiziten induzierte Fehlentwicklung dar.

6.7 Orientierungs- und Bewertungsfragen

These 6: Eine pauschale Abqualifizierung der suburbanen Räume als anti-städtisch und nicht-nachhaltig würde bei aller berechtigten Kritik gegenüber Einzelproblemen außerdem übersehen, dass sich die Maßstäbe zur Bewertung des Gesamtprozesses zunehmend verschieben. In der weiteren Diskussion ist zu berücksichtigen:

- dass einige klassische Annahmen über die ökologischen Belastungen des Siedlungsflächenverbrauchs nicht mehr ohne weiteres haltbar sind (zumindest relativiert werden) und die rigide

Forderung nach einem Stopp des Flächenverbrauchs diese Belastungen nur räumlich und zeitlich verlagern, nicht aber lösen würde;

- dass es aus Sicht von Städtebau und Stadtökologie bisher keinen wirklich tragfähigen Ansatz zur Bestimmung und Realisierung einer optimalen Relation aus Dichte, Stadtgröße und Lebensqualität gibt;
- dass eine genaue Analyse und Bewertung der Wanderungsdynamiken im Kontext der stadtregionalen Entwicklung durch das Konstrukt der Stadtgrenzen oder Politiken der Eingemeindungen systematisch verzerrt wird (mithin auch innerstädtische Wanderungen zu berücksichtigen sind);
- dass Ziele der Verkehrseinsparung und –optimierung nicht mehr primär an die urbane Form gekoppelt sind bzw. daraus abgeleitet werden können (also selbst eine kompakte Stadtentwicklung keine Lösung der Verkehrsprobleme gewährleisten kann, diese umgekehrt dagegen auch unter den Bedingungen der Suburbanisierung grundsätzlich machbar erscheint);
- dass die dezentralen Siedlungsräume erhebliche Potentiale zur Ausreifung besitzen (vgl. die Alterungsprozesse vieler anfangs homogener Einfamilienhausgebiete, die Anreicherung von Einkaufszentren, die räumliche Arrondierung von Funktionen), die beim einseitig quantitativen Blick auf diese Prozesse nicht sichtbar werden;
- dass viele der heute propagierten Gründerzeitviertel erst Jahrzehnte nach ihrer Entstehung „Patina“ angelegt haben, eine stadtgestalterische Bewertung disperser Siedlungen mithin den Faktor Zeit in Rechnung stellen muss.

6.8 Mögliche Schlussfolgerungen

These 7: Die konstruktive Gestaltung der Peripherien stellt eine wichtige städtebauliche und stadtstrukturelle Aufgabe dar, die bisher stark vernachlässigt wurde. Sie sollte neben der Innenentwicklung und Bewahrung der historischen Bausubstanz einen eigenständigen Platz in der Städtebaupolitik bekommen. Diese Gestaltungsaufgabe muss eingebettet sein in ein besseres, umfassendes Verständnis der suburbanen bzw. dezentralen Siedlungsentwicklung. Dazu können verschiedene Disziplinen beitragen, an die sich folgende Schlussfolgerungen richten:

- Die POLITIK ist gefordert, solche Raumentwicklungen, die sie im Grundsatz als kritisch bewertet („Zersiedlung“), nicht auch noch direkt zu fördern, etwa durch Eigenheimzulagen, Pendlerpauschalen oder sonstige Vergünstigungen. Solche Subventionen gehören auf den Prüfstand, sie sollten im Zuge einer abgewogenen Politik der Deregulierung gestrichen werden. Dies würde auch eine weitere Klärung der Entwicklungslogiken dieser Prozesse erleichtern bzw. planerische Gestaltungsspielräume sichtbar machen.
- Die PLANUNG sollte den Begriff der Suburbanisierung nicht mehr ausschließlich mit „Zersiedlung“ gleichsetzen, sondern als Chance zur Steuerung der Urbanisation begreifen. Ein offener Bodenmarkt, der Raumnutzungen an die von der Planung befürworteten Standorte lenkt, bewirkt in der Gesamtbilanz mehr als eine restriktive Bewirtschaftung, die im Ergebnis nichts weiter als ein disperses Ausstreuen der Bebauung zur Folge hätte.
- Der STÄDTEBAU sollte sich den ortsspezifischen Problemen und Potentialen dieser Räume unvoreingenommen widmen und aus den örtlichen Situationen die jeweils am besten angemessene Lösung entwickeln. Neben der Gestaltung „neuer Zentren“ oder dezentraler Peripherien („Ränder“) gehören dazu auch zunehmend bandförmige Strukturen (vgl. die B 7 zwischen Erfurt und Weimar).
- Die FORSCHUNG kann wichtige Beiträge zum besseren Verständnis suburbaner Raumentwicklungen leisten. Dazu hat sie u.E. mindestens drei Aufgaben: erstens sollte sie einen genauen, vor allem qualitativ geschärften Blick auf die Suburbanisierung werfen, auch um dem Eigensinn der Räume nachzuspüren (vgl. MATTHIESEN 1998); zweitens sind die Wechselwirkungen der jeweiligen Teilräume und -funktionen transparent zu machen, sowohl im Sinne der empirischen Basis als auch mit Blick auf allgemeine Gesetzmäßigkeiten (Theorien). Drittens soll sie die Rationalität der Planung kritisch hinterfragen. Denn es ist eine Binsenweisheit und doch kaum ak-

zeptiert, dass Raum- und Siedlungsentwicklung entsprechend den Motiven und Handlungslogiken der jeweiligen Akteure eigenen Gesetzen folgen, die in der Summe nur zum Teil in der ordnenden Hand der Planung liegen.

Literatur

HESSE, M.& ST. SCHMITZ (1998): Stadtentwicklung im Zeichen von „Auflösung“ und Nachhaltigkeit. In: Informationen zur Raumentwicklung 7/8, 435-453.

MATTHIESEN, U. [Hrsg.] (1998): Die Räume der Milieus. Berlin.

SIEVERTS, T. (1997): Zwischenstadt. Bauwelt Fundamente. Braunschweig.

7 Tendenzen der Wohnsuburbanisierung und Wohnungsleerstände

Juliane Banse, Karl-Heinz Effenberger

Im vergangenen Jahrzehnt haben sich in den Stadtregionen der ostdeutschen Länder Tendenzen der Wohnsuburbanisierung herausgebildet. Im Zusammenhang damit werden gegenwärtig vorrangig die ökologischen Folgen im Umland der Großstädte thematisiert. Die Auswirkungen auf die Nutzung der Wohnungen in den Städten, insbesondere auch in ostdeutschen Mittelstädten, die durchaus von Wohnsuburbanisierung betroffen sind, werden punktuell untersucht (IRS 1998). Vor dem Hintergrund des Rückgangs der Einwohnerzahlen in den Städten, einer vergleichsweise hohen Zahl neugebauter Wohnungen und weiter wachsender Wohnungsleerstände gewinnt die Auseinandersetzung mit Fragen einer nachhaltigen Gestaltung dieser Prozesse besondere Bedeutung. Gestaltung setzt die Kenntnis dieser Prozesse und ihrer Zusammenhänge sowohl aus wohnungswirtschaftlicher und städtebaulicher als auch aus ökologischer Perspektive (Sozialbrachen, Entwertung und Verfall ökonomischer und stofflicher Ressourcen, Quartiersabwertung etc.) voraus.

Die Problematik „Wohnsuburbanisierung und Wohnungsleerstand“ ist unter den ostdeutschen Ländern in Sachsen am stärksten ausgeprägt. Deshalb wurden im Rahmen zweier Projekte des IÖR „Nutzbarkeit des älteren Geschoßwohnungsbestandes“ (P 076) und „Ansätze für eine nachhaltigkeitsorientierte Entwicklung des Wohnungsbestandes in Sachsen“ (NAWO) die demographische Entwicklung, der Wohnungsneubau und der Wohnungsleerstand in sächsischen Groß- und Mittelstädten analysiert. Der vorliegende Beitrag beleuchtet die Auswirkungen auf die Situation in den 30 sächsischen Groß- und Mittelstädten mit mehr als 20 000 Einwohnern. Dort lebten zum aktuellen Gebietsstand 01.01.1999 rund 49 % der sächsischen Bevölkerung. Betrachtet werden die Wanderungsbewegung und der Wohnungsneubau als Einflußfaktoren auf die Entwicklung des Wohnungsleerstandes im Zeitraum 1990 bis 1998.

Ursachen für eine Zunahme des Wohnungsleerstandes in den Städten sind sowohl der weiter anhaltend hohe Verlust von Einwohnern als auch die Erweiterung der Zahl der vorhandenen Wohnungen durch den Wohnungsneubau. 90 % der sächsischen Bevölkerungsverluste traten in den vergangenen 10 Jahren in den Groß- und Mittelstädten auf. Ca. 47 % der neugebauten Wohnungen entstanden dort. Die Großstädte haben von 1990 bis 1998 fast 11 % ihrer Bevölkerung verloren. Die höchsten relativen Verluste hatten allerdings Mittelstädte mit Einwohnerzahlen über 50.000 (siehe Abb. 7.1). Dazu gehören Zwickau (14,8 %), Görlitz (15,7 %) und Hoyerswerda (20,1 %). In den Mittelstädten unter 50.000 Einwohnern streut das Ergebnis stärker. Es werden teilweise Größenordnungen des Bevölkerungsrückgangs erreicht, die die anteiligen Verluste der Großstädte übersteigen. Besonders hohe Verluste von ca. 19 % hatten die Städte Zittau, Weißwasser und Aue. Sieben weitere Mittelstädte verloren zwischen 10 % und 15 % ihrer Bevölkerung und acht hatten Verluste zwischen 5 % und 10 % (siehe Abb. 7.2). Demgegenüber hatten die Mittelstädte Radebeul und Markkleeberg absolute Bevölkerungsgewinne. Hier spielt die Wohnsuburbanisierung, ausgehend von den Großstädten Dresden und Leipzig, eine Rolle. In den letzten beiden Jahren ist ein Rückgang der Stadt-Umland-Wanderung eingetreten. Trotzdem lassen die Tendenzen der Wohnungsnachfrage und der Leerstandsentwicklung in den Städten den Schluß zu, daß die Wohnsuburbanisierung bei gleichzeitigem Wohnungsleerstand für die Städte ein längerfristiges Problem sein wird.

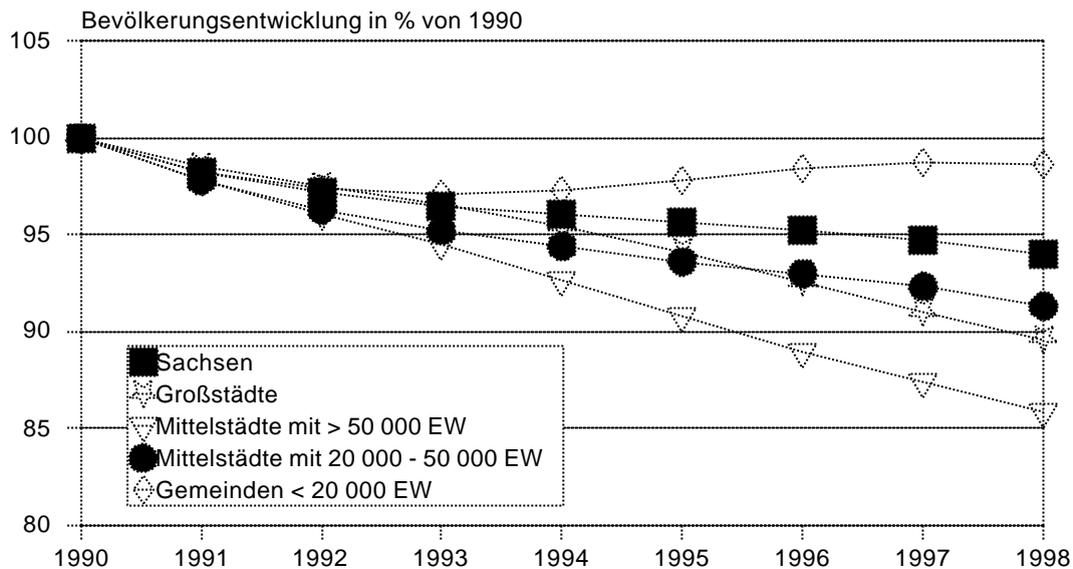


Abb. 7.1 Bevölkerungsentwicklung von 1990 – 1998

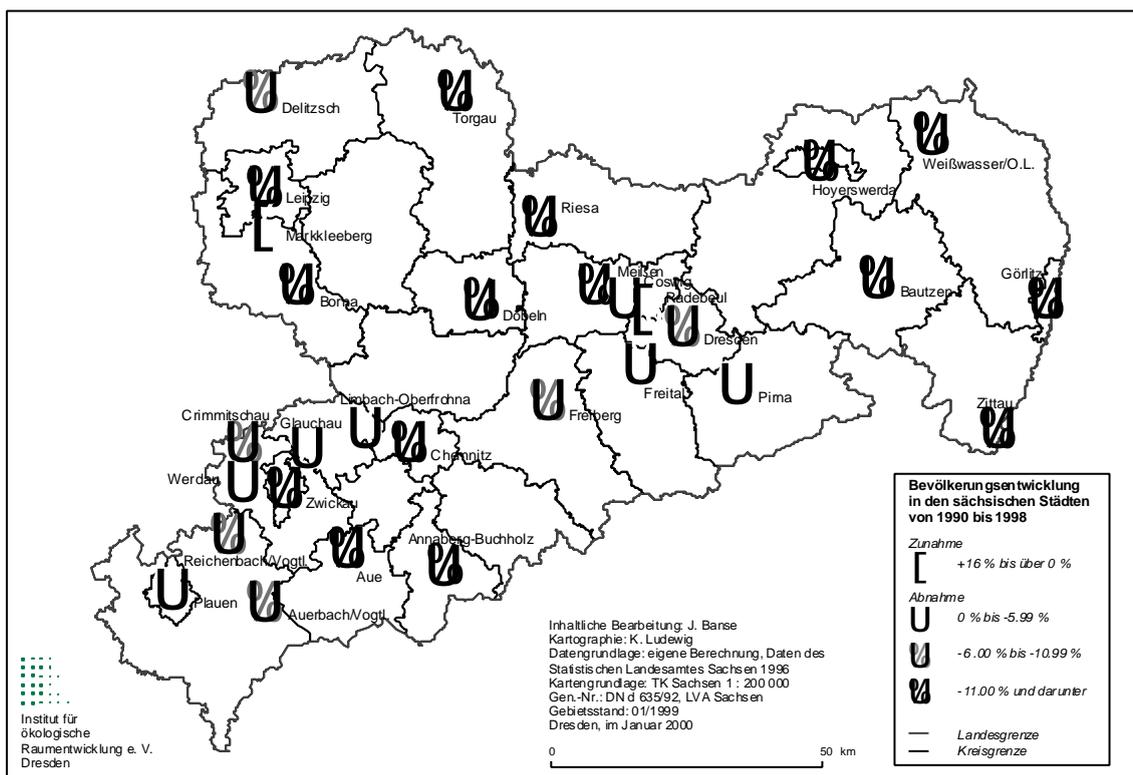


Abb. 7.2 Bevölkerungsentwicklung in den sächsischen Städten von 1990 – 1998

7.1 Wanderungen als Hauptfaktor städtischer Bevölkerungsentwicklung

Ursachen von Bevölkerungsverlusten in den sächsischen Städten sind sowohl eine negative natürliche Bevölkerungsentwicklung infolge Überalterung, Geburtenrückgang und Gestorbenenüberschuß, als auch Wanderungsverluste. Für den Betrachtungszeitraum ist allerdings festzustellen, daß der entscheidende Einflußfaktor für den Rückgang der Bevölkerungszahlen die Abwanderung aus den Städten war. Eine Analyse der Zusammenhänge von Wanderungssalden, natürlichen Salden und Bevölkerungszu- bzw. -abnahme in den sächsischen Städten hat gezeigt, daß die Entwicklung der Zu- und Fortzüge die städtische Bevölkerungsentwicklung bestimmt hat. Es konnte für die Städte in Sachsen ein enger linearer Zusammenhang von Wanderungssalden und Veränderung der Bevölkerungszahl nachgewiesen werden. Demgegenüber ist für die natürliche Entwicklung nur ein geringer Einfluß auf die Bevölkerungszahlen in den Städten erkennbar. Die Städte mit hohen negativen Wanderungssalden haben deshalb auch hohe Bevölkerungsverluste (siehe Abb. 7.3).

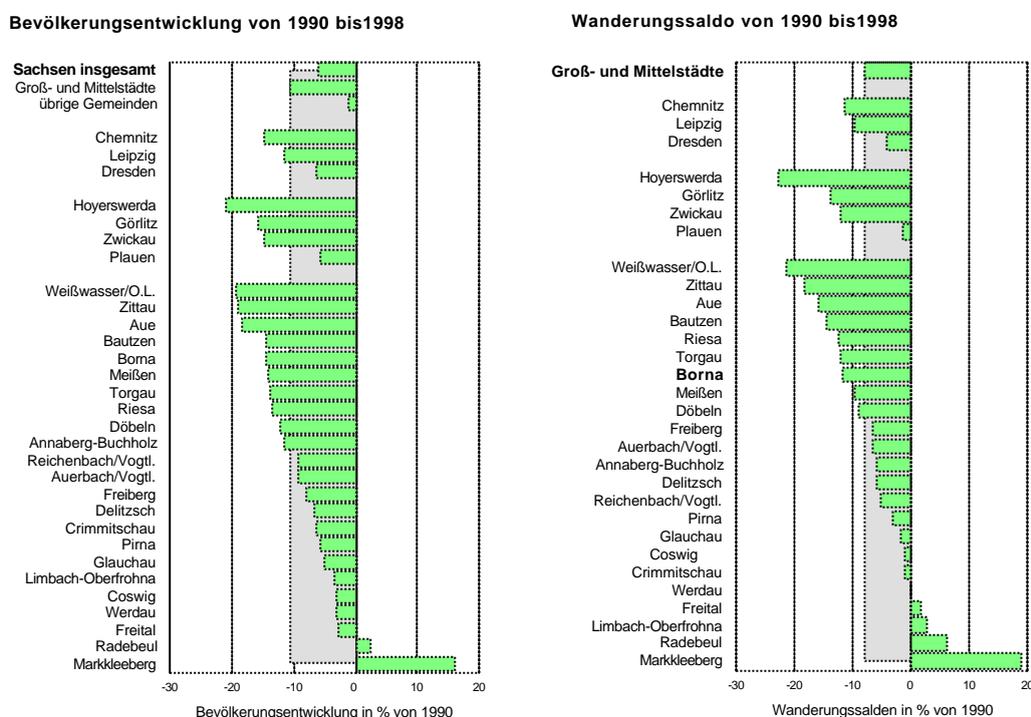


Abb. 7.3 Bevölkerungsentwicklung und Wanderungssaldo von 1990 bis 1998

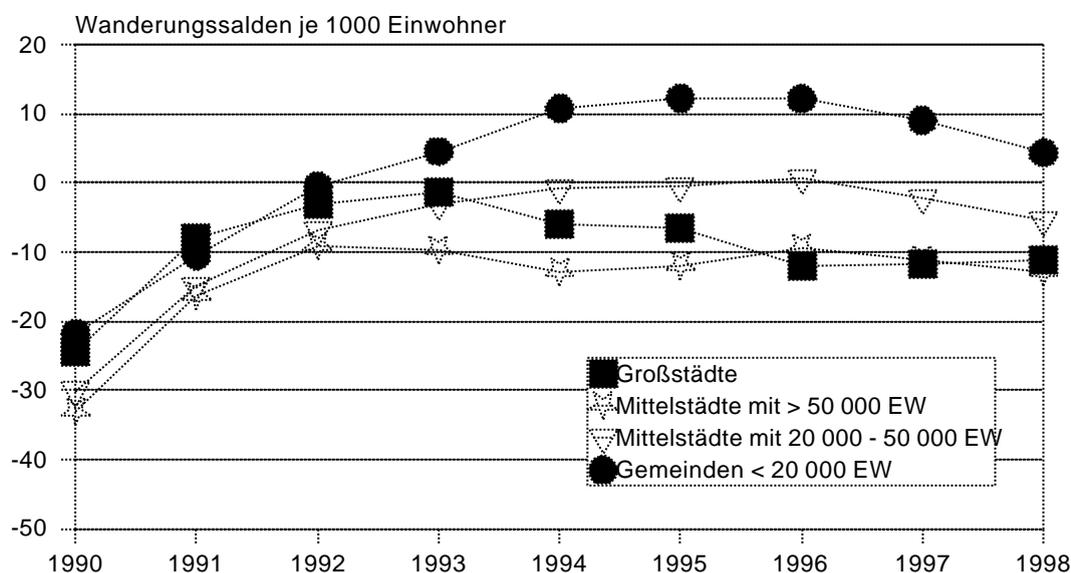
Die Entwicklung der Wanderungsbewegung in den sächsischen Städten ist kein Kontinuum, sondern läßt sich seit 1990 in mehrere Phasen differenzieren, deren Schwerpunkt Anfang der 90er Jahre die interregionale Wanderung war und seit Mitte der 90er Jahre die intraregionale Wanderung ist.

In einer ersten Phase von 1989 bis 1991 dominiert in den Städten, wie in ganz Sachsen, die Ost-West-Wanderung. Sowohl die Städte als auch die sonstigen Gemeinden waren gleichermaßen betroffen. 1991/92 werden die Wanderungsverluste in den Städten und Gemeinden deutlich geringer. Die West-Ost-Wanderung gewinnt in dieser zweiten Phase an Einfluß. Zielgebiete waren in Sachsen vor allem die Großstädte und ihr Umland, speziell das Umland von Dresden und Leipzig (GRUNDMANN 1998, S. 197). Es zeigt sich Anfang der 90er Jahre, daß mit zunehmender Stadtgröße, gemessen an der Einwohnerzahl, der Überschuß der Fortzüge gegenüber den Zuzügen wächst. Die größten Mittelstädte hatten die höchsten relativen Wanderungsverluste. Dieser Zusammenhang

schwächt sich in den Folgejahren ab und ist in der 2. Hälfte der 90er Jahre nicht mehr vorhanden. Die Wanderungssalden entwickeln sich unabhängig von der Stadtgröße.

Eine dritte Phase der Wanderungsbewegung beginnt in den Jahren 1993/1994 und geht bis ca. 1996. Die Abwanderung ins Umland wird zum entscheidenden Problem für die Großstädte, deren Wanderungsverluste ab 1994 wieder zunehmen, während die Gemeinden mit weniger als 20 000 Einwohnern an Bevölkerung gewinnen (siehe Abb. 7.4). Verluste in der Stadt und Gewinne in den Umlandgemeinden treten von 1994 bis 1996 auch bei den Mittelstädten auf. Bereits 1995 konnten, z. B. für die Stadt Riesa, Tendenzen der Suburbanisierung nachgewiesen werden (BANSE und THIENEL 1996, S. 29-32). Gleiches ist auf der Grundlage aktueller Entwicklungen für die Mehrzahl der Mittelstädte festzustellen. Im Durchschnitt sind die Wanderungsverluste der Mittelstädte mit 20.000 bis 50.000 Einwohnern in diesem Zeitraum gering. Das trifft jedoch nur im Mittel aller Städte zu. Die Wanderungssalden haben sich in dieser Phase zwischen den Mittelstädten stark ausdifferenziert. Neben Wanderungsverlusten in der Mehrzahl der Städte trat in einigen Städten ein Überschuß der Zuzüge auf. In den letzten zwei Jahren scheint die Abwanderung ins Umland zu pausieren. Die Gewinne der Umlandgemeinden gehen zurück und die Verluste der Großstädte stagnieren.

In einer vergleichsweise großen Zahl von Städten wurde eine Größenordnung des Bevölkerungsrückganges erreicht, die die Zahl der Haushalte als Nachfrager am Wohnungsmarkt beeinflusst. Obwohl belastbare Haushaltsdaten nicht vorliegen, kann davon ausgegangen werden, daß die Haushaltszahlen in diesen Städten im Betrachtungszeitraum eher gesunken sind bzw. stagnierten. Eine ausgleichende Wirkung der Haushaltsentwicklung auf die Wohnungsleerstände kann dort nicht erwartet werden. Insbesondere nicht, wenn der Einfluß des Wohnungsneubaus berück-



sichtigt wird.

7.2 Bedeutung des Wohnungsneubaus in den Städten

In der ersten Hälfte der 90er Jahre dominierte der Wohnungsneubau in den kleineren Gemeinden gegenüber dem Neubau in den Städten. In den sächsischen Groß- und Mittelstädten entstanden 33.339 neue Wohnungen. Das sind nur 39 % aller von 1990 bis 1995 neugebauten Wohnungen in Sachsen. Der Schwerpunkt des Neubaus lag in den Jahren 1994 und 1995. In den folgenden zwei Jahren wurde die bisherige Zahl neugebauter Wohnungen sogar noch überboten. Allerdings hat sich 1996 und 1997 die Standortwahl des Wohnungsneubaues verändert. Während sich die mittleren Fertigstellungszahlen in Sachsen in beiden Jahren in vergleichbarer Größenordnung bewegen, hat sich das Verhältnis von Wohnungsneubau in den Städten und in den übrigen Gemeinden gewandelt. Der Neubau in den Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern ging sowohl anteilig als auch absolut stark zurück. Der Rückgang liegt im mehrgeschossigen Mietwohnungsbau und zeigt, daß der Wohnungsneubau in den kleineren Gemeinden deutlich früher auf die aktuelle Marktsituation des Überangebots reagiert hat, als in den Großstädten. Die steuerliche Förderung der Mietwohnungen und die zunehmende Verfügbarkeit von Bauland in den Städten, u. a. durch die Planungsaktivitäten der Kommunen und entschiedene Restitutionsansprüche, haben den Wohnungsneubau zur Miete verstärkt in die Städte gelenkt.

Dabei stellt sich die Situation, insbesondere in den Mittelstädten, sehr differenziert dar. Einzelne Städte haben, bezogen auf ihre Einwohnerzahl, eine ähnlich hohe Zahl neugebauter Wohnungen, wie z. B. die Stadt Dresden. Das trifft - wie von 1991 bis 1995 - auch in den Jahren 1996 und 1997 vorrangig auf die Städte am Rand der Großstädte wie Freital, Radebeul und Markkleeberg zu, aber auch auf Meißen, Glauchau, Werdau und Limbach-Oberfrohna (siehe Abb. 7.5a und 7.5b). Demgegenüber sind in einzelnen Mittelstädten auch 1996/97 nur geringe Wohnungsneubauzahlen realisiert worden. Es ist festzustellen, daß sich der von 1991 bis 1995 erkennbare Trend des Wohnungsneubaus in den Groß- und Mittelstädten (einerseits sehr hohe Neubauzahlen in den Städten und andererseits Städte mit nur geringem Wohnungsneubau) fortgesetzt hat. 1998 waren die Fertigstellungszahlen in Sachsen deutlich geringer als in den Vorjahren.

Wohnungen der Baujahre 1991 bis 09/1995 in den sächsischen Groß- und Mittelstädten

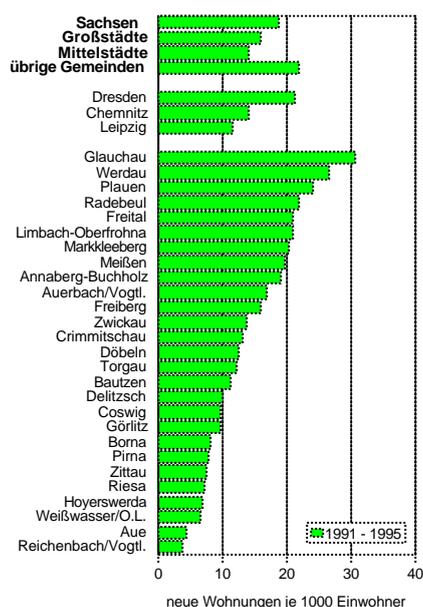


Abb. 7.5a Wohnungen der Baujahre 1991 bis 09/ 1995 in den sächsischen Groß- und Mittelstädten

Neugebaute Wohnungen der Jahre 1996 bis 1998 in den sächsischen Groß- und Mittelstädten

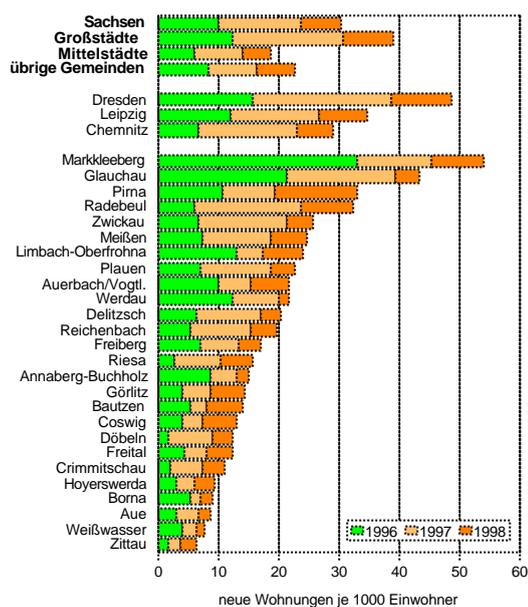


Abb. 7.5b Neugebaute Wohnungen der Jahre 1996 bis 1998 in den sächsischen Groß- und Mittelstädten

In den Großstädten und in der Mehrzahl der Mittelstädte entstanden im Wohnungsneubau vorrangig Mietwohnungen. Das gilt besonders für die Großstädte Dresden und Leipzig mit einer Eigentümerquote im Neubau bis 1995 von 11 % bzw. 14 % und damit einem Mietwohnungsanteil von 89 % bzw. 86 % sowie für die Mittelstädte Meißen (16 % Eigentümerwohnungen), Zittau (12 %) und Annaberg-Buchholz (15 %). Nur geringfügig höher ist der Anteil der Eigentümerwohnungen im Neubau in Plauen (25 %), Pirna (28 %), Freital (31 %), Glauchau (24 %) und Döbeln (28 %). Der hohe Anteil an neugebauten Mietwohnungen erscheint im Zusammenhang mit einer eigentumsorientierten Wohnungsnachfrage, Wanderungsverlusten und einer hohen Zahl bereits leerstehender bewohnbarer Mietwohnungen als besonders problematisch.

7.3 Wohnungsleerstand und dessen Veränderung

In den sächsischen Groß- und Mittelstädten stand 1995 im Mittel jede 9. Wohnung leer. Inzwischen ist es jede 6. Wohnung. Eine räumliche Konzentration des Wohnungsleerstandes war 1995 in Westsachsen zu erkennen, mit den Städten Plauen, Zwickau, Crimmitschau, Limbach-Oberfrohna und Chemnitz. Einen hohen Leerstand hatten außerdem die Städte Leipzig, Görlitz und Zittau. Im Raum Dresden war die Situation etwas entspannter. Insgesamt dominierte in den Städten der längerfristige Leerstand. Über die Hälfte aller Wohnungen war bereits über ein Jahr nicht vermietet, der kurzzeitige Leerstand bis 3 Monate (meist durch Umzug bedingt) betrug anteilig nur etwa 15 %. Hauptursache des Wohnungsleerstandes war zum damaligen Zeitpunkt der „Leerstand infolge schwerwiegender Mängel“ (STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN, 1996). Insbesondere in den Großstädten und in einigen Mittelstädten spielte dieser die entscheidende Rolle. In Leipzig (49,3 %) und in Zittau (48,8 %) machte er fast die Hälfte des gesamten Leerstandes aus. Aus heutiger Sicht ist die eigentliche Ursache der Wohnungsleerstände eine fehlende Wohnungsnachfrage. Das heißt, die Anzahl der privaten Haushalte ist deutlich geringer als die Anzahl der vorhandenen Wohnungen. Werden die „vermeintlichen“ Ursachen beseitigt, in dem man Gebäude mit schwerwiegenden

Mängeln instand setzt und die Sanierung und Modernisierung weitestgehend abschließt, dann ändert das nichts an der Anzahl leerstehender Wohnungen insgesamt, da die entsprechenden Nutzer fehlen. Der Wohnungsleerstand konzentriert sich im Jahr 1995 in Sachsen auf den Mehrfamilienhausbestand der Groß- und Mittelstädte. 118.823 Wohnungen, das sind 11,9 % aller Wohnungen in Mehrfamilienhäusern, standen in diesen Städten leer. Städte mit höheren Einwohnerzahlen haben einen anteilig höheren Mehrfamilienhausbestand und in der Regel auch einen höheren Leerstand. Eine besondere Rolle für den Leerstand spielt die Ausstattung der Wohnungen. Wohnungen mit schlechter Ausstattung können heute kaum mehr wiedervermietet werden. Festzustellen ist, daß mit geringer werdendem Ausstattungsgrad die Leerstände ansteigen.

Das Zusammentreffen von Bevölkerungsverlusten in einer Größenordnung, die in einem Teil der Städte gleichzeitig zum Rückgang der Haushaltszahlen führt und einer hohen Zahl neugebauter Wohnungen führte dazu, daß in Sachsen und in den meisten Städten die Zahl der leerstehenden Wohnungen nach 1995 weiter angestiegen ist. Das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen weist, auf der Grundlage einer im April 1998 durchgeführten Zusatzerhebung zum Mikrozensus, einen Leerstand für Sachsen von 381.000 Wohnungen aus (STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN 1999). Das entspricht in etwa einer Verdopplung der Leerstandsanteile von 8,6 % auf 16,8 %, bezogen auf den Bestand innerhalb von nur 2 Jahren und 7 Monaten. Einen hohen Anstieg gab es in den drei Großstädten. Für Leipzig wurden 82.400 leerstehende Wohnungen (29,7 % vom Bestand; '95: 13,0 %), für Chemnitz 41.200 Wohnungen (26,7 %; 1995: 13,4 %) und für Dresden 50.300 Wohnungen (18,5 %; '95: 9,7 %) ermittelt (siehe Abb.6). Darüber hinausgehende Berechnungen auf der Grundlage der Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung und des Wohnungsneubaus haben ergeben, daß ebenfalls hohe Zugänge im Leerstand in Zwickau und weiteren 8 Mittelstädten aufgetreten sind. Insgesamt liegt der Leerstandsanteil in den meisten Groß- und Mittelstädten gegenwärtig zwischen 15 % und 25 %. (Abb. 7.6)

Abwanderung als Ursache steigenden Wohnungsleerstandes betrifft in besonderer Weise Städte mit größeren Strukturproblemen, wie z. B. Hoyerswerda und Weißwasser. Hier sind die im Jahr 1995 geringen Leerstände stark angestiegen. Es zeigt sich, daß in diesen Städten die fehlende Wohnungsnachfrage durch die arbeitsmarktbedingte Abwanderung auch für besser ausgestattete Wohnungen an Bedeutung gewonnen hat. Es sind vorrangig Wohnungen der Baujahre 1948 bis 1990 vom Zuwachs im Leerstand betroffen. In anderen Städten, wie z. B. Dresden und Glauchau, könnte steigender Wohnungsleerstand auf eine mit Blick auf die tatsächliche Nachfrage spekulativ erscheinende Zahl neugebauter Mietwohnungen nach 1990 zurückzuführen sein, die selbst durchaus bewohnt, zu steigendem Leerstand in den älteren Beständen beigetragen haben. In weiteren Städten, vorrangig in Westsachsen, treffen Strukturschwäche und spekulativer Wohnungsneubau zusammen. Eine vergleichsweise günstigere Entwicklung der Leerstände hat sich am ehesten in den Mittelstädten im Verdichtungsraum der Großstädte vollzogen. Schreibt man den Leerstand für Sachsen bis Ende 1999 anhand der Bautätigkeitsstatistik weiter fort, dann dürften derzeit über 420.000 Wohnungen leerstehen.

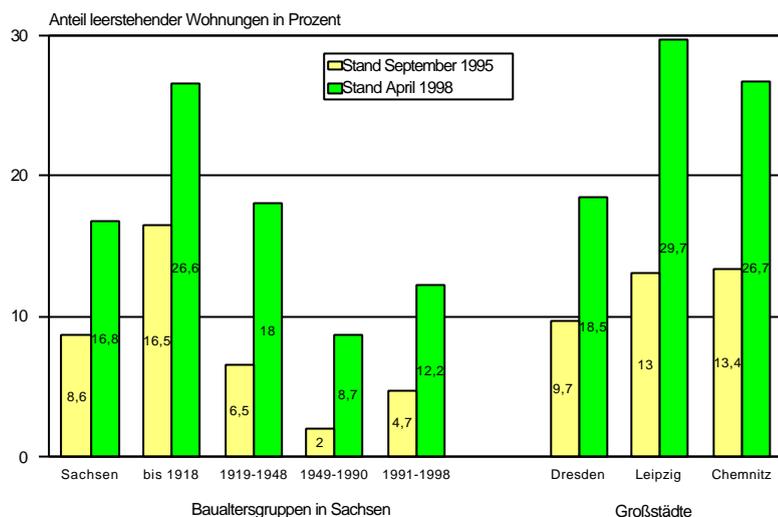


Abb. 7.6 Anteile leerstehender Wohnungen 1995/ 1996

7.4 Perspektiven

Es kann grundsätzlich davon ausgegangen werden, daß der Wohnungsleerstand sowohl aufgrund des verbleibenden großen Umfanges notwendiger baulicher Sanierungen und der begrenzten Finanzmittel als auch aus Gründen fehlender Nachfrage ein längerfristiges Problem der ostdeutschen Städte bleiben wird und es sich nicht nur um eine vorübergehende Fehlanpassung handelt. Bisherige Entwicklungen in den sächsischen Groß- und Mittelstädten machen deutlich, daß die konkrete Überangebotsdiskussion mit Blick auf mögliche Entwicklungspotentiale in den Städten eher kleinräumig differenziert geführt werden sollte. Hier sind die unterschiedlichen Entwicklungen in den Städten und auf den Wohnungsteilmärkten zu beobachten, wo punktuell sowohl ein quantitatives Überangebot in einzelnen Marktsegmenten als auch Wohnungsmangel auftreten kann (z. B. bei preiswertem Wohnraum).

Zu den spezifischen Maßnahmen, die dazu beitragen könnten, die Wohnungsleerstände zu verringern, gehören u.a. gezielte Wohnungsangebote in den Städten, die einerseits die Wohnungsversorgung in den unteren bis mittleren Mietpreis-Bereichen sichern und andererseits die Wohnungsbestände neuen Nutzergruppen öffnen. Zur Steigerung der Nutzungschancen der Wohnungen in den Städten sollte der Umfang notwendiger Sanierungen an die Wohnansprüche und die Zahlungsfähigkeit potentieller Nachfragegruppen angepaßt werden. Dazu zählen z. B. Schlichtsanierungen oder die Durchführung von Sanierungs- bzw. Modernisierungsmaßnahmen in mehreren Abschnitten, um die Belastungen für die Beteiligten zeitlich zu strecken. Aber auch gezielte Angebote zur Wohneigentumsbildung in den Städten bieten u. U. Alternativen zum Wegzug aus der Stadt.

Unabhängig von den Chancen einer direkten Revitalisierung und Vermietbarkeit der Wohnungen sind auch weitere Strategien denkbar. So wäre z. B. ein Teil der gegenwärtig (insbesondere aufgrund baulicher Mängel) leerstehenden Wohnungen nur zu sichern und als wohnungspolitisch bedeutsame Marktreserve zu sehen. Ein anderer Teil könnte einer Zwischennutzung oder auch kon-

trollierten Umnutzung zugeführt werden. Trotz dieser Maßnahmen wird die Entwicklung des Wohnungsleerstandes in der Perspektive auch vom Verhältnis zwischen Wohnungszugang zum Bestand (Neubau und wieder nutzbare Wohnungen im Bestand) und dem Rückbau sowie der Zusammenlegung von Wohnungen abhängig sein. Eine größere Entlastung des Leerstandes durch Haushaltszuwächse, wie etwa zu Leerstandszeiten in den westdeutschen Ländern (Mitte der 70er bzw. Ende der 80er Jahre), wird für Sachsen langfristig nicht prognostiziert (BUCHER 1999). Zusätzlich ist mit einer längerfristigen Nachfrage im Ein- und Zweifamilienhausbau zu rechnen. Besonders betroffen von dieser Situation sind jene Groß- und Mittelstädte, die in den letzten drei Jahren eine hohe Abwanderung der Bevölkerung und einen besonders hohen Zuwachs im Leerstand hatten. Abwanderung aus den Städten, Wohnungsleerstand und Verfall innerstädtischen Wohnraums sind nicht nur ein marktwirtschaftliches, sondern ganz wesentlich, auch ein ressourcenökonomisches Problem.

Literatur

- BANSE, J. & B. THIENEL (1996): Wohnen und Stadtsanierung. In: Stadt Riesa Industriestadt im Wandel, Sächsisches Staatsministerium des Innern. Dresden.
- BUCHER, H (1999): Regionale Bevölkerungs- und Haushaltsprognose, Diskussionsmaterial zum Workshop Regionale Wohnungsprognose am 28. Oktober 1999 in Berlin, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Bonn.
- GRUNDMANN, S. (1998): Bevölkerungsentwicklung in Deutschland. Opladen.
- INSTITUT FÜR REGIONALENTWICKLUNG UND STRUKTURPLANUNG (IRS) (1998): Weiterentwicklung durch Abriß und Rückbau. Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSENS (1995, 1996, 1998): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Haushalte und Familien in den Kreisen des Freistaates Sachsen (Ergebnisse des Mikrozensus). Kamenz.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSENS (1996): Statistische Berichte, Gebäude- und Wohnungszählung im Freistaat Sachsen am 30. September 1995, Teil 1: Gebäude und Wohnungen. Kamenz.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSENS (1997): Statistische Berichte, Gebäude- und Wohnungszählung im Freistaat Sachsen am 30. September 1995, Teil 2: Gebäude und Wohnungen der Baujahre 1991 bis 1995. Kamenz.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSENS (1996, 1997, 1998): Baufertigstellungen im Wohn- und Nichtwohnbau. Kamenz.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSENS (1999): Mikrozensus Zusatzerhebung 1998. Kamenz.

8 Die periphere Gesellschaft

Konzeptionelle Überlegungen zu einem Forschungsprojekt der Professur Soziologie und Sozialgeschichte der Stadt, Bauhaus-Universität Weimar.

Frank Eckardt

Die Suburbanisierung, die sich seit der Wende beschleunigt in Ostdeutschland vollzieht, aber auch von ihrer Qualität her bereits in den siebziger und achtziger Jahren im Westen zu beobachten war, läßt sich zum Teil nicht mehr als eine städtebauliche Bewegung vom Zentrum in die umliegende Landschaft verstehen. Vielmehr schließt das hier in seinen Grundzügen hinsichtlich Forschungsfrage, Begrifflichkeit, Hypothesenbildung und auch Methode in Kürze zu beschreibende neue Forschungsprojekt „Die periphere Gesellschaft“ an die bereits fortgeschrittene Thematisierung soziokultureller Verörtlichungen von makro-gesellschaftlichen Restrukturierungen an. Nach langen Theoriedebatten über die Veränderungen sozio-ökonomischer Raumproduktionen im Zusammenhang mit der Skizzierung des Spannungsbogens von Globalisierung und Lokalisierung wird die neue, sich städtebaulich herauschälende Entwicklungsstruktur auf dem Hintergrund des „Raumes der Ströme“ (CASTELLS 1994) und der Beauregardschen Analyse der „global-local connections“ (BEAUREGARD 1996) in einer empirischen Rahmensetzung mit komparativer Zielsetzung untersucht.

Die von HARVEY u.a. beschriebenen „Zeit-Raum-Verdichtungen“ schaffen in den Netzwerken des „urban complex“ (BERTUGLIA 1997) neue „pathways of interaction“ und funktionelle und materielle Knotenpunkte (CAMAGNI 1992), die sich jenseits der fordistisch tradierten Urbanitätsmuster entwickeln. Theoretischer Ausgangspunkt des Forschungsvorhabens ist die Diskussion um die veränderte Geographie aufgrund rekonfigurierter Distributionslogika, die jenseits der bisherigen Funktionalitätslinien von Wohnen, Arbeiten, Erholen und Verkehr eine Landschaft kreieren, die wir im allgemeinen mit „Peripherie“ weiter bezeichnen wollen (ECKARDT 2000a). Damit wird zugleich eine Abkehr von der räumlichen Definitionsmacht der Zentralperspektive vollzogen, die alles „außerhalb“ als subordiniert, suburban und peripher, in die dualistische Urbanität konstruierter „Gewachsenheit“ und „traditioneller Stadt“ einbindet.

Peripherie wird also als eine qualitativ andere Dimension der Raugesellschaft verstanden und kann in diesem Sinne nicht mit Suburbanisierung gleichgesetzt werden. Sie ist das Charakteristikum einer „postmodernen Geographie“ (SOJA 1989). Statt als Suburbanität als anweisbarem Ort wird mit dem Begriff der Peripherie ein deterritorialisierendes Verständnis von bisher in der Diskussion um die „Krise der Stadt“ (HEITMEYER et al. 1998) thematisiertes geographisches Fixieren von Forschungsfragen bezüglich der Schlüsselbegriffe wie Urbanität, Integration, Planbarkeit, Natürlichkeit oder Ästhetik intendiert, mit dem Peripherie im Sinne der fünffachen Abbildungsstrategie Arjan Appadurais (APPADURAI 1998) urbaner Vergesellschaftungen in ethnoscapen, mediascapen, sacriscapen, econoscapen und leiscapen als eine phänomenologisch zunächst faßbare Enträumlichung sozialer Orte ermöglicht wird, die dann ob ihrer Stratifikationen, Regulationsmodalitäten und des Produktionsregimes näher durch das Forschungsprojekt zu bestimmen sind. Mit anderen Worten: Obwohl davon auszugehen ist, daß die Soziologie postfordistischer Raumrestrukturierungen mit der Entkoppelung von Lebensbezügen und geographischer Identifikation nur noch den Fluß einer „Economy of Signs and Space“ (LASH und URRY 1994) konstatieren kann und näher zu beschreiben hat, verbleibt die Frage, welche Faktoren vor Ort angewiesen werden können, die die Peripherie ihren jeweiligen Platz einräumt.

Damit wird unter Peripherisierung ein Prozeß verstanden, der einerseits kennzeichnend für einen globalen Transformationsprozeß urbaner Strukturen ubiquitär an den Orten der internationalen

Projektpartner des Forschungsprojektes (Delft, London, Umeå, Weimar) eine Vergleichsbasis schafft, der aber andererseits seine spezifische Lokalisierung hybridi-hetero-homogenisierend ortsbedeutend ist. Sozio-ökonomische Raumkonfigurationen dominieren diesen ‚Glokalisierungs-vorgang‘ (ROBERTSON 1996) und die städtebauliche Matrix peripherisiert sich in Teilen der bestehenden Suburbanität, in weiterem Sprawl-Wachstum, der Städte-neugründung („Edge City“), in Verdichtungen der „Zwischenstadt“ (SIEVERTS 1999), in neuen raumidentifikatorischen Ensembles („Grüne Wiese-Ökonomie“) oder aber auch in den innenstadtnahen Gebieten, wenn nicht gar in der City selbst. Die „Peripherie ist überall“ (PRIGGE 1998), aber damit wissen wir noch nicht, warum sie sich – wie und wo – anders abbildet, wie sie die bestehenden Sozialräume wahrnimmt, sie im Sinne der „Dual City“-Hypothese (MOLLENKOPF und CASTELLS 1991) eventuell polarisiert, nach askriptiven und Lebensstil-politischen Merkmalen fragmentiert und welche stadtplanerisch-kommunalpolitischen Vorgaben der gesellschaftliche Regulationsrahmen benötigt.

8.1 Die Forschungsfrage

Der Prozeß der Peripherisierung läßt sich nur durch eine Analyse multidimensionaler Faktorenfelder aufarbeiten. Auf der makro-gesellschaftlichen Ebene sind die Wirkungsfelder zu verorten, die sich generalisiert als Regime-Wechsel beschreiben lassen. Diese Deskription ist am Ende des Forschungsprojektes zu überprüfen und neu zu umreißen. Hier bietet der international komparativ ausgerichtete Ansatz des Projektes die besten Voraussetzungen für eine Ausklammerung national-, regional- und lokalspezifischer Faktoren, die auf den anderen Ebenen der peripheren Gesellschaft deren Entstehen und typische Ausformung erklären. Unterhalb der Analyse-Ebene der postindustriellen Raumproduktionsmuster gilt es die Systeme der Regulation zu untersuchen, die in der Bundesrepublik Deutschland die Suburbanisierung steuern. Hierbei ist die Aufarbeitung juristischer, ökonomischer, sozialer und politischer Rahmensetzungen auf den Punkt hin zuzuspitzen, der die besondere Qualität der Peripherisierung verdeutlicht. Als Zwischenschritt zur Meso-Ebenen-Analyse des Forschungsraumes Erfurt-Weimar ist die Bearbeitung der Forschungsfrage nach den transformationsbedingten Spezifika einzubringen. Es gilt zu klären, inwieweit es eine de facto-de jure-Diskrepanz gibt, die sich durch restierende Gewohnheitsregularien der präventierten (fordistischen) Modulierungsschemata der DDR-Gesellschaftssysteme gibt.

Ins Bild gebracht wird schließlich in zentraler Weise der Untersuchungsraum Weimar-Erfurt, die Meso-Ebene gesellschaftlicher Peripherisierungsprozesse mit seiner zu untersuchenden Topographie und räumlichen Verdichtungen. Generierende und ihrerseits ausstrahlende Faktorenkomplexe sollen anhand von Fallbeispielen einzelner Peripherie-Orte aus je einem Funktionsraum (Wohnen, Freizeit, Verkehr, Arbeiten, Einkaufen) in ihrer Entwicklung analysiert werden. Auf ein mesomatisches Soziogramm der Peripherie ausgerichtet, werden diese Orte dergestalt erkundet, daß die eigene Qualität der Peripherie durch die Interaktion zwischen den Aktionsräumen an sich und in bezug auf deren Interaktion mit der verbleibenden City-Suburbia-Konstellation deutlich wird (ECKARDT 2000c). Dabei ist die Hypothese zu überprüfen, daß die peripheren Interaktionen qualitativ und quantitativ sich in evidenter Weise von der Anbindung zur „Stadt“ im traditionellen Sinne unterscheidet. In einer letzten und zugleich für die Prognose-Fähigkeit über die Fortsetzung der Peripherisierungsprozesse entscheidenden Analyse ist schließlich die Mental Map-Produktion in der Peripherie zu untersuchen. Welche Bilder von Gesellschaft sind hier aufzufinden, welche sozialen Konstruktionen und Aushandlungspotentiale für die Konfliktregelungen zeichnen sich ab? Zu befragen sind die Normen und Wertvorstellungen der Bewohner hinsichtlich der für die bisherige demokratische Grundordnung konstitutiven Basisannahmen über ein gemeinsames Zusammenleben, die sich historisch wie politisch aus der urbanen Erfahrung bürgerlicher Wertevorstellungen (Gleichheit der sozialen und politischen Rechte) ergeben haben. Hierbei konkurrieren ideokratische Versatzstücke alter wie neuer anti-urbaner Auffassungen - nationalsozialistisch exemplifizierte Großstadtfeind-

lichkeit, DDR-pragmatistische Wohnungsneubauten (ECKARDT 2000b) und marktwirtschaftliche Suburbanisierungsidealisten - mit den bestehenden und sich IT-kommunikativ innovierenden „Metropolenmythen“ (FUCHS et al. 1995). Untersuchungspfade durch die Vorstellungswelten der peripheren Gesellschaft sind die ideologem-externalisierten Struktur-Habitus- (BOURDIEU 1985) bzw. Constraints-Framework- (ZUKIN 1991)-Thematisierungen von Öffentlichkeit. Eingehend auf die Modernitätskonzeption öffentlicher Räume steht dabei nicht die Frage nach einer möglichen „Refeudalisierung“ (HABERMAS 1999) im Zentrum des Interesses, sondern inwiefern sich „Wertstrukturen in der Stadtplanung“ (CHRIST 1998) in der imaginierten und bebilderten Lebenswelt der Peripherie-Bewohner in seiner öffentlichen Repräsentierung (Umfrage) rekonstruieren. Ob es sich bei der Peripherisierung um eine mentale „Metaphorisierung der Moderne“ handelt oder in dieser Raumfiguration eine „postmoderne Geschichtsanschauung“ (NICOLIN 1992) Strategien für einen Lebensstil jenseits der Zentrumspektive der alten europäischen Stadt, in der „posttraditionellen“ (GIDDENS 1984) Moderne, entwickeln, wird sich aufgrund der zu vollziehenden Erforschung weberianischer Idealtypen der Peripherie-Horizonte, den peripheren ideoscapes, entscheiden lassen.

8.2 Methodologie

Aufbauend auf eine Vielzahl von Vorarbeiten der Professur für Soziologie und Sozialgeschichte der Stadt, sowie der Professur für Städtebau 2 an der Bauhaus-Universität Weimar zu Fragen der „Peripherie“ im allgemeinen, in bezug auf das zu problematisierende Verhältnis neuer Außen- und Innenrelationen sowie zur medialisierten und reassümierten Funktion des Centers in der „Erlebnisgesellschaft“ (SCHULZE 1992) im besonderen, sind v.a. für die Beantwortung der Forschungsfragen der Meso-Peripherie-Strukturen auszuwertende empirische Grundlagen erarbeitet worden. Auch hinsichtlich der Theorie-Diskussion postfordistischer Räume kann das Forschungsprojekt auf eine intensive Rezeption der internationalen Forschung, auch durch die Exkursionen der Professuren und Vor-Ort-Diskussionen mit den namenhaften Vertretern des anglo-amerikanischen Diskurses, aufbauen. Hinsichtlich der Evaluierung des europäischen Peripherie-Regimes werden bereits Beiträge der Kooperationspartner thematisiert, die sich im Rahmen des in diesem Semester gestarteten postgradualen Studienganges „Europäische Urbanistik“ aufgenommenen Austausches ergaben. Mit der interdisziplinären Pragmatik der „Europäischen Urbanistik“ liegen günstige Voraussetzungen dafür vor, die Forschungsergebnisse in die Lehre einzubringen, wie andererseits mit der Peripherie-Debatte vertraute Architekten im europäischen Ausland zur Überprüfung der allgemeinen Hypothesen eine gewisse Empirie einzufangen. Des weiteren ist durch das breite Spektrum internationaler Kooperationspartner, das sich durch die „Europäische Urbanistik“ ergibt, eine Auswahl relevanter Untersuchungsorte der transnationalen Peripherisierungsparadigmen, intendiert wie oben beschrieben, möglich. Expertenwissen hinsichtlich der nationalen und transformationsbedingten Spezifika ist bei den zuständigen Vertretern der sozialen Regelungssysteme (Regierungspräsidien, Städtebau-Ämtern, betreffende Landes- und Bundesministerien, etc.) sowie in einer auf die Forschungsfrage fokussierten Befragung der Transformationsforschung einzuholen. Weitgehend den Prinzipien und Methoden qualitativer Sozialforschung verpflichtet, ist eine genauere Kartographierung der peripheren Topographie und der narrativen Rekonstruktion einzelner Aktionsräume möglich, unter Ausschöpfung der gesamten Datenlage inklusive ergänzender Befragungen derer Repräsentanten kann die Relationalität der Raumkonfigurationen City-Suburbia-Peripherie ausgewertet werden. Abfrage und Clustering der mentalen Peripherie-Landschaft, sowie anschließender sozio-politischer Interpretation in dargestellter Weise, können hingegen nicht auf gängige Umfrage-Techniken (telefonisch, etc.) zurückgreifen, sondern müssen im Zeitalter der „globalisierten Soziologie“ (ALBROW 1996) den Sozialraum in seiner konkreten, faktischen Aneignung untersuchen. Hierfür bietet die von John Eade et al. erarbeitete Methodik der random walk-Befragungen einen für die Methodik

der Peripherie-Forschung einen brauchbaren Ansatz, da die mediatisierte Ubiquität gebrochene Raumzuschreibungen der Befragten, die sich ansonsten durch den Nexus zwischen Adresse und Funktion (also Wohn- versus Einkaufsadresse, usw.), Implikate einer funktionalistischen Raumbildlichkeit, nicht verhindert.

8.3 Forschungserträge

Hinsichtlich der sozio-politischen Relevanz der zu untersuchenden Peripherisierungsprozesse lassen sich folgende Stichworte anführen, zu denen das Forschungsprojekt empirisches und konzeptionelles Erkenntnismaterial liefern wird. Zunächst läßt sich im allgemeinen feststellen, in welcher Phänomenologie sich die urbanen Restrukturierungen beschreiben lassen. Peripherie läßt sich als eine neue Spielart der bestehenden räumlichen und abstrakten Gesellschaft in ihrer heutigen Form beschreiben oder – dies ist die maximale Hypothese des Forschungsprojektes – als eine sich grundlegend neu ausrichtende Gesellschaft als solche. Unterstützt wird diese Thematisierung durch den internationalen Vergleich und die bearbeitete Empirie im Raum Weimar-Erfurt. In beide Richtungen liefert das Forschungsprojekt zunächst ebenfalls auch eine für die Diskussion postfordistischer Gesellschaftsentwicklung ertragreiche Basis. Die Thematisierung der Regulationsmechanismen unter dem hier zu behandelnden Gesichtspunkt der sozial- und gesellschaftsräumlichen Restrukturierungen wird bezüglich ihrer hemmenden oder fördernden Auswirkungen zu bewerten sein. Das Forschungsprojekt wird als Ergebnis die bestehenden juristischen, finanzpolitischen, baurechtlichen u.ä. Regulationen derart neu bewerten, ob sie den „innovation leaps“ der Peripherisierung „matching innovations“ zur erfolgreichen Einbettung in die urbanistisch fundierte Repräsentationsdemokratie zur Seite stellt. In ähnlicher Weise wird die Erkundung der „New Frontier“ (Garreau,1991) in den Bewußtseinshaushalten der Peripherie-Bewohner die Frage beantworten, ob bereits Konturen eines neuen „mode of societalization“ anweisbar sind, die dem dominanten industrieräumlichen Entwicklungspfades der Peripherisierung folgen.

Literatur

- ALBROW, M. (1996): *The Global Age*. Cambridge.
- APPADURAI, A. (1998): *Modernity at large*. Cambridge.
- BEUREGARD, R. A. (1996): *Edge Cities: Peripheralizing the center*. In: *Urban Geography*. Vol. 16, 708-721.
- BERTUGLIA, C.S. (1997): *Urban Systems: Contemporary Approaches to Modelling*. London.
- BOURDIEU, P. (1985) *The Social Space and the Genesis of Groups*. In: *Theory and Society*, 723-744.
- CAMAGNI, R. (1992): *Sectoral Productivity and Regional Policy*. European Communities.
- CASTELLS, M. (1994): *Space of Flows – Raum der Ströme*. In: Noller, P., W. Prigge & K. Ronneberger [Hrsg.]: *Stadt-Welt*. Frankfurt a. M., 121-134.
- CHRIST, W. (1998): *Zur Gestalt und Gestaltung künftiger Siedlungsräume*. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung [Hrsg.]: *Stadt-Landschaft (Informationen zur Raumentwicklung, Heft 7/8)*, 475-482.
- ECKARDT, F. (2000a): *The Peripherization of Urban Society*. Paper to the Conference “Cities in the Region”. European Urban Research Association. 13.-15.4.2000. Dublin.

- ECKARDT, F. (2000b): Peripherization as an analytic and explanatory definition of the suburbanisation process in the German Democratic Republic. The case of Erfurt and the State Housing Programme 1971. Paper for the Fifth International Conference on Urban History: European Cities: Networks and Crossroads, Special Session on "Suburban Europe after the Second World War: City Planning Ambitions and Achievements." 30.9-2.10.2000. Berlin.
- ECKARDT, F. (2000c): Major urban changes and mobility. Beitrag zur Konferenz "Living in the cities". Europäische Kommission. DG Energy and Transport. Brüssel. 25.-26.5.2000.
- FUCHS, G., B. MOLTMANN & W. PRIGGE [Hrsg.] (1995): Mythos Metropole. Frankfurt/ M..
- GARREAU, J. (1991): Edge City: Life on the New Frontier. New York.
- GIDDENS, A. (1984): The Constitution of Society. Outline of the Theorey of Structuration. Cambridge.
- HABERMAS, J. (1999): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Frankfurt a. M..
- HEITMEYER, W., R. DOLLASE & O. BACKES [Hrsg.] (1998): Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben. Frankfurt/ M..
- LASH, S. & J. URRY (1994): Economies of Signs & Space. London.
- MOLLENKOPF, J. H. & M. CASTELLS, M. [Hrsg.] (1991): Dual City. Restructuring New York. New York.
- NICOLIN, P. (1992): Notizen zur Peripherie – Metropole – Loslösung. In: architehese 6/92.
- PRIGGE, W. [Hrsg.] (1998): Peripherie ist überall. Frankfurt a. M..
- ROBERTSON, R. (1996): Globalization. London.
- SCHULZE, G. (1992): Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart. Frankfurt/ M..
- SIEVERTS, T. (1999): Zwischenstadt. Zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land. Gütersloh.
- SOJA, E. W. (1989): Postmodern Geographies. London.
- ZUKIN, S. (1991): Landscapes of Power: from Detroit to Disney World. Berkeley.

Kulturlandschaft Suburbaner Raum

Sandra Wohlleber, Barbara Mohr

Diskussionsleitung: Peter Moser

In der Arbeitsgruppe wurden folgende Eingangs – Statements abgegeben:

- Prof. Dr. Jürgen Breuste: Leitfragen zur ökologischen Entwicklung von Stadtregionen
- Dr. J. Frey: Methodik der Formulierung von Leitbildern und Qualitätszielen im Stadtumland und Stadtbereich am Beispiel Mainz
- Prof. H. Mühle: Integrierte Konzepte für nachhaltige Gestaltung einer urbanisierten ländlichen Kulturlandschaft
- Manfred Kühn: Statement zur Positionsklärung: Kompakte Stadt kontra Zwischenstadt (Auflösung der Städte)

Zugrunde liegende Fragestellungen waren:

- Wohin soll sich die Stadtregion entwickeln? In diesem Zusammenhang wurde das Problem der Zielfindung und Steuerung der Stadtentwicklung diskutiert
 - Was steuert / lenkt diese Entwicklung? Steuerungsmechanismen wurden auf ihre Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit hin überprüft
 - Ein Diskussionsschwerpunkt war neben der Leitbilddiskussion die Begriffsklärung „Stadtkulturlandschaft ➤ Stadt-Kultur-Landschaft“
 - Leitbilddiskussion: Welche Leitbildarten sind einsetzbar, werden eingesetzt (gesetzlich vorgegebene Leitbilder) und sind notwendig? Wie kommen Leitbilder zustande?
- Können allgemeingültige Leitbilder aufgestellt werden?
 - Von wem sollen Leitbilder aufgestellt werden? (Wissenschaft oder Gesellschaft?)
 - Die räumliche Differenzierung bei der Leitbildentwicklung ist notwendig. Welche Art der Landschaft ist von der Bevölkerung des suburbanen Raumes gewollt? Und entsprechen diese Vorstellungen den Leitbildern?
 - Welchen Wert hat die Landschaft? Fragen zur Internalisierung der Kosten von Landschaftsverbrauch und Landschaftsnutzung wurden angesprochen
 - Welche Steuerungsfaktoren können eingesetzt werden? (Planungsinstrumente oder ökonomische Kriterien)

10 Neue urbane Landschaft – die kulturlandschaftliche Perspektive der Suburbanisierung

Jürgen Breuste

10.1 Problemlage

Gesellschaftliche Entwicklungen spiegeln sich besonders deutlich in Städten und ihrem Umland wider:

- verminderte Steuerungsfähigkeit der Städte und Stadtregionen (Steuerung nicht nur durch Planung)
- Wertewandel (Individualisierung, differenzierte Lebensstile),
- Wandel der Haushaltsstrukturen,
- deutlichere soziale Polarisierungen (Ende der nivellierten Mittelstandsgesellschaft),
- Globalisierung (Konkurrenz der Städte als Wirtschaftsstandorte),
- Konkurrenz der Standorte für Wohnen, Arbeiten und Freizeit innerhalb großräumigerer Stadtregionen,
- sich verfestigende Arbeitslosigkeit („Ende der Arbeitsgesellschaft“) und
- Zunahme der älteren Bevölkerung mit speziellen Ansprüchen (Überalterung, „ergraute Gesellschaft“).

„Städte zerfließen in die Landschaft hinein. Heute können wir vor allem von einer Unwirtlichkeit des Umlandes sprechen. Gleichzeitig deutet sich eine Dualisierung zwischen Kernstadt und Umland an. In den Kernstädten konzentrieren sich Arme und Ausländer. Die Umlandgemeinden werden stärker zu den Gebieten der Mittelschichten und des Einfamilienhausbaus. Bei der Lösung der neuen Aufgaben kann nicht auf Konzepte der 60er und 70er Jahre zurückgegriffen werden. Auch eine weitere Konzentration auf die Innenentwicklung wie in den 80er Jahren bringt keine Lösung“ (BMBAU 1993, S. 8).

Seit 1993 hat sich an dieser Grundtendenz nichts verändert. Städte und ihr Umland sind aus der Sicht der Raumplanung – nicht nur in Deutschland – permanente Problemräume. Ungleichgewichte zwischen „Stadt“ und „Umland“ bauen sich in kommunalpolitischer Handlungs(un)fähigkeit und wirtschaftlicher Position weiter aus. Gemeinsames Planen und Handeln könnte in Stadtregionen (bestehend aus Stadtkommunen und ihren Umlandgemeinden) erfolgen. Doch wie soll sie überhaupt aussehen, die „Stadt (oder Stadtregion) der Zukunft“ zu deren Gestaltung wir nicht zuletzt in der Europäischen Union dringlich aufgefordert sind? Es gibt Visionen, Leitbilder und Entwicklungsszenarien in unterschiedlichen Forschungsfeldern und Wissenschaftsdisziplinen. Doch passen sie häufig nicht zueinander. Ein kulturlandschaftlicher Ausgangspunkt ist zumindest ungewöhnlich, aber auch sehr attraktiv.

10.2 Ausgangsposition: Urbane Landschaft ist Kulturlandschaft

Die Kulturlandschaft wird üblicherweise als agrar-forstliche Landschaft verstanden. Gerade diese ist jedoch über Jahrhunderte lediglich eine primäre Form der Einbeziehung der Landschaft in den gesellschaftlichen Verwertungsprozeß. Kultur ist aber nicht an eine bestimmte Form und Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung gebunden. Gerade urbane und suburbane Räume sind die Räume intensivsten Kultureinflusses der Vergangenheit, Gegenwart und sicher auch der Zukunft. Kultur-

landschaften finden sich also nicht nur *in* urbanen und suburbanen Räumen als Reste von Früherem oder als besondere Teilräume. *Städte und ihr Umland sind als ganzes Kulturlandschaften!* Urbane Landschaften als Kulturlandschaften anzuerkennen bedeutet, von einigen lieb gewordenen Denkmustern Abschied zu nehmen. Eine Unterscheidung in urban und suburban sollte nicht von vornherein getroffen werden und hat in Europa sicher nichts mit der amerikanischen Verwendung der Begriffe zu tun.

Die urbane Landschaft ist Ausdruck der urbanen Kultur, von urbanen Lebensstilen und der Handlungsmuster von Unternehmen und (oft mehrerer) Verwaltungen und damit in spezieller Weise gesellschaftlich in Wert gesetzte Landschaft – also Kulturlandschaft.

10.3 Urbane Landschaft und Stadtregion aus Stadt und Umland

Urbane Landschaft umfaßt nicht nur administrative Verwaltungsgebiete von Städten. Sie ist der Raum, in dem sich urbane Nutzungsformen konzentrieren und der in seiner Struktur und Funktion vorrangig durch diese bestimmt wird. Ein eindeutiges „Dichtekriterium“ der urbanen Nutzungen, die urbane Landschaften von Agrarlandschaften abgrenzen könnte, gibt es bisher nicht. Klar ist nur eins: Verwaltungsgrenzen begrenzen keine Landschaften.

Der historische Stadtbegriff, das Bild von der begrenzten Stadt als punktuelle Konzentration der Kulturlandschaft, dem ein entsprechender Begriff von offenem Land gegenübersteht, hat als Leitbild keine Gültigkeit mehr. Die „Stadt“ als Verwaltungseinheit schließt längst nicht mehr alle urbanen Funktionen geschweige denn „die urbane Landschaft“ ein. Ihr administrativer Entscheidungsraum ist räumlich begrenzt und läuft der flächenhaften Dynamik urbanen Wachstums ständig hinterher. Aus Verwaltungs- und Planungssicht soll dem durch die gemeinsame Betrachtung von funktionalen urbanen Verflechtungsräumen (Stadtregionen) auf der Basis von kommunalen Gemeinden nachgekommen werden. Stadtregion ist jedoch nicht gleich urbane Landschaft (Tab.10.1).

Tab. 10.1 Beispiele für Flächen- und Einwohnerbezügen von administrativen Städten in Mitteldeutschland (1999)

	Fläche (in km ²)	Einwohner
Leipzig	290	495.000
Halle	150	285.000
Magdeburg	191	254.000
Jessen	202	12.000

Quelle: Amtliche Statistik

10.4 Kulturlandschaft als Bühne des Wirtschaftshandelns

Voller Verwunderung wird immer wieder festgestellt, daß die gewünschten und geplanten Zustände urbaner Landschaften nicht oder doch zumindest nicht so wie vorgesehen eingetreten sind und daß die Dynamik der Entwicklung im Raum ungeahnt groß ist. Dies wirft die Frage nach der Steuerungsfähigkeit urbaner Kulturlandschaftsentwicklung ebenso wie die nach dem Ziel der Steuerung auf.

Anerkennt man, daß der Raum, respektive die urbane Kulturlandschaft, die Bühne des Wirtschaftshandelns ist und Planung eine moderierende Rolle einnimmt, so verwundert es, daß wirtschaftliche Entscheidungsmuster, Effizienz, Lokalisierung und Steuerung bisher weniger als andere Aspekte betrachtet wurden. Ist die These haltbar: Die Wirtschaft als Motor der Gesellschaft bestimmt die

Form urbaner Landschaft? Ihre Regeln und Instrumente sind die schlagkräftigsten von allen und spiegeln sich in urbanen Kulturlandschaften deutlich wider (siehe Tab. 10.2).

Tab. 10.2 Bevölkerungsentwicklung der Stadtregionen Frankfurt und München 1970-1987 (in %)

	Frankfurt	München
Stadtgebiet	- 11,59	- 8,36
Umland	+ 13,12	+ 37,95
Verdichtungsraum	+ 2,09	+ 4,32

Quelle: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz Berlin 1990, nach ERMER, MOHRMANN & SUKOPP 1994

Verwundert stellen wir allzu oft fest, daß neue urbane Formen, besonders die im Stadtumland, durchaus den wirtschaftlichen Gesetzen gehorchen, jedoch in ihrer internen betriebswirtschaftlichen Effizienz noch lange keine effiziente und zukunftsfähige urbane Kulturlandschaft hervorbringen. Gesteuert wird durchaus nicht nur im regionalen Maßstab. Subventionen auf Landesebene führen z. B. zu Investitionen und zu deren Abschöpfung in urbanen Verdichtungsräumen. Regelungen aus Brüssel wirken sich z.B. im Rhein-Main-Gebiet materiell und sichtbar in Strukturwandlungen aus. Die Frage sei erlaubt: Ist die Raumplanung als Gestalter urbaner Entwicklungen deutlich schwächer als andere Gestalter und wer steuert noch wie?

Wohin wird oder soll gestaltet werden? Gibt es Ziele der Gestaltung? Die Wirtschaft zielt allein auf betriebswirtschaftliche Effizienz und Flexibilität. Sie setzt ihre Ansprüche ebenso wie der urbane Bürger in der Landschaft um. Eine komplexe Vision haben beide nicht. Ihr Leitbild wandelt sich rasch und ist von kurzfristigem Erfolg oder Effekt geprägt. Bleibt also die Raumplanung als Visionär und langfristig orientierter Gestalter?

10.5 Urbane Kulturlandschaftstransformation

„Die vielleicht interessanteste städtebauliche Aufgabe der Zukunft ist der Aufbau einer neuen Stadtkulturlandschaft“ (SIEVERTS 1998). Diese optimistische Aussage überrascht angesichts bisher überwiegend negativer und hilfloser Bilanzen, z.B. der des Flächenverbrauchs. Von 1950 bis 1993 hat sich in den Alten Bundesländern die Siedlungs- und Verkehrsfläche auf 12,6% erhöht (Neue Bundesländer: noch 8,2%) und damit fast verdoppelt. Der „Tagesverbrauch an Landschaft“ beträgt ca. 100 ha Fläche (meist Flächen ehemals landwirtschaftlicher Nutzung) (Tab. 10.3).

Tab. 10.3 Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsflächen in den Alten Bundesländern Deutschlands

	1981	1985	1989	1993
% der Landesfläche	11,1	11,8	12,3	12,7

Quelle: UMWELTBUNDESAMT, STATISTISCHES BUNDESAMT 1995

Landschaft verbraucht sich jedoch nicht, sondern wir lediglich in einen anderen „Kulturzustand“ transformiert. Nur ist dieser jedoch bereits normativ abgewertet, worauf der Verbrauchsbegriff schon eindeutig hinweist. Wachstum wird weiter stattfinden, auch urbanes Wachstum und Flächen werden weiter in neue Nutzungszustände transformiert. Kann „Null“-Wachstum des Flächenverbrauchs bis 2010 ein Ziel sein? Ist es realistisch an ein verringertes Wachstumstempo der urbanen Nutzflächen zu glauben? Kann Versiegelung als „Negativindikator“ und Steuergröße erhalten

und mit wirtschaftlichen Mitteln zurückgedrängt werden (Ökologische Steuerelemente, Zertifikate usw.)?

Eines ist sicher: Es entsteht eine neue Form von Stadt oder anders ausgedrückt, urbaner Kulturlandschaft auch – oder besonders – ohne planendes Zutun. Urbane Nutzflächen lokalisieren sich unabhängig ihrer Zugehörigkeit zu städtischen oder ländlichen Gemeinden dort, wo ihre Funktion wirtschaftlich am effektivsten erfüllt werden kann. Es entsteht eine diffuse urbane Landschaft, die sich nicht mehr an „Stadtgrenzen“ hält und ihre Nachbarschaftsbezüge nicht mehr in der unmittelbaren Umgebung sucht. Billige, effektive Mobilität erlaubt den Blick weg von der unmittelbaren räumlichen Bindung. Statt räumlicher Nähe ist zeitliche Nähe wichtiger. Nicht die Stadt der kurzen Wege, sondern die Stadt der kurzen Zeiten entsteht durch Massenmobilität. Statt mit öffentlichen Verkehrsmitteln bedienbaren zentripetalen Raumstrukturen urbaner Landschaft entstehen weiträumige urbane Verkehrsnetze mit variablen Hierarchien vor denen jedes wirtschaftliche ÖPNV-Konzept kapitulieren muß. Ehemalige „klar definierte“ agrare Stadtländer werden zu Mischformen urbaner und agrarer Nutzung. Und schon wird ein erneuter Umbruch durch die vom Ort gänzlich unabhängig machende Informationsgesellschaft prophezeit.

In der Raumplanung weisen Begrifflichkeiten schon auf Positionen hin. „Siedlungsbrei“, fehlende „klare Stadtkanten“ und „Stadtbegrenzungen“, „Zerfransung“ und „Zerschneidung“ werden beklagt, „geordnete Entwicklung“ und „Konsolidierung“ angemahnt. Eine objektive Prüfung der mit dieser Entwicklung verbundenen „Schäden“ steht jedoch noch aus. In der Landschaftsökologie ist diese Prüfung gerade erst Gegenstand der Forschung. Es bleibt aber die Frage, wie gehen wir mit den dynamischsten Prozessen in unserer Kulturlandschaft, denen der Nutzungstransformation in urbanen Landschaften um? Diese betreffen bei weitem nicht nur die Umwidmung von Flächen in neue Nutzungsarten, sondern oft gleichwertig die Zunahme der Nutzungsintensität auf wenigen Flächen und die Abnahme der Nutzungsintensität oder die zeitliche begrenzte Aufgabe der Nutzung auf anderen. Gerade letzteres wird nur schwer akzeptiert, gehört jedoch zum gesamten Verwertungsprozeß von Flächen zwangsläufig dazu. Aus dem Blickwinkel der Ökologie, wo Sukzession und Evolution Ökologie für den in der Planung gebräuchlichen Begriff Nachhaltige Entwicklung stehen, ist urbane Landschaftstransformation möglicherweise differenzierter zu bewerten.

10.6 Paradigma vom Gegensatz Stadt – Landschaft (Land) oder urbane Kulturlandschaft ?

Immer noch ist er lebendig, der alte Gegensatz zwischen Stadt und Land, Stadt und umgebender Landschaft. Ist er tatsächlich ein bewahrenswertes Erbe europäischer Stadttradition? Obwohl die Mauern und Wälle der Städte schon vor langer Zeit gefallen sind und damit ein wesentliches Hindernis der Stadtentwicklung in den Raum entfiel, existieren sie noch oft in den Köpfen von Planern. Stadt und Landschaft scheinen einfach nicht zusammenzupassen. Die Stadt entstand als bewußte Gegenwelt zur „feindlichen“ Natur und Landschaft. Der Städter sucht die Landschaft draußen außerhalb der Stadt, meint eigentlich eine bestimmte, die arkadisch schöne oder romantisch wilde Landschaft. Die eher traditionelle Planungsposition setzt auf den Reiz des Gegensatzes und damit auf das Leitbild der kompakten, flächensparenden Stadt. Freudig wird deren verschlafene Fortexistenz im Osten Deutschlands entdeckt und begrüßt, verbittert ihre fortschreitende Auflösung in die „grüne Wiese“ (die meist ein brauner Acker war) beklagt. Ließen die Marktgesetze denn andere Spielräume als anderswo? Dem Leitbild der Kompaktheit entspricht die Abgrenzung der Stadt gegen „Zersiedlung“ und ihre Ummantelung mit „Grünen Ringen“, um ihre weitere Ausdehnung gemeinsam mit Natur- und Landschaftsschutz nicht zuzulassen. Es sollten Stadt und Landschaft, Siedlung und Freiraum nicht beliebig vermengt, sondern als komplementäre Qualitäten entwickelt werden (KÜHN 2000).

Die Protagonisten dieses Leitbildes können sich einig wissen mit dem Naturschutz, der vor über hundert Jahren auch vor der Stadt und der Naturzerstörung ihrer Menschen schützen wollte. Das

„Naturschutzgebiet“ entstand als gesellschaftliches Gegenbild zur Industrialisierung und damit zur Stadt (NEISS 1995). Es sollte Stabilisierung und damit „Anhalten“ des Wandlungsprozesses in der Kulturlandschaft bringen. Auch im Naturschutz wird die Dichotomie von „intakter naturnaher Kulturlandschaft des ländlichen Raums und überformter naturzerstörerischer Zivilisationslandschaft der Städte“ (PLACHTER 1991, S. 126) vertreten. Mancher Planer stellt die Frage: Liegt die Perspektive in der „Verstädterung“ der Landschaft und der „Verlandschaftung“ der Städte (KÜHN 2000, S. 8)? Hier wird deutlich: Stadt ist keine Landschaft und soll auch keine sein.

Die Frage nach dem, was die neue „Gemeengequalität“ urbaner Kulturlandschaft bietet wird kaum gestellt. SIEVERTS (1998) versucht mit seiner „Zwischenstadt“ eine optimistische Antwort.

10.7 Mehr Natur in die Stadt oder urbane Landschaften können naturbezogen sein

Auch im Naturschutz regen sich immer mehr die Stimmen, die eine soziale Orientierung fordern (z.B. TREPL 1991, BREUSTE 1995, REBELE 1999). Natur und Landschaft einerseits und Menschen in ihren täglichen Lebensabläufen müssen angesichts wachsender Entfremdung von der Natur wieder in größere räumliche Nähe gebracht werden. Das geht nur mit mehr Natur in der Stadt, mit weniger Kompaktheit oder durch Nutzung der Chancen Stadtbürger mit Natur in diffusen, weniger dicht besiedelten urbanen Landschaften wieder zusammenzubringen. Damit würde die gegenseitige Durchdringung von urbanen baulichen Nutzungen und Natur auch Vorteile bringen. Dies ist nicht zuletzt überdenkenswert angesichts von dem in der Nachhaltigkeitsdebatte diskutierten notwendigen stärkeren regionalen Bezug von Wohnen, Erholung und Arbeiten. Vielleicht müssen wir uns auch auf eine Gesellschaft einrichten, die Landschaftsqualitäten nicht mehr billig und schnell weit außerhalb der Städte anbieten kann, sondern deren Städter wieder auf ihre Nahumgebung angewiesen sind. Große kompakte Städte ohne ausreichende grüne Freiräume und unterschiedliche Naturangebote (also auch Wald und Wildnatur einschließend) wären da eine schlechte Voraussetzung. Die städtische Grünplanung erkennt bereits jetzt die wirtschaftliche Chance gestufter Naturpflege, nähert sich ökologischen Positionen.

Wenn Natur in der Stadt oder besser in der urbanen Landschaft wieder einen konkreten sozialen Bezug finden würde, sozusagen eine „Urbanisierung“ des Naturschutzgedankens weiter Raum greift (BREUSTE 1995), dann würde der scheinbare „Unwert“ der „Restnatur“ in kompakten Kernstädten auch nicht weiter die fortschreitende „Entgrünung“ der Städte rechtfertigen helfen und die Bürger auf entfernte Außenbereiche für ihre Naturbedürfnisse verweisen. Städtische Siedlungsräume sind eben nicht nur „Fragmentvarianten ehemals naturnaher Biozönosen mit hohem Anteil plattischer Arten und geringer Schutzbedürftigkeit“ (PLACHTER 1991, S. 126), sondern genutzte Kulturlandschaften mit vielfältigen Funktionen.

Nutzungstransformation in der Kulturlandschaft findet in jedem Fall und sicher auch zum Glück, denn Dynamik ist eine Dimension ökologischer Entwicklung, weiterhin statt. Eine weniger dichte, Natur und Menschen wieder verbindende neue urbane Kulturlandschaft könnte bisherige Nachteile der „alten“ kompakten europäischen Stadt ausgleichen und neue Vorteile nutzbar machen. Also gilt es Vor- und Nachteile kritisch zu prüfen, Visionen zu entwickeln und gemeinsam an Leitbildern zu arbeiten, denn eins ist sicher: Es gibt gegenwärtig kein Leitbild urbaner Kulturlandschaft!

10.8 Kompaktheit versus Diffusion: Nachteile dynamischer urbaner Kulturlandschaftsentwicklung im Rahmen gesellschaftlicher Entwicklungen kritisch prüfen!

Die bisherigen ökologischen Gestaltungsziele in der Stadtentwicklung zielen auf Flächensparen, generelle Verminderung des Ressourcenverbrauchs (Energie, Wasser usw.), Regenerierbarkeit von Eingriffen in die Ökosysteme und Zyklisierung von Stoffflüssen. Notwendige Eingriffe in den Na-

turhaushalt sollen „ausgeglichen“ werden. Dies betrifft jedoch nicht nur Landschaftstransformation durch urbane Nutzungen, sondern das Umweltwirken des Menschen generell.

Dabei wäre alles doch so einfach, wenn die Zielgrößen wirklich wissenschaftlich gut begründet wären, damit feststünden und der politische Wille sie zu erreichen vorhanden wäre:

- Weitere *Versiegelung* könnte über Abgaben, Steuern und Zertifikate verhindert werden. Statt dessen wird der Einfamilienhausbau als Versiegelungsmotor und Stütze der Bauwirtschaft staatlich (steuerlich) subventioniert.
- Geringe *Grundsteuern* als Anreiz, Flächen im Stadtumland zu verbauen, könnten auf Stadtniveau durch Steuererhöhungen ausgeglichen werden.
- Kommunalpolitische Konkurrenzen in Stadtregionen könnten durch *neue Verwaltungsformen* und Regionalparlamente aufgehoben werden.
- Billige Massen-Automobilität, die diffuse urbane Nutzungsstrukturen erst möglich macht, könnte durch Abgaben weit oberhalb der 2 DM-Marke für einen Liter Kraftfahrzeugbenzin schnell aufgehoben werden.

Voraussetzungen dafür wäre die Bereitschaft einen viel stärker steuernden Staat zu wollen und in den Markt aus Grundlage unserer Wirtschaftsform mehr als regulierend einzugreifen. Ob dies politischer Wille ist oder auch wie nützlich es wäre – die „Nebenwirkungen“ wären mit zu beachten – bleibt fraglich.

Die bisher meist genannten Gründe gegen eine diffuse, flächengreifende Entwicklung von urbanen Landschaften sind kritisch zu prüfen, z.B.:

- Dadurch kommt es zu *mehr Pkw-Fahrten* zwischen Arbeits- und Wohnorten und Wohnorten und Einkaufsmärkten. Ist jedoch die Zunahme der Pkw-Fahrten vor allem auf die Suburbanisierung zurückzuführen? Erfolgt heute nicht fast $\frac{3}{4}$ aller privaten Fahrten mit Pkw für Freizeitbedürfnisse?
- *Ökologische Ausgleichsflächen*, z.B. für den klimatischen Ausgleich im Stadtumland werden durch Zerteilung und Bebauung entwertet oder bedroht. Ist jedoch nicht gerade dieser Ausgleich eine Notwendigkeit eben der Belastungsklima erzeugenden städtischen Kompaktbauweise? Kann die Landschaftstransformation diese Flächen nicht berücksichtigen und zukünftig sogar nicht mehr notwendig machen?
- *Flächenzerschneidung und Isolation von naturnahen Flächen* ist ein Ergebnis diffuser Lokalisation urbaner Nutzungsstrukturen außerhalb kompakter baulicher Zusammenhänge. Die präurbane agrare Kulturlandschaft des Stadtumlandes hat ihre Kleinteiligkeit jedoch meist bereits vorher durch eine Intensivierung der Landwirtschaft verloren. Die landwirtschaftliche Intensivproduktion war und ist viel mehr als die Zerschneidung von Flächen durch Infrastruktur für den Artenrückgang und die Belastung natürlicher Stoffkreisläufe verantwortlich. Die Auswirkungen der Flächenzerschneidung sollen keinesfalls relativiert werden. Die wirkliche „Landschaftszerstörung“ im Sinne von irreversibler Belastung von Stoffkreisläufen muß jedoch im Zusammenhang vieler eben auch landwirtschaftlicher Transformationen gesehen und bewertet werden. Ihre sichtbare strukturverändernde Seite wird im Gegensatz zur stofflichen Landschaftstransformation in der stadtnahen Agrarlandschaft (z.B. durch Düngung und Herbizideinsatz) meist deutlich negativer bewertet. Ist hier ästhetisches Empfinden primärer Wertungshintergrund?
- Die *Zunahme der Bodenversiegelung* ist ein Ergebnis wachsender persönlicher Ansprüche, privathaushaltlicher Strukturveränderungen und betriebswirtschaftlicher Kostensenkung in Industrie und Gewerbe auf marktwirtschaftlicher Grundlage. Sie findet in den Kernstädten – dort häufig mit ebenso verheerenden Folgen – und außerhalb der kompakten Baugebiete im Stadtumland statt. Haushälterischer Umgang mit dem Boden, dem ein Marktwert zukommen muß, kann mehr daran ändern als Planung. Bodenversiegelung konzentriert sich besonders da wo der Grund-

stückpreis hoch ist und zur Intensivverwertung scheinbar zwingt, nicht im Stadtumland, sondern in der Kernstadt!

- Die neuen *diffusen Nutzungsstrukturen* erfordern ein hohes Maß an Energie für Transporte und Unterhaltung. Obwohl genaue Untersuchungen vergleichend dazu bisher nicht erfolgten, wird hier der wirtschaftliche Hebel mehr erbringen als jede richtungsweisende Planung. Nutzungsmischung kann keineswegs zwangsläufig Verringerung der Transporte und Fahrtstrecken zur Folge haben.

Die *Ursachen* von als belastend oder nicht nachhaltig bewerteten Kulturlandschaftszuständen liegen in dem Zulassen und z.T. Fördern von verbrauchsorientierten Lebensweisen, der Konsumtion (einschl. von Boden, Wasser und Energie) als Zielorientierung, dem Wachstum als Wirtschaftsmotor, der Natur als „Null“-Wert im Markt, dem Bodenmarkt und der Durchsetzungsfähigkeit, wachsenden Möglichkeiten und Förderung von individuellen „Lebens(raum)-bedürfnissen“ gegenüber gesellschaftlicher Abwägung, Solidarität und Zukunftsfähigkeit. All dies wird nur in urbanen Landschaften auf kleinem Raum deutlicher sichtbar als anderswo.

10.9 Leitbilder für die neue urbane Kulturlandschaft entwickeln

Das Leitbild der dichten und kompakten Stadt ist objektiv nicht realistisch, vielleicht auch nicht mehr wünschenswert. Es lassen sich genügend negative Aspekte, auch mit Umwelt, Gesundheit und Ökologie verbundene, dagegen finden. Entscheidend ist jedoch seine gegenwärtige Undurchsetzbarkeit und Realitätsferne. Statt dessen sind neue (oder alte und immer noch unbeantwortete) Fragen zu beantworten:

- Wie können urbane Kulturlandschaften weiterhin Motoren wirtschaftlichen Erfolgs für die Gesellschaft und gleichzeitig attraktive Lebensräume für ihre Bewohner sein?
- Welche Rolle soll Natur zukünftig in ihnen spielen?
- Soll Landschaftsentwicklung sichtbar gemacht werden?
- Kann Naturkontakt im urbanen Lebensraum zukünftig selbstverständlich ermöglicht werden?
- Welchen Beitrag können Flußauen, Wälder oder landwirtschaftliche Nutzflächen dazu leisten? Wie müssen sie dazu positioniert sein und vor allem wie intensiv darf ihre Nutzung sein, ohne daß sie in ihrem Bestand gefährdet sind?

Dies alles sind viel wichtigere Fragen als Glaubensbekenntnisse für Kompaktheit oder Diffusion. Die Idee der aufgelockerten, grünen Stadt ist seit HOWARD und WIGHT immer wieder in Architektur und Raumplanung aufgegriffen worden, jedoch kaum mit Landschaftsökologie, Soziologie und Ökonomie verknüpft worden. Jedoch genau davon hängen Zukunftsfähigkeit und Realisierbarkeit ab. Die Vorstellungen von einem Nationalpark an Ruhr und Emscher z. B. tragen dem schon jetzt Rechnung und weisen in die richtige Richtung.

Drei Entwicklungsprinzipien für urbane Kulturlandschaften von übergeordneter Bedeutung sollen hier kurz vorgestellt werden:

Optimierung des Energieeinsatzes

Die fortschreitende extensive Nutzung von Energie v.a. aus fossilen Brennstoffen macht nicht nur einen ständig zunehmenden energetischen Input in urbane Nutzungsstrukturen notwendig, sondern ist auch verantwortlich für die mit der Brennstoffverbrennung zusammenhängenden Umweltfolgen. Maßnahmen sind dabei nicht nur die Erhöhung des energetischen Ausnutzungsgrades (derzeit oft weniger als 30 %), sondern auch die Reduzierung von motorisiert zurückzulegenden Wegen - ein

direkter Bezug zur Strukturierung der urbanen Landschaft. Die energetischen Folgewirkungen der Lokalisierung von städtischen Funktionen sind bisher bei Strukturentscheidungen fast gänzlich unberücksichtigt geblieben. Dies sollte künftig nicht mehr der Fall sein. Kurze Wege zu fordern bedeutet aber auch, die Motorisierung als Grundlage unserer jüngeren Stadtentwicklung in Frage zu stellen. Das Motiv der Kostenreduzierung führt bei niedrigen Transportkosten immer noch zu „schnellen“ dezentralen Lösungen. Energieeinsparung durch kurze Wege ist daher gegenwärtig noch Vision.

Vermeidung unnötiger und Zyklisierung unerläßlicher Stoffflüsse

Das urbane Landschaftsökosystem ist kein sich selbst erhaltendes System es funktioniert nur durch ständige Energiezufuhr und die Nutzung von Stoffen außerhalb seiner selbst. Materialien werden aus ferner und naher Umgebung bezogen, genutzt und ihre nicht mehr nutzbaren Abfallprodukte werden wieder ausgestoßen. Anzustreben ist eine stoffliche Zyklisierung zumindest von Teilen dieses Ablaufes. Die gegenwärtige Entwicklung führt zur Verschwendung (unvollständige Ausnutzung, Konsumtionswachstum) von Stoffquellen (Nahrungsgüter, Baustoffe, Energieträger, Wasser usw.) nicht nur aus der unmittelbaren urbanen Landschaft, insbesondere dem Stadtumland, sondern auch aus fernerer Umgebung. Die damit zusammenhängenden bisherigen Landschaftstransformation (und –degradation) beeinträchtigt bereits gegenwärtig die Entwicklungsmöglichkeiten der Städte (Abbauf Flächen im Stadtumland, Grundwasserabsenkungen, Verlust von landschaftlicher Identifikation, unkontrollierte Folgen des Stoffeintrags durch Intensivlandwirtschaft usw.). Das Ausweichen auf periphere Regionen und das Ausland als Lieferanten ist für die Stadtwirtschaft eine zwar kostengünstige, aber letztlich nicht zukunftssträchtige Lösung.

Erhaltung und Förderung von Natur

Die Erkenntnis, daß auch Städte zwar als Antipoden und Instrumente zur Überwindung der Feindlichkeit der Natur entstanden sind, sie selbst und die in ihnen wohnenden Menschen aber nicht ohne Natur auskommen können, setzt sich immer mehr durch. Mit dem Flächenwachstum der Städte wird unmittelbar bewußt, daß urbanes Leben, Städte und urbane Räume Landschaften sind, in denen Naturprozesse weiterhin ablaufen. Dies betrifft nicht nur die Reste prä-urbaner Natur, sondern auch die neu geschaffene anthropogene Natur (Oberflächen aus neuen Materialien, Gärten mit neuer Vegetation, Arten, die hier nie heimisch waren usw.).

Zum anerkannten Paradigma muß es werden, vorhandene funktionsfähige, sich selbst erhaltende Natur (ob prä-urban oder anthropogen) nicht ohne dringende Notwendigkeit und ohne vorherige Prüfung zu beseitigen. Der Schutz von Natur – biotisch und abiotisch – muß generell nutzungsbegleitend sein. Der exklusive Schutz unter Ausschluß von Nutzung solle die Ausnahme sein und auf Vorranggebiete des Naturschutzes beschränkt bleiben. Dort wo Natur bereits weitgehend zurückgedrängt ist, sollte ihre Wiederentwicklung besondere Förderung erfahren (z.B. verdichtete Innenstädte). Große zusammenhängende und/oder vernetzte Freiräume und langjährig gleichartige Nutzungen sollten erhalten bleiben. Sie ermöglichen stabile Populationen und Artenvielfalt. Typische Elemente der Stadtlandschaft (Bahnanlagen, Kanalränder, Friedhöfe usw.) stellen charakteristische Lebensräume dar, die nicht durch andere ersetzt werden können. Der Erhalt solcher kleinräumig strukturierter Standortunterschiede und differenzierter Nutzungs- und Pflegeintensitäten macht den Reichtum urbaner Landschaft aus und sollte angestrebt werden. Unvermeidliche Eingriffe in die Stadtlandschaft müssen so erfolgen, daß neue Landschaftselemente in bestehende Ökosystembeziehungen und Landschaftsbilder angepaßt einbezogen werden (z.B. Einbindung von Bauwerken in Ökosysteme) (BREUSTE 1995).

Der Natur und ihrer Erlebbarkeit und damit der Attraktivität des Lebensraums und dem Landschaftsbild wird zukünftig eine wesentlich höhere Bedeutung zukommen als zur Zeit. Voraussetzung für diese Annahme ist jedoch die These, daß der Nahraum im menschlichen Lebensbereich

wieder an Bedeutung zurückgewinnt und großräumige Bedürfnisbefriedigung für alle Stadtbewohner außerhalb der urbanen Landschaften zurückgehen wird. Damit gewinnt die Frage nach der Rolle des Naturschutzes und der gleichzeitigen Naturnutzung künftig größere Bedeutung. Ziel muß es sein, die essentielle Lebensraumbeziehung Mensch – Natur in großräumigen urbanen Landschaften nicht zu verlieren, sondern sie wiederherzustellen. Dazu gehört die Akzeptanz des Strebens nach Privatheit und Garten ebenso wie der landschaftsbezogene Freiraum. Dazu bedarf es der Entwicklung von Gebietsmodellen für Naturstrukturen („Landschaftsinfrastruktur“) in urbanen Landschaften in denen die Nutzungsintensitäten die vorhandenen Naturressourcen nicht irreversibel zerstören (z. B. Böden). Dies führt weg vom retrospektiven Raritätenschutz (Arten oder „alte“, vorindustrielle Nutzungsformen) und hin zum bedürfnisorientierten Naturschutz und Gestalten in urbanen Landschaften. Damit kommen bei Anerkennung ökonomischer Steuerungen der Raumplanung neue und attraktive Aufgaben zu. Auf Raumplanung kann auch künftig bei der Gestaltung der zukünftigen urbanen Kulturlandschaft nicht verzichtet werden.

10.10 Zielfindung und Aufgaben im Management neuer urbaner Kulturlandschaft **Leitbild: Naturkontakt für die Stadtbewohner**

Die Ziele des Managements urbaner Landschaften sind durchaus immer noch nicht klar bestimmt. Unterschiedliche Ziele konkurrieren in der Diskussion von Planern und Wissenschaftlern miteinander. Es scheint notwendig, die Interessen der Stadtbewohner und die Grenzen eines nachhaltigen Verbrauchs von Naturgütern durch Nutzung stärker als bisher bei der Zielfindung zu berücksichtigen.

Landschaft, auch die urbane Landschaft muß dem Grundbedürfnis des Stadtbewohners nach Naturkontakt, Erholung und damit dem Gestaltungsziel „Attraktivität des menschlichen Lebensraum“ entsprechen. Urbane Nutzung darf die Grenzen der Tragfähigkeit der Ökosysteme nicht willkürlich überschreiten und damit Anleihen auf die Zukunft aufnehmen, um kurzfristige Bedürfnisse zu befriedigen. Beides zu berücksichtigen ist Voraussetzung für Zukunftsfähigkeit urbaner Landschaften. Die Reduzierung der Lebensbezüge zur Natur ist generell mit den urbanen Lebensstilen verbunden. Feld- und Gartenproduktion und Tierhaltung sind schon seit mindestens einhundert Jahren aus europäischen und amerikanischen Städten weitgehend verschwunden. In indischen und chinesischen Städten sind sie heute noch anzutreffen. Der Garten als Nutzgarten, Kleingarten, Schreber- oder Erholungsgarten hat sich jedoch als grüner Ergänzungsraum zum engen Mietwohnungsbau bis heute in den Städten erhalten und erfreut sich weiterhin Beliebtheit. Dazu kam das Ergänzungsgrundstück für die Wochenenderholung im Stadtumland oder weiter außerhalb auf dem Lande. Aus dem fürstlichen Garten wurde der Bürgerpark, den Verschönerungsvereine und Stadtverwaltungen zur Erbauung und Erziehung in die Gestaltung der urbanen Landschaften schon im 19. Jahrhundert aufnahmen. Freizeitparks, Erholungswiesen, Freibäder, Stadtwälder und Promenaden kamen im 20. Jahrhundert hinzu. Die Ausdehnung der Städte ins Umland brachte auch bald naturnahe Restlandschaften und Agrarflächen in unmittelbaren urbanen Zusammenhang. Dieser Prozeß nimmt mit der Verlagerung von urbanen Funktionen aus den dichten Kernbereichen noch zu. Damit ergibt sich ein vielfältiges Bild von unterschiedlichen Naturangeboten für den Städter. Dies sollte scheinbar ausreichen. Viele „Angebote“ sind jedoch nicht erreichbar, weit entfernt oder nicht benutzbar, andere sind nach ihrer Größe für den Bedarf viel zu klein. Somit ergibt sich in vielen urbanen Landschaften heute, besonders in dicht bebauten Kernräumen, ernsthafter Mangel an Naturkontaktmöglichkeiten. Die Natur verschwindet auch durch die Zunahme der Nutzungsintensität (z.B. Versiegelung und Bebauung) immer mehr aus dem städtischen Lebensraum oder wird übernutzt oder unbenutzbar privatisiert.

Unter Stadtnatur sollte die gesamte Bandbreite biotischer Landschaftsausstattung verstanden werden, die in unterschiedlichen natürlichen und anthropogen bedingten Konstellationen in urbanen

Landschaften in Erscheinung treten können. Elemente der Stadtnatur sind damit z.B. stadträumliche Strukturen wie Grünanlagen, Parks sowie naturnahe Landschaftsbestandteile wie Wälder, Feuchtgebiete und Sukzessionsflächen, aber auch Einzelstrukturen wie Straßenbäume. Stadtnatur ist damit ein integraler Bestandteil nachhaltiger Stadtentwicklung. Sie leistet wichtige Beiträge zur Lebensqualität in den Städten und ist damit auch ein relevanter Faktor für die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit.

Daraus ergibt sich die Frage, wieviel und vor allem welche Stadtnatur (in quantitativer und qualitativer Hinsicht) aus ökologischer, ökonomischer und sozialer Perspektive in welcher landschaftsräumlichen Position (Lokalisation, Landnutzungsmuster) notwendig und sinnvoll ist.

Damit Stadtnatur einen Beitrag für eine nachhaltige Stadtentwicklung leisten kann, bedarf es eines effizienten Managementsystems. Dies muß den gesamten Bestand relevanter Stadtnatur erfassen. Trends in qualitativen und quantitativen Veränderungen müssen beobachtet und beurteilt, Frühwarnfunktionen im Falle einer Verschlechterung der Bedingungen erfüllt sowie neue Entwicklungsoptionen erkannt, weiterentwickelt und diskutiert werden, um die Stadtnatur zu entwickeln, die ökologisch sinnvoll ist, den Bedürfnissen der Stadtbevölkerung gerecht wird und deren Pflege und Expansion ökonomisch tragfähig ist.

Ein modernes Management von Stadtnatur steht vor der Herausforderung, Schutz von Natur mit Möglichkeiten ihrer Nutzung zu vereinbaren. Damit sind die Verlagerung der Problemdefinition und die Zielbestimmung urbanen Naturschutzes verbunden. Im Gegensatz zum traditionellen Naturschutzdenken, das viele Nutzungsformen von vornherein ausschloß, wird die benutzbare Natur zum Gestaltungsgegenstand städtischen und stadtreionalen Naturmanagements. Dies verlangt eine integrative Sichtweise, die neben ökologischen Aspekten auch ökonomische und soziale Belange berücksichtigt. Insofern läßt sich von einer Neuorientierung des urbanen Naturschutzes am Konzept der nachhaltigen Entwicklung sprechen.

Begründete Hypothesen sind:

- Stadtnatur erfüllt eine wichtige Funktion für die Lebensqualität der in Städten lebenden Menschen (sozialhygienisch/ästhetisch).
- Verschiedene Nutzergruppen (soziale Milieus) haben verschiedene Ansprüche an Stadtnatur.
- Stadtnatur stellt einen weichen Standortfaktor dar.
- Stadtnatur beinhaltet schützenswerte Elemente im Sinne des Biotop- und Artenschutzes und für die Erhaltung der Biodiversität als Lebensgrundlage der Menschen.

Damit kann grundsätzlich davon ausgegangen werden, daß die Erhaltung und Förderung von Natur in der Stadt – in urbanen Lebenszusammenhängen und Landnutzungsmustern – gewünscht wird. Die Erhaltung und Förderung von Natur steht jedoch in Konkurrenz zu möglichen anderen Formen der Flächennutzung.

Grundlage für ein effektives Management ist die Beantwortung von Ausgangsfragen wie:

- Wie ist die Bilanz zwischen Flächengewinnen und Flächenverlusten von Stadtnatur (qualitativ und quantitativ)?
- Wie werden die gegenwärtigen Bedürfnisse der Bevölkerung nach Stadtnatur erfüllt (quantitativ und qualitativ)?
- Welche Veränderungen der Ansprüche sind erkennbar?
- Welche Optionen und Lösungsvorschläge sind für die Behebung von Defiziten und die Beseitigung von Konflikten denkbar und wie sind sie in die Praxis umsetzbar (Instrumente und institutionelle Rahmenbedingungen)?

Die Entwicklung und Umsetzung moderner Managementstrategien der Gestaltung urbaner Landschaften setzt ein umfassendes Wissen über die komplexen Interaktionsverhältnisse von Natur, Ö-

konomie und sozialem System in städtischen Lebensräumen voraus. Hierzu existiert bislang allenfalls eine Reihe von Einzelerkenntnissen. Es fehlt jedoch eine systematische Integration des Detailwissens zu einer umfassenden sozioökologischen Perspektive. Zudem mangelt es an Grundlagenkenntnissen. Dort, wo sie vereinzelt vorliegen, sind sie bislang nicht ausreichend an regionalen Beispielen überprüft, konkretisiert und weiterentwickelt worden. Ein systematischer Forschungsansatz zu Anforderungsprofilen, Strategien und Maßnahmen des Naturmanagements in urbanen Landschaften erscheint notwendig. Im Mittelpunkt könnte dabei die forschungsleitende Frage stehen, wieviel und vor allem welche Stadtnatur aus ökologischer, ökonomischer und sozialer Perspektive an welcher Position der urbanen Landschaft notwendig und sinnvoll ist.

Die bisher dahingehend diskutierten Fragen sind:

- Welche Tendenzen der Landnutzung können in urbanen Landschaften in den nächsten Jahren erwartet werden? Welche Szenarien sind wahrscheinlich?
- Welche Leitbilder der Stadtentwicklung – kompakte Stadt oder diffuse Stadt sind naturfördernder/ naturverträglicher?
- Wie kann weitere Denaturierung urbaner Landschaften verhindert werden?
- Wie kann Naturschutz effizienter gestaltet werden?
- Welche urbane Kulturlandschaft wird gewollt? Welche Perspektiven und Potentiale sind vorhanden?
- Welche Nutzeransprüche im Hinblick auf Natur in urbanen Landschaften gibt es?
- Wie kann Stadtgrün und Natur in urbanen Landschaften effektiv gestaltet und gepflegt werden?
- Läßt sich mehr Wildnatur (naturbelassene Flächen) in urbanen Landschaften akzeptiert etablieren? Welche Chancen haben unkonventionelle Naturangebote?
- Wie kann Landschaft erlebbar und zugänglich erhalten werden?
- Welche Rolle kommt einer an der Vermittlung von Naturerlebnis stärker orientierten Landwirtschaft in urbanen Landschaften zu?
- Wie soll und kann eine notwendige Nutzungsinfrastruktur für Stadtnatur aussehen?
- Welches sind Risiken für die Natur durch Naturnutzung?
- Welche Funktion hat Biodiversität in urbanen Landschaften? Ist Biodiversität hier ein Entwicklungsziel?
- Wie können Nutzungskonflikte moderiert werden?

Insgesamt ergeben sich komplexe Aufgaben in einem regionalen Zusammenhang für ein flexibles Management (Regionalmanagement) urbaner Landschaften. Zu rechnen ist auch künftig mit häufigen Nutzungstransformationen, stagnierenden oder schrumpfenden Kommunalfinanzen und weiterhin unangepaßten kommunalen Strukturen.

Trotzdem sind neue Optionen denkbar wie:

- Zeitlich begrenzte Zwischennutzungen,
- zeitlich begrenzte Baugenehmigungen (mit rückstandsloser Baubeseitigung),
- Umnutzbarkeit und Recyclingsfähigkeit von Neubauten,
- neue „Wildnisse“ in „technisch komplex kontrollierter Kulturlandschaft“,
- Integration von Land- und Forstwirtschaft in die Stadtplanung und
- Regionalparks die Naturschutz und Naturnutzung vereinbaren.

Literatur

- BMBAU (Bundesministerium f. Raumordnung, Bauwesen und Städtebau) [Hrsg.] (1993): Zukunft Stadt 2000: Bericht der Kommission Zukunft Stadt 2000. Bonn.
- BREUSTE, J. (1995): Die Stadtlandschaft – Wandel und Perspektive einer Kulturlandschaft. In: Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege ANL [Hrsg.]: Laufener Seminarbeiträge 4/95 (= Vision Landschaft 2020: Von der historischen Kulturlandschaft zur Landschaft von morgen), 63-74.
- ERMER, K, R. MOHRMANN & H. SUKOPP (1994): Stadt und Umwelt. Bonn. (= Buchwald, K., W. Engelhardt [Hrsg.]: Umweltschutz – Grundlagen und Praxis. Bd. 12).
- KÜHN, M. (2000): Zwischen „Stadt in der Landschaft“ und „Stadtlandschaft“: Freiraumentwicklung zwischen Mark und Metropole. In: IRS aktuell 26, 7-8.
- NEISS, T. (1995): Wertvolle Kulturlandschaft neues Emschertal? Naturschutzgebiet in urban-industrieller Landschaft. In: Natur und Landschaft, 70. Jg., H. 10, 454-457.
- PLACHTER, H. (1991): Naturschutz. Stuttgart.
- REBELE, F. (1999): Naturschutz in Stadt- und Industrielandschaften – Aufgaben, Begründungen, Ziele und Leitbilder. In: Geobotan. Kolloquium 14, 7-14.
- SIEVERTS, T. (1998): Zwischenstadt zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land. 2. Aufl., Braunschweig/ Wiesbaden.
- TREPL, L. (1991): Forschungsdefizit: Naturschutzbegründungen. In: Henle, K. & G. Kaule [Hrsg.]: Arten- und Biotopschutzforschung für Deutschland. Jülich. (= Berichte aus der ökologischen Forschung Bd. 4), 424-432.
- UMWELTBUNDESAMT/ STATISTISCHES BUNDESAMT [Hrsg.] (1995): Umweltdaten Deutschland 1995. Berlin.

11 Probleme und Lösungsansätze für eine nachhaltige Freiraum- und Landschaftsentwicklung in Stadtregionen

Peter Moser

11.1 Die Region als Handlungsraum einer nachhaltigen Entwicklung

Die Diskussion um den Weg einer nachhaltigen Entwicklung hat in Deutschland nach der Rio-Konferenz und nach Habitat II eine vielschichtige Entwicklung genommen. Mittlerweile haben über 800 Kommunen mit einem Einstieg in den Prozeß einer Lokalen Agenda 21 begonnen, die Enquête-Kommission der Bundesregierung und unterschiedliche Forschungseinrichtungen und Behörden widmen sich intensiv diesem Thema. Als wichtiges Forschungsthema ist die Entwicklung eines Nachhaltigkeitskonzeptes erkannt worden. Doch wie ist dieses auszugestalten? Grundsätzlich umfaßt Sustainability:

- einen auf qualitativem Wachstum beruhenden ökonomischen Wohlstand
- eine intergenerative soziale Chancengleichheit und Gerechtigkeit
- den Erhalt der Ökosysteme, der Naturpotentiale und Naturfunktionen

Je nach dem Stellenwert von eigenen Anschauungen werden diesen zentralen Zielrichtungen weitere zugeordnet wie eine politisch-institutionelle, eine geschlechterbezogene oder eine internationalentwicklungspolitische Dimension (FORUM UMWELT UND ENTWICKLUNG 1997).

Ein zentrales Problem der nachhaltigen Entwicklung ist ein unterschiedliches Verständnis über die Gewichtung der drei Bereiche. Sollen die Zieldimensionen gleichrangig behandelt werden, oder soll ein Bereich als bedeutsamer eingestuft werden? (Abb. 11.1)

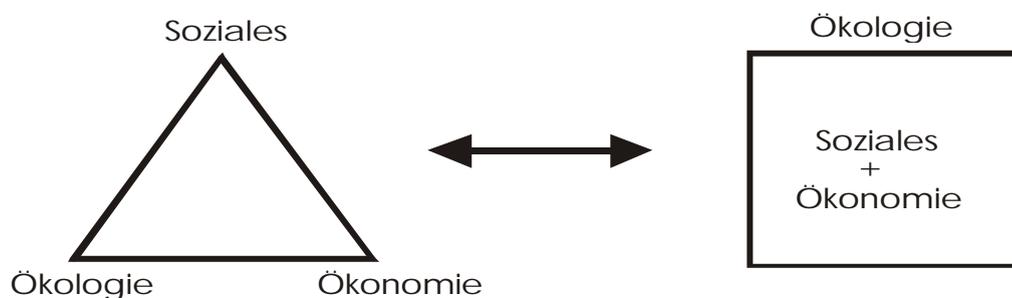


Abb. 11.1 Gegensätzliche Verständnisse von Nachhaltigkeit

In Abb. 11.1 ist der weit verbreiteten Anschauung von Nachhaltigkeit in Form eines „gleichberechtigten Dreiecks“ ein umweltwissenschaftliches Alternativmodell gegenübergestellt worden. Diese umweltwissenschaftliche Auffassung betont die Wichtigkeit und Unersetzbarkeit des Ökosystems, ohne das die gesellschaftlichen Dimensionen nicht zu existieren vermögen.

In den weiteren Darstellungen zum Nachhaltigkeitskonzept wird die ökologische Perspektive übernommen, es werden aber auch ökonomische und soziale Aspekte im Kontext einer ökologischen Rahmensetzung berücksichtigt.

Abgesehen von der inhaltlichen Unschärfe von Sustainability wirft auch die räumlich-zeitliche Dimension Fragen auf. Dass sich die Erde mittel- bis langfristig nachhaltig entwickeln muß, ist unbestreitbar. Doch welche räumliche Ebene besitzt welche Entwicklungspotentiale, damit Nachhaltigkeit organisiert und umgesetzt werden kann? Die Tab. 11.1 gibt eine Vorstellung über mögliche Chancen der unterschiedlichen Ebenen.

Tab. 11.1 Entwicklungspotentiale für die Umsetzung von Nachhaltigkeitskonzepten

	NATION/LAND	REGION	STADT	QUARTIER
räumliche Eingrenzung/ Planungshoheit	Gut ++	bedingt +	gut ++	bedingt +
Operationalisierbare Ziele	schwach o	gut ++	gut ++	z.T. gut +
Erreichbarkeit der Akteure	sehr gut +++	bedingt +	gut ++	gut ++
zuständige Akteure	Vertreter, indirekt zuständig ++	vorhanden, mobili- sierbar ++	vorhanden ++	z. T. vorhanden +
Möglichkeit von Nach- haltigkeit	zum Teil, unkonkret o	möglich +++	zu kleinräumig -	zu kleinräumig -
Entwicklung konkreter Indikatoren, Ziele	nur allgemein mög- lich +	möglich und sinn- voll +++	möglich ++	zum Teil möglich und sinnvoll +
Umsetzung	nur theoretisch +	praktisch möglich ++	praktisch mö glich ++	Fallbeispiele +
potentielle Gremien	Rat: Zukunftsfähige Entwicklung +	Regionales Agenda 21 Forum +	Lokales Agenda 21 Forum +	Mitarbeit von Ortsteilgruppen +
Bewertung:	10	15	12	7

Tab. 11.1 veranschaulicht, dass trotz des Mankos eines unzureichenden ordnungsrechtlichen Rahmens und Schwierigkeiten der Einbeziehung von Akteuren, Regionen die geeignetsten Räume für die Umsetzung von Nachhaltigkeitskonzepten sind. Sie sind größer als Städte, für die keine nachhaltigen Stoffkreisläufe möglich sind, und kleiner als Länder, bei deren Größe Nachhaltigkeit schwer konkret zu operationalisieren und umzusetzen ist.

Der wachsenden Bedeutung der Regionen als Handlungsräume einer nachhaltigen Entwicklung wird zunehmend Aufmerksamkeit gewidmet. Dabei verschiebt sich der Betrachtungsfokus mehr und mehr von der kommunalen auf die regionale Ebene. Da sich aber auch die regionale Betrachtung als sehr komplex darstellt, empfiehlt sich eine gezielte thematische Einschränkung, um eine hinreichend tiefe Analyse und Bewertung durchführen zu können.

Ein wichtiges Problemfeld für eine nachhaltige Entwicklung sind die freien, unbebauten Flächen. Die Tendenz zur Metropolisierung, zur Verdichtung, sowohl im Kernbereich von Stadtregionen als auch in deren Umland nimmt zu. Vor allem in altindustriellen Regionen besteht ein scharfer Kontrast zwischen großen Industriebrachen mit hohen Sanierungskosten und unzureichenden Verkehrsanschlüssen im Kernraum und einem Erschließungsboom im Suburbanraum mit seinen weitaus günstigeren Standortmerkmalen. Die kommunale und regionale Planung ist vielfach hilflos, oder es fehlen die nachhaltigen Konzepte. Marktökonomische Anreize fördern den Verbrauch von Land-

schaft. Der rasante Landschaftsverbrauch gefährdet unwiederbringliche Naturgüter und steht so einer nachhaltigen Entwicklung entgegen.

Das Management und die kritisch reflektierte Bewahrung von urbanen Landschaften – Entwicklung und Schutz von Kulturlandschaft sowie Erhalt und Gestaltung innerstädtischer Grün- und Freiflächen – ist somit ein wichtiger Schritt für eine nachhaltige räumliche Entwicklung. Ein zentraler Aspekt urbaner Lebensqualität liegt in der Nutzbarkeit von Grün- und Freiflächen, die zudem weitere wichtige Funktionen erfüllen.

Eine grundlegende Aufgabe ist also die Sicherung und Entwicklung von urbanen und suburbanen Grünflächen bzw. Landschaften, einschließlich ihrer ökologischen Funktionalität und ökonomischen Tragfähigkeit, und die damit verbundene Steigerung der Lebensqualität der Bewohner in den urbanen Regionen.

Ein nachhaltiger regionaler Flächenschutz umfaßt sowohl den suburbanen Raum als auch die innerstädtischen Freiflächen. Als Forschungsgegenstand lassen sich im urbanen Raum die naturnahen Flächen (Schutzgebiete), die ungenutzten Freiflächen (Brachen), die Parkanlagen und das private Grün, im suburbanen Raum die unbebauten Freiräume der (Kultur)-Landschaft (Schutzgebiete, Agrar- und Forstflächen) ausmachen.

Für die innerstädtische Entwicklung werden der Schutz und die Neugestaltung von Freiflächen angestrebt, für den suburbanen Raum die Schaffung und Erhaltung einer attraktiven Landschaft, welche den ökologischen Erfordernissen angepaßt und in die kulturhistorischen Gegebenheiten integriert ist; Zielbegriffe in diesem Zusammenhang sind kulturelle Landschaftsdiversität, Erfahrbarkeit, Vielfalt und Kleinteiligkeit.

Tab. 11.2 gibt einen Überblick über einen multifunktionalen Analyse- und Bewertungsansatz für Freiflächen, der sich insbesondere auch auf altindustrielle Stadtregionen anwenden läßt. In diesem methodischen Modellansatz werden Raumstrukturen aus unterschiedlichen Forschungsperspektiven untersucht, um den vielfältigen Zugängen zum ökologischen Raum gerecht zu werden.

Tab. 11.2 Freiflächenanalyse, -bewertung und -entwicklung in Stadtregionen ¹

Urbaner Raum	<ul style="list-style-type: none"> ◆ Klassischer Naturschutzansatz ◆ Ökosystemanalyse ◆ Naturwahrnehmung ◆ Strukturtypenanalyse/ (Landschaftsbild)
Naturnahe Flächen	
Neue Natur (Brachen)	
Gepflegte öffentliche Natur (Parks)	
Gepflegte private Natur (Gärten)	
Suburbaner Raum	
Naturnahe Kulturlandschaft	
Agrarräume und Forste	
Freiflächen im Siedlungsverband	

¹ Diesem Modellansatz liegt ein größeres Verbundprojekt des „Interdisciplinary Department of Urban Landscapes“ zugrunde. In verschiedenen wissenschaftlichen Arbeiten werden die unterschiedlichen Facetten und Teilbereiche transdisziplinär erforscht.

11.2 Bausteine eines regionalen Nachhaltigkeitskonzepts

Im Folgenden soll überblickartig auf Elemente eines regionalen Nachhaltigkeitskonzepts eingegangen werden. Konzepte und Maßnahmen sollten nicht isoliert entwickelt werden, sondern Bestandteil eines Gesamtkonzepts sein, welches sich spezifisch an den Bedürfnissen und Erfordernissen einer Region orientiert. Hierfür gibt es kein Patentrezept, sondern nur grundlegende Überlegungen, die sich insbesondere auch für altindustrielle Stadtregionen als nützlich erweisen könnten.

Das Nachhaltigkeitskonzept für eine Region setzt sich aus verschiedenen Bausteinen zusammen. Diese sollen in einem engen Zusammenhang zueinander stehen. Abb. 11.2 stellt die einzelnen Bestandteile eines solchen Modells vor. Im Folgenden sollen erste Überlegungen zu den einzelnen Bausteinen vorgestellt werden.

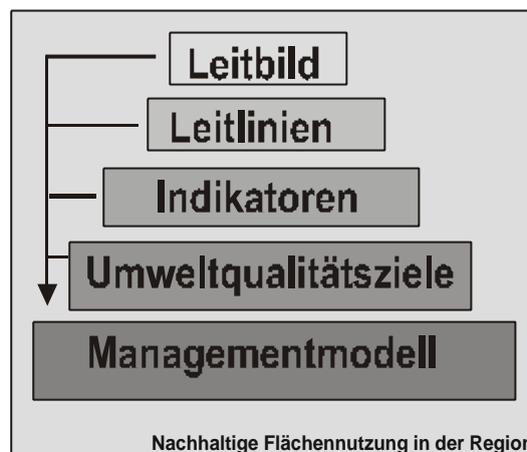


Abb. 11.2 Bausteine eines regionalen Nachhaltigkeitskonzepts

Für eine Region soll ein Leitbild entwickelt werden, das durch Leitlinien konkretisiert wird. Durch die Auswahl und den Einsatz von Indikatoren wird auf Probleme und Veränderungen in der Region hingewiesen. Die Entwicklung von Umweltqualitätszielen dient der gezielten Steuerung hin zur Nachhaltigkeit. Für die Zielerreichung ist anschließend ein Managementkonzept hilfreich, das dazu dient, Maßnahmen zur Sicherung von Freiflächen zu entwickeln und umzusetzen.

Folgende Kriterien werden für die Entwicklung eines regionalen umweltbezogenen Nachhaltigkeitskonzepts als wichtig erachtet:

- Betrachtung von Umweltzuständen /-veränderungen in Hinblick auf deren Verbesserung
- Berücksichtigung von sozialen und ökonomischen Aspekten
- Eingrenzung der zu untersuchenden Umweltthemen
- Analyse einer regionalen Ebene im Zusammenhang mit über/untergeordneten Ebenen
- Gliederung des Konzepts (Leitbild, Leitlinien, Indikatoren, Qualitätsziele, Maßnahmen)
- Integration von wissenschaftlichen Arbeiten in den gesellschaftspolitischen Nachhaltigkeitsprozeß (z. B. lokale Agenden, regionale Agenda 21)
- Berücksichtigung von Transparenz und Partizipation im Gesamtprozeß
- Vorgehensweise konfliktaufarbeitend und weitestgehend konsensual
- Berücksichtigung der Komplexität und Empfindlichkeit von Umwelt
- Betrachtung der Wechselwirkung zwischen Räumen und deren Untergliederung
- Möglichkeit zur dynamischen Anpassung/Weiterentwicklung
- Nennung eines zeitlichen Horizonts für Zielerreichung
- Mehrfache Erfolgskontrolle

Die Nachhaltigkeit von urban geprägten Regionen ist ein äußerst komplexes Feld. Bei einer Analyse sind die unterschiedlichsten Teilbereiche und Faktoren zu berücksichtigen. In Abb. 11.3 sind diejenigen Parameter weiß hervorgehoben, die in dieser Untersuchung genauer betrachtet werden sollen.

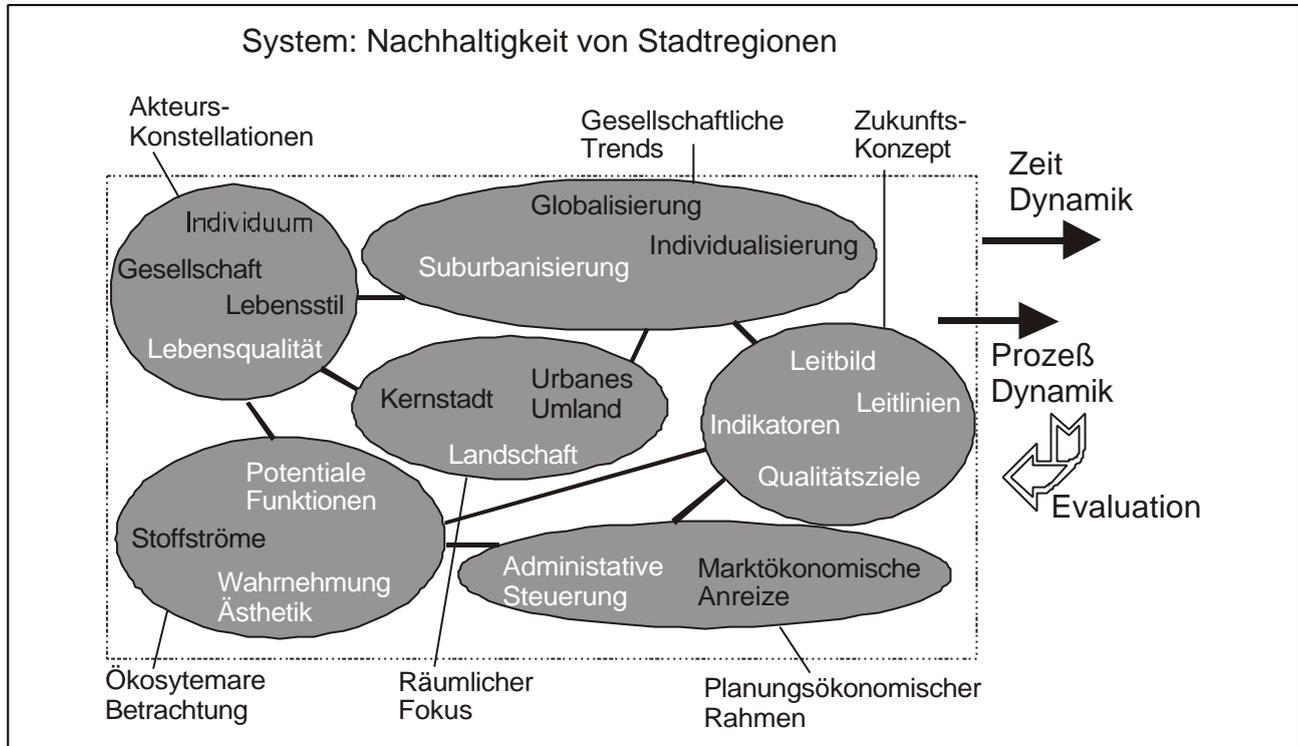


Abb. 11.3 Ausgewählte Systemkomponenten

11.3 Leitbild

Leitbilder besitzen für die nachhaltige Entwicklung von Räumen eine zentrale Bedeutung. Der Begriff „Leitbild“ verbindet die beiden zentralen Entwicklungselemente Ziel (Bild) und Weg (Leiten). Dies beinhaltet, dass eine öffentliche Meinungsbildung über die zukünftige Entwicklung von Räumen gewünscht wird. Da Leitbilder vielfältig in unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen gebraucht werden, ist es zweckmäßig, den Begriff klar zu definieren. In diesem Zusammenhang soll als ein Leitbild ein Strategieelement für eine nachhaltige Raumentwicklung verstanden werden. In Anlehnung an KNAUER (1997) und ENQUETE-KOMMISSION (1998) werden Leitbilder als Bestandteil eines Entwicklungskonzeptes zur Nachhaltigkeit verstanden. Eine gewisse Nähe zu Begriffen wie „Vision“ und „Utopie“ ist trotz deren mangelnder Wissenschaftlichkeit nicht zu leugnen, zumal die Utopie von heute die Wirklichkeit von morgen sein kann. Gerade aus Träumen und Wünschen gewinnen Leitbilder die notwendige Aufmerksamkeit und Unterstützung seitens gesellschaftlicher Akteure, die eine Verbesserung des real existierenden Zustandes erlauben. Das Über-Leitbild von „Sustainable Development“ als einer global akzeptierten Entwicklungsrichtung erlaubt und fordert die Entwicklung weiterer differenzierter regionaler Leitbilder (RAUSCHELBACH und KLECKER 1997).

Leitbilder besitzen nach KNIELING (1997) eine Binnenorientierung und eine Außenorientierung. Die Orientierung nach innen motiviert die Akteure, erschließt Potentiale und unterstützt die Stärkung der regionalen Identität. Die Außenausrichtung dient als Marketing, vermag als PR-Strategie Aufmerksamkeit zu erregen und externe Unterstützung einzuholen. Leitbilder dienen als Mittel zur

Verständigung und stärken das Identitätsgefühl. Für ihre Entwicklung ist sowohl die Einbeziehung von Experten als auch der Bevölkerung notwendig. Sie benötigen die politische Absicherung und ein ausgewogenes Maß an Verbindlichkeit und potentieller Veränderbarkeit. Da sie vielfältig einsetzbar sind, gibt es unterschiedliche Ordnungen von Leitbildern, die von Gesamtleitbildern über Regions- und Ortsleitbildern bis zu Teilleitbildern reichen, welche nahtlos in Leitlinien übergehen.

Am Beispiel des städtischen Raumes läßt sich das folgendermaßen konkretisieren:

Ein zentrales Problem von nachhaltiger regionaler Entwicklung ist die mangelnde Berücksichtigung von Freifläche und Landschaft in der Stadtregion. Die Gründe hierfür sind vielschichtig. Zum einen vernachlässigen die traditionellen Leitbilder der kompakten, verdichteten Stadt und der dezentralen Konzentration die „Freiflächen“, da sie sich konzentriert dem Prozeß einer nachhaltigen Urbanisierung widmen. Das neue Leitbild der Zwischenstadt, welches ein neues Verständnis von Stadt zu vermitteln versucht, weist zwar auf die Bedeutung der Landschaft in Form des zentralen Bindeelements hin, besitzt aber ein eindeutiges Nachhaltigkeitsdefizit. Es ist zudem nicht global übertragbar, sondern wird als europäische Antwort auf die Entwicklung amerikanischer Städte angesehen. Trotz dieser vorhandenen Defizite taugt dieses Leitbild als Arbeitsgrundlage, da es im Gegensatz zum Kompakte-Stadt-Leitbild dem Schutz von Freiflächen besondere Aufmerksamkeit zuwendet. Für eine nachhaltige Entwicklung wäre eine Synthese von Elementen aus beiden Ansätzen wünschenswert.

In Tab. 11.3 wird insbesondere der Umgang mit Grün- und Freiflächen in den beiden beschriebenen Leitbildern näher analysiert und einander gegenübergestellt.

11.4 Leitlinien, Indikatoren und Qualitätsziele für Stadtregionen

Zu den folgenden Bausteinen eines regionalen Nachhaltigkeitskonzepts werden überblickartig Gliederungskriterien benannt. Da bei diesen zwischen Kernstadt und Umland größere Unterschiede bestehen, kann hier aus Platzgründen nur auf das Umland weiter eingegangen werden. Es empfiehlt sich eine „dreidimensionale“ Ausrichtung (siehe Abb. 11.4).



Abb. 11.4 Konzept Landschaftsqualität in der Stadt-Region

Tab. 11.3 Gegenüberstellung unterschiedlicher Stadtraumleitbilder

	Kompakte Stadt	Zwischenstadt
Leitziel	<ul style="list-style-type: none"> • Nachhaltige Stadt • Modell für menschenwürdiges zukünftiges Wohnen 	<ul style="list-style-type: none"> • Stadt der zweiten Moderne • Europäischer Gegenpol zur Globalisierung
Charakteristika	<ul style="list-style-type: none"> • Verdichtete Bebauung • Klare Stadtränder • Verknüpfung von urbanem und regionalem Leitbild (Kompakte Stadt/Dezentrale Konzentration) • Abtrennung von Landschaft • Kurze Wege • Ressourcen- und Flächeneinsparung • Widerstand gegen aktuelle Trends 	<ul style="list-style-type: none"> • Aufgelockerte Bebauung • Durchdringung von Land und Landschaft • Flächen- und ressourcenintensiv • Hohe Diversität • Weite Wege • Modell für existierenden Zustand • Anpassung an Trends
Vorbild: Kulturhistorische Vorstellung	<ul style="list-style-type: none"> • im romanischen Südeuropa verankert 	<ul style="list-style-type: none"> • im angelsächsisch-germanisch-skandinavischen Raum verankert (z.B. Gartenstadt)
Kritik	<ul style="list-style-type: none"> • Kaum Chancen zur Umsetzung • Rückwärtsgewandt und romantisch (historische Stadt und Kulturlandschaft nicht mehr existent) • Reaktionär / restaurativ • Widerspricht Tendenzen zur Globalisierung und Individualisierung • Grenzsetzung: bebaut - un bebaut 	<ul style="list-style-type: none"> • sehr kostenintensiv: sozial und ökonomisch (verschleiert durch Kostenexternalisierung) • Automobilabhängigkeit • Kniefall vor der gegebenen Realität bzw. bestehenden Rahmenbedingungen • kaum global übertragbar • Grenzöffnung zwischen urban und nichturban
Landschaftsgestaltung	<ul style="list-style-type: none"> • Verdichtete Kernstadt beinhaltet keine Landschaft • Wertvoll in Form historischer außenliegender Kulturlandschaft, keine Integration ins Leitbild • Aufwertung durch „Grün“ nur durch kleinflächige Gärten, Innenhof und Parkgestaltung • Grüne Ringe als Randelement zur Wachstumseingrenzung ➤ Landschaft als außenstehendes nebenständiges Objekt 	<ul style="list-style-type: none"> • Landschaft als wichtiges Bindeelement der Zwischenstadt • Landschaft ins Leitbild integriert • Integration der Landschaftsplanung in die Stadtplanung in Form von Stadt-Landschaftsplanung • Problematik unterschiedlicher Gebietskörperschaften • Grüne Ringe als großflächiges ökologisches Bindungselement zwischen urbanen Strukturen ➤ Landschaft als integriertes bedeutendes Subjekt

Quellen: eigene Überlegungen und SIEVERTS 1998a, 1998b, 1998c, KÜHN 1998

Damit die Freiflächen in urban geprägten Regionen geschützt und nachhaltig betreut werden, sind bestimmte Leitlinien sinnvoll, die das Leitbild untermauern und sinnvoll ausgestalten, sowie bestimmte Grundlagen und Voraussetzungen. Hierzu gehören:

1. Mediale Leitlinien:

- Schutz eines Umweltguts
- Reinheit einer Ressource
- Diversität der Biozönose
- Minderung von anthropogenen Einflüssen

2. Landschaftsstrukturelle Qualitäten:

- Kulturlandschaftsdiversität, kleinräumige Fraktionierung
- Entwicklung von Landschaftspotentialen
- Zerschneidung und Belastung von Landschaft

3. Umweltbezogene Lebensqualitäten

- ◆ Inwertsetzung des Qualitätsguts Natur
- ◆ Wahrnehmung und Nutzung der umgebenden Landschaft
- ◆ Qualität des Lebens in der Landschaft

Über die Entwicklung von Indikatoren wird in Deutschland in letzter Zeit umfassend wissenschaftlich diskutiert und publiziert (BLACH UND IRMEN 1999, LIBBE 1999, UBA 1997).

Folgende Ansprüche sollten an regionale Nachhaltigkeitsindikatoren gestellt werden (MOSER 1999):
Sie sollen

- wissenschaftlich aussagefähig sein
- hinreichend an gesellschaftlicher Entwicklung orientiert
- für politische Entscheidungen verwendbar
- als Verdichtungszeiger für Meßwerte (meßbar, konkretisierbar, vernetzbar) geeignet
- trennscharf für die Beurteilung (positiv oder negativ)
- vergleichbar (gerade mit anderen Kommunen)
- leicht ermittelbar (Zeitaufwand, Finanzierung)
- geeignet, Entwicklungen wahrzunehmen
- geeignet, Handlung und Kommunikation anzuleiten (in öffentliche Diskussionen und Medien Einzug zu finden)
- tauglich für die Einordnung in Zielsysteme (Prozeßtauglichkeit).

Für regionale freiflächen- und landschaftsbezogene Indikatoren lassen sich beispielhaft die folgenden Indikatoren für die drei Dimensionen nennen:

- Biologische Diversität
 - Vorkommen, Anzahl von Tier- und Pflanzenarten der Roten Liste
 - Anteil der Fließgewässer mit chemischer Güteklasse II und besser
 - Durch Wind- und Wettererosion gefährdete Flächen
 - Waldzustand nach Schadstufen
 - Emissionen von CO₂, NO_x, NH₃, VOC
- Entwicklung der Siedlungsfläche
 - Siedlungsflächenentwicklung im suburbanen Raum im Verhältnis zum Stadtgebiet
 - Zerschneidungsgrad
 - Flächen von Schutzgebieten
 - Entwicklung der Verkehrsfläche
 - Rad- und Wanderwege im Auswahlraum
 - Wasserförderung aus Grundwasser je Einwohner

- ◆ Beurteilung der Möglichkeit zur Naherholung
- ◆ Nutzungsgrad von Naherholungsflächen
- ◆ Qualitätseinschätzung der Gebietsumwelt
- ◆ Zuzugswilligkeit von Auswärtigen

Im Folgeprozeß sollten in einem gesellschaftlichen Diskurs in ausgewählten Stadtregionen konkrete zeitliche und räumliche Qualitätsziele entwickelt werden. Die Ziele gehen als Sollgrößen in ein Flächenmanagementmodell ein. Hier wird der schützende Umgang mit der knappen Ressource Fläche gesteuert und es werden Maßnahmen zur Umsetzung von regionaler Nachhaltigkeit ausfindig gemacht.

Literatur

- BLACH, A. & E. IRMEN (1999): Indikatoren für eine nachhaltige Raumentwicklung. Vorauszug aus Informationen zur Raumentwicklung. Themenheft: Nachhaltige Raum- und Siedlungsentwicklung – die regionale Perspektive. BBR, Bonn.
- ENQUETE-KOMMISSION (EK) „Schutz des Menschen und der Umwelt“ [Hrsg.] (1998): Konzept Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung. Bonn.
- FORUM UMWELT & ENTWICKLUNG [Hrsg.] (1997): Wie zukunftsfähig ist Deutschland? Entwurf eines alternativen Indikatorenkonzepts. Bonn.
- KNAUER, P. (1997): Leitbilder, Qualitätsziele, nachhaltige Entwicklung. In: Rauschelbach, B. & M. KLECKER (1998): Regionale Leitbilder – Vermarktung oder Ressourcensicherung? Material zur Angewandten Geographie 27, 21-32.
- KNIELING, J. (1997): Leitbilder als Instrument der Raumplanung. In: Rauschelbach, B. & M. Klecker (1998): Regionale Leitbilder – Vermarktung oder Ressourcensicherung? Material zur Angewandten Geographie 27, 33-38.
- KÜHN, M. (1998): Stadt in der Landschaft – Landschaft in der Stadt. Informationen zur Raumentwicklung Heft 7/8 1999, 495-507.
- LIBBE, J. [Hrsg.] (1999): Indikatorensysteme für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen. Dokumentation „Forum Stadtökologie“ 11. Difu, Berlin.
- MOSER, P. (1999): Glorifizierung, Desillusionierung oder Weg in die Zukunft? Bedeutung lokaler Agenda 21 – Prozesse im Hinblick auf ein Anforderungsprofil von regionaler Nachhaltigkeit. (unveröff.).
- RAUSCHELBACH, B. & M. KLECKER (1998): Regionale Leitbilder – Vermarktung oder Ressourcensicherung? Material zur Angewandten Geographie 27. Bonn.
- SIEVERTS, T. (1998a): Was leisten städtebauliche Landbilder? In: Becker, H., J. Jessen & R. Snder (1998a): Ohne Leitbild? Städtebau in Deutschland und Europa. Stuttgart, 23-40.
- SIEVERTS, T. (1998b): Zwischenstadt. Zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land. 2. Auflage. Braunschweig/ Wiesbaden.
- SIEVERTS, T. (1998): Die Stadt der zweiten Moderne, eine europäische Alternative. Informationen zur Raumentwicklung Heft 7/8 1998, 455-473.
- UMWELTBUNDESAMT (UBA) [Hrsg.] (1997): Grundlagen für ein nationales Umweltindikatorensystem. UBA Texte 37/97.

12 Gartenbezogenes Wohnen zwischen Stadt und Umland. Kleingärten und Hausgärten als Faktor der Suburbanisierung in ostdeutschen Stadtregionen

Manfred Kühn

12.1 Stadt-Landschafts-Kontraste als Spezifikum ostdeutscher Stadtregionen

Ungeachtet der derzeitigen Suburbanisierungsprozesse in den Stadtregionen Ostdeutschlands weisen die Stadtränder als Schnittstelle von Stadt und Landschaft im Ergebnis von vier Jahrzehnten politischer Teilung deutliche Besonderheiten gegenüber westdeutschen Stadtregionen auf. Während in der alten Bundesrepublik die Wohneigentumsförderung in Form des individuellen Eigenheimbaus zu den Grundwerten staatlicher Politik gehörte, wurde in der ehemaligen DDR der Bau von kollektiven Großwohnsiedlungen forciert, deren Standorte sich weit überwiegend am Stadtrand befinden. In den mehr als 300 Neubaugebieten, die seit dem Anfang der siebziger Jahre verkündeten Wohnungsbauprogramm der DDR entstanden, lebt derzeit nahezu jeder vierte Bürger der neuen Länder (RIETDORF 1997).

Als ein Ergebnis dieser unterschiedlichen Städtebau- und Wohnungspolitik ist festzustellen, daß in den alten Ländern beinahe die Hälfte des heutigen Wohnungsbestandes (48,2 %) auf Eigenheime in Gestalt von Ein- und Zweifamilienhäusern entfällt, während dieser Wert in Ostdeutschland lediglich einem Drittel (32,7 %) liegt. Entsprechend stark differiert auch die Eigentumsquote zwischen 41 % in den alten Ländern und 25 % in den neuen Ländern. Auch in der Wohnflächenausstattung spiegelt sich ein erhebliches Wohlstandsgefälle zwischen West- und Ostdeutschland wieder. Hier stehen 37,8 m² je Person in den alten Ländern 29,5 m² je Person in den neuen Ländern gegenüber (BMBAU 1996). Bei all diesen Parametern sind im Laufe der letzten Jahre in Ostdeutschland deutliche Aufholprozesse im Sinne einer Angleichung an westdeutsche Ausstattungs- und Lebensstandards zu verzeichnen.

Die bestehenden Unterschiede in der Wohnungsversorgung haben das Verhältnis von Stadt und Landschaft in den alten und neuen Ländern in sehr unterschiedlicher Weise geprägt. Während in den alten Ländern mit zunehmendem Wohlstand der Nachkriegszeit das Umland der Städte durch ausgedehnte Ein- und Zweifamilienhaus-Siedlungen mehr oder weniger stark in Anspruch genommen wurde, hat sich an den Stadträndern in den neuen Ländern zumindest in Teilbereichen ein siedlungsstruktureller Gegensatz von Stadt und Landschaft erhalten. Sogenannte „Speckgürtel“ waren in Ostdeutschland bis zur Wende unbekannt, teilweise war die Entwicklung der Umlandgemeinden sogar rückläufig. Am Rande der Großwohnsiedlungen bilden vielerorts „Stadtkanten“ einen nicht-intendierten, harten Kontrast zwischen Stadt und Landschaft. Liegen in diesen spezifisch ostdeutschen Freiraum- und Siedlungsstrukturen deshalb besondere Potentiale zur Umsetzung des Leitbildes der flächensparenden, kompakten Stadt?

Aktuelle quantitative Flächendatenauswertungen bestätigen auf den ersten Blick deutliche Unterschiede in der Erhaltung großräumiger, stadtnaher Freiräume zwischen west- und ostdeutschen Stadtregionen (SIEDENTOP 1999). Hat der hohe Anteil der verdichteten Geschoßwohnungs- und Hochhaussiedlungen in den ostdeutschen Großstädten einen spezifisch „urbanen“ Lebensstil hervorgebracht und damit die Flächeninanspruchnahme im Stadtumland begrenzt? Ein prominenter Ostberliner Stadtsoziologe und -planer hat die gegenteilige These vertreten, daß in der ehemaligen DDR eine stark von der Stadt abgewandte Lebensweise dominierte. Der Alltag in der DDR habe sich im funktionalen Dreieck zwischen Arbeitsplatz, Platte und „Datsche“ abgespielt, so daß in des-

sen Mitte die Stadt als „schwarzes Loch“ zunehmend in Verfall geraten sei (HUNGER u.a. 1990). Nach diesem Befund waren die Städte in der ehemaligen DDR gekennzeichnet durch einen „kulturellen Bedeutungsverlust des öffentlichen Stadtraumes“ sowie einen Rückzug in private Formen der Freizeitgestaltung (HUNGER 1992, S. 28). Im folgenden soll am Beispiel der Kleingärten und Wochenendhäuser (den sogenannten „Datschen“) die spezifische Ausprägung und Bedeutung garten- und landschaftsbezogener Wohnformen als Kompensationsformen der Wohnsuburbanisierung in ostdeutschen Stadtregionen aufgezeigt werden. Perspektivisch wird die Frage nach der Zukunftsfähigkeit in Ostdeutschland gestellt.

12.2 Kleingärten und „Datschen“ – Kompensationsformen der Wohnsuburbanisierung

Den vermeintlich ökologisch vorteilhaften, kompakten Stadtstrukturen in Ostdeutschland stehen bei genauerer Analyse der Flächennutzungsstrukturen spezifische Kompensations- und Ersatzformen der Wohnsuburbanisierung in Gestalt von Kleingartenanlagen und Wochenendhaus-Siedlungen gegenüber, die teilweise wiederum Flächen im Umland der Städte beanspruchen. Da das Wohnumfeld in den Großwohnsiedlungen erhebliche strukturelle Defizite bezüglich privat nutzbarer und aneignungsfähiger Freiräume für die Bewohner aufweist, die auch durch Wohnumfeldverbesserungsmaßnahmen kaum zu beheben sind (SEIDEL 1997), haben sich während der DDR spezifische Ersatzformen herausgebildet, die auch als „erweitertes Wohnumfeld“ bezeichnet werden (ARL 1996, S. 58). Freizeit- und Wochenendaktivitäten wurden häufig in räumlicher Entfernung von den Wohnungen und teilweise auch von der Stadt ausgeübt. Dies kommt in dem unterschiedlichen Bestand und dem unterschiedlichen Anteil von Haus- und Kleingärten zwischen West und Ost deutlich zum Ausdruck. Während heute in Westdeutschland 40 % aller Haushalte einen Hausgarten nutzen, beträgt dieser Wert in Ostdeutschland lediglich die Hälfte, nämlich 20 %. Umgekehrt nutzen in den alten Ländern lediglich 5 % der Haushalte einen nicht direkt wohnungsbezogenen Klein- bzw. Schrebergarten, während es in den neuen Ländern dagegen 22 % sind (STATISTISCHES BUNDESAMT 1996). In der ehemaligen DDR wurden aufgrund der marginalen Bedeutung des Eigenheimbaus die gering verbreiteten Hausgärten durch eine staatliche Förderung des Kleingartenwesens zu kompensieren versucht. Die Kleingärten dienten nicht nur den Bewohnern des gründerzeitlichen Geschoßwohnungsbaus bzw. der Plattensiedlungen als „erweitertes Wohnumfeld“, sondern stellten darüber hinaus einen wichtigen Bestandteil der gesellschaftlichen Nahrungsmittelversorgung dar (BAESELER 1992)

Kleingärten sind als „erweitertes Wohnumfeld“ ein Ersatz für fehlende Hausgärten. Wie Umfragen zeigen, lebt der überwiegende Anteil der Kleingärtner sowohl in West- wie in Ostdeutschland in Mietwohnungen in einer drei- bis fünfgeschossigen Bebauung (66 % in West-, 72 % in Ostdeutschland). In den Großstädten der neuen Länder leben 29 % der befragten Kleingärtner in einer mehr als fünfgeschossigen Bebauung (STRACK 1998, S. 86). Die Wohnungsgröße der Kleingärtnerhaushalte liegt dabei sowohl in den alten und den neuen Ländern deutlich unter dem statistischen Durchschnitt. Da nur etwa zehn Prozent des gesamten Bauvolumens der ehemaligen DDR auf den Bau von Eigenheimen entfielen, fungierten die Gärten damit auch als Ersatz für Einfamilienhäuser und den für die meisten Bürger nicht realisierbaren Wunsch nach einem „Wohnen im Grünen“. (siehe Abb. 12.1)

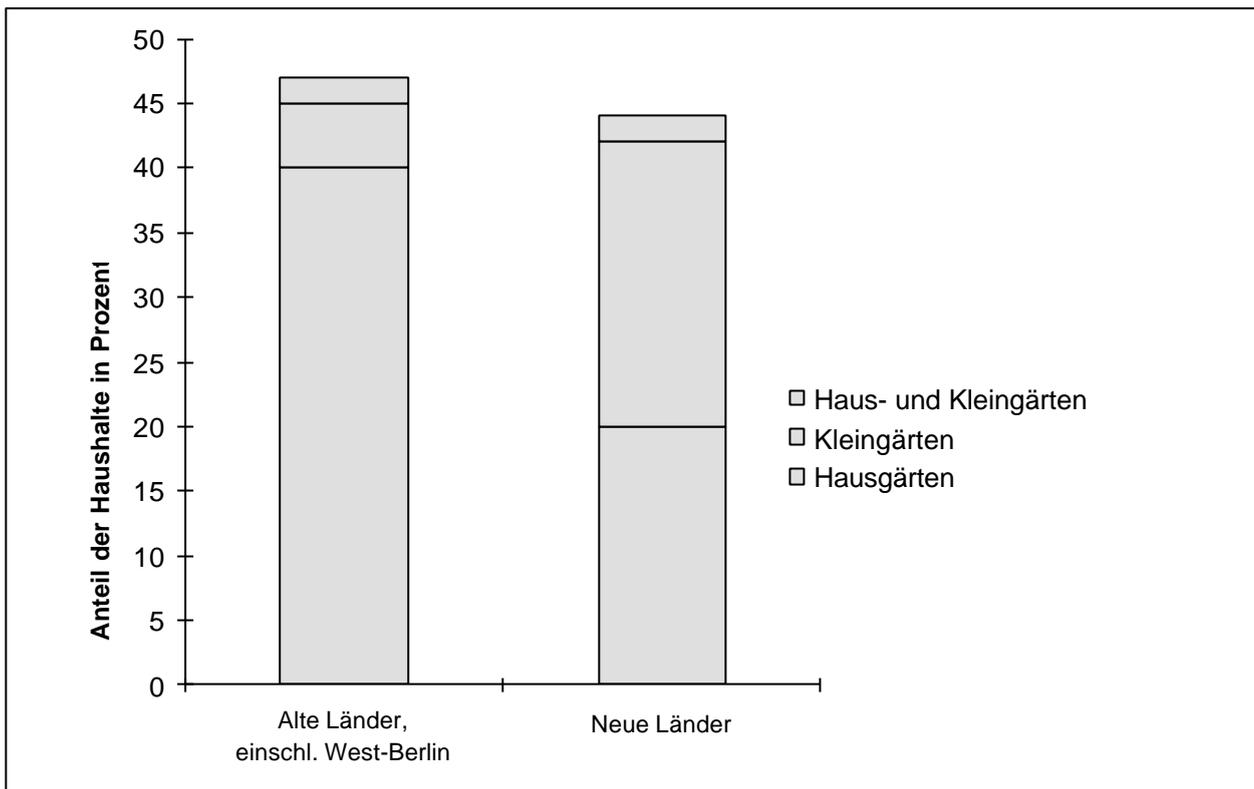


Abb. 12.1 Verbreitung von Hausgärten und Kleingärten in den alten und neuen Ländern

Quelle: STATISTISCHES BUNDESAMT 1996

Eine bundesweite Untersuchung zur Bedeutung der Kleingärten belegt ein deutliches Ost-West-Gefälle in der Verbreitung von Kleingärten. Die Kleingartendichte ist in den neuen Ländern allgemein weitaus höher als in den alten Bundesländern (STRACK 1998). Dabei erweist sich das Bundesland Sachsen mit Abstand als führendes Kleingartenland. Dies geht zum Teil auf historische Ursachen zurück, da Sachsen als frühindustrialisiertes Land die Wiege der deutschen Kleingartenbewegung bildete. Die ersten 'Schrebergärten' wurden seit dem Jahr 1864 in der Industriestadt Leipzig eingerichtet. Leipzig stellt auch heute noch die bundesdeutsche Großstadt mit der höchsten Kleingartendichte dar (TESSIN 1994, S. 104). Neben einem Süd-Nord-Gefälle in den neuen Bundesländern zeigt die Erhebung zur aktuellen Verbreitung der Kleingärten weiterhin, daß insbesondere die Mittelstädte der neuen Länder einen sehr hohen Versorgungsgrad mit Kleingärten aufweisen. In manchen Städten, wie z.B. Luckenwalde (Brandenburg) oder Neubrandenburg (Mecklenburg-Vorpommern) werden mehr als 10 Kleingärten auf 100 Einwohner gezählt (STRACK 1998). Um diese Besonderheiten zu erklären, wird zunächst die Entwicklung des Kleingartenwesens in der DDR grob skizziert.

12.2.1 Von der „unsozialistischen Lebensweise“ zur „Republik der Kleingärtner“

In den Aufbaujahren der DDR wurden die Kleingärten von der SED - wie auch bereits von der Arbeiterbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts - durchaus ambivalent bewertet. Die Kleingärtner wurden ideologisch teilweise als „Überbleibsel des Kapitalismus“ und „Vertreter einer kleinbürgerlichen Lebensweise“ abgelehnt. In der neu errichteten Musterstadt StalinStadt (heute Eisenhüttenstadt) beispielsweise beschloß der Stadtrat kategorisch, daß „in der ersten sozialistischen Stadt der DDR keine Kleingärten angelegt (werden)“ (BAESELER 1992, S. 27). Im Laufe der Zeit erfolgte jedoch eine grundlegende Umorientierung des DDR-Staates in Richtung einer Erhal-

tung bis hin zu einer gezielten Förderung der Kleingärten. Bereits 1954 erließ die Regierung des Landes eine „Verordnung zur Förderung des Kleingarten- und Siedlungswesens und der Kleintierzucht“. Im Jahre 1959 wurde der zentralistisch ausgerichtete „Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter der DDR“ (VKSK) gegründet. Mit einem Beschluß des Sekretariats des Zentralkomitees der SED von 1977 wurde festgelegt, daß vorhandene Kleingärten grundsätzlich nicht mehr für Bauvorhaben in Anspruch genommen werden durften (RIETDORF und BAESELER 1979, S. 61). Infolgedessen war der in westdeutschen Städten verbreitete, durch starke Nutzungskonkurrenzen bedingte Prozeß der Verdrängung von Gärten an die städtische Peripherie in den ostdeutschen Städten deutlich schwächer ausgeprägt (STRACK 1998, S. 12). Im Ergebnis haben sich vor allem in den Klein- und Mittelstädten bis heute viele innerstädtische bzw. innenstadtnahe Kleingartenanlagen im Stadtbild erhalten. (siehe auch Abb. 12.2)

Im Jahre 1977 wurden auf dem Gebiet der ehemaligen DDR bereits etwa 7.500 Kleingartenanlagen mit insgesamt etwa 620.000 Kleingärten gezählt. Der VKSK schätzte, daß zu diesem Zeitpunkt etwa 2,5 Millionen Bürger - damit etwa jede achte Familie - zu den Nutzern von Kleingärten gehörten (RIETDORF und BAESELER 1979, S. 58). Im Gegensatz zur alten Bundesrepublik, wo das Bundeskleingartengesetz die Übernachtung in Kleingärten verboten hat, war eine Übernachtung in den Kleingärten in der ehemaligen DDR rechtlich zulässig - und wurde entsprechend praktiziert. Auch die gesetzlich legitimierte Höchstgrenze der Gartenlauben bis zu einer Flächengröße von 30 qm in der ehemaligen DDR (Bundesrepublik: 24 m²) deutet darauf hin, daß der Ausbau von Kleingärten auch als Kompensationsangebote für die Wohnungsengpässe geduldet und eingesetzt wurde. So stellen beispielsweise empirische Untersuchungen in Halle fest, daß über die Hälfte der befragten Kleingärtner ihre Lauben nicht nur als Wochenend-, sondern auch als Sommerwohnsitz nutzen (BREUSTE 1992, S. 738).

Um die weiter wachsende Nachfrage nach Kleingärten zu befriedigen, beschloß der Ministerrat der DDR in den achtziger Jahren 150.000 Gärten neu anzulegen, darunter 20.000 für die Bürger des Ostteil Berlins. Jeder Bezirk hatte dazu eine bestimmte Quote zu erfüllen. Dies löste einen regelrechten Bauboom von Kleingartenanlagen aus, die infolge von Flächenengpässen auch an städtebaulich und ökologisch kritisch bewerteten Standorten - wie z.B. in Wasserschutz- und Landschaftsschutzgebieten - entstanden (BAESELER 1992, S. 29). Kurz vor dem Ende der DDR im Jahre 1988 lag die Zahl der Kleingärten bei über 830.000. Der VKSK zählte 1990 mehr als 1,5 Millionen Mitglieder, vier Fünftel davon waren Kleingärtner. Die DDR galt zu dieser Zeit längst als „Republik der Kleingärtner“ (BUNDESVERBAND 1996, S. 63 u.277).

Der hohe politische und planerische Stellenwert der Kleingärten beruhte auf den spezifischen Bedingungen in der ehemaligen DDR. Dabei war der ernährungswirtschaftliche Aspekt von besonderer Bedeutung. Unter den Bedingungen der Mangelökonomie des Realsozialismus sowie politischer Autarkieziele behielten die Kleingärten - im Unterschied zu Westdeutschland - auch weit über die unmittelbare Nachkriegszeit hinaus ihre hohe Bedeutung für die Versorgung der Bevölkerung mit Obst und Gemüse. Während die Kleingartenvereine in Westdeutschland im Laufe der Zeit immer mehr Mühe hatten, in den Gärten den vorgeschriebenen Anteil von einem Drittel Nutzfläche gegenüber dem Vordringen des Zierrasens einzuhalten, so erforderten in der DDR die anhaltenden Versorgungsengpässe eine intensive Einbeziehung der Gärten in die staatliche Lebensmittelversorgung und damit die Beibehaltung und Ausdehnung des Nutzgartens. Die gärtnerische Ertragssteigerung war folglich auch ein wesentliches Ziel des Kleingärtnerverbandes, der dies u.a. durch Wettbewerbe, Agitation und subventionierte Abnahmepreise zu erreichen versuchte (BAESELER 1992, BUNDESVERBAND 1996, S. 269).



Abb. 12.2 Die Kombination von Kleingärten und Großsiedlungen prägt vielerorts die Siedlungsstruktur in den neuen Ländern – Beispiel Kleingartenanlage „Reform“ in Magdeburg

12.2.2 Die „Datsche“ – zwischen Gartenlaube und Einfamilienhaus

Neben Kleingärten und Dauercampingplätzen stellen Wochenendhäuser – umgangssprachlich in Anlehnung an das russische Landhäuschen „Datschen“ genannt – eine besonders verbreitete Form des privaten und naturnahen Freizeitwohnens in den neuen Ländern dar. Während bei den Kleingärten die Gartennutzung im Vordergrund steht, werden „Datschen“ primär durch ihre wohnungsergänzenden Funktionen definiert. Gehen die Kleingärten auf Traditionen aus dem 19. Jahrhundert zurück, so stellen die „Datschen“ eine relative junge Erscheinung im Siedlungsbild der ostdeutschen Länder dar. Die Entwicklung dieser Freizeit- und Wochenendhaussiedlungen setzte in der ehemaligen DDR in größerem Umfang erst in den sechziger Jahren ein. Mit der Einführung der Fünftagewoche seit 1967 und der allmählich einsetzenden Motorisierung wurde ein sprunghafter Anstieg des Bedarfes nach Formen des Wochenend- und Freizeitwohnens registriert. Die sechziger und siebziger Jahre sind als die wesentliche Entstehungszeit der „Datschen“ anzusehen. Es handelte sich dabei um eine kulturelle Adaption aus der UdSSR, wo seit Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts, verstärkt in den dreißiger Jahren vor allem im Umland Moskaus ausgedehnte Wochenendhaussiedlungen entstanden und dort seit Jahrzehnten bereits die verbreitetste Form der Freizeitgestaltung der großstädtischen Bevölkerung darstellten. Die Kombination von einer in der Regel räumlich beengten Geschosswohnung und der „Datsche“ als Wochenend- und Sommersitz ist bis heute ein besonderes Kennzeichen (post-)sozialistischer Großstadtreionen. So ist die Peripherie von Moskau und St. Petersburg durch ausgedehnte Garten- und „Datschen“siedlungen geprägt, die der großstädtischen Bevölkerung als Ersatz für Einfamilienhausbau zur Verfügung gestellt wurde (BURDACK und HERFERT 1998). Da in der DDR keine offiziellen Bestandserfassungen vorlagen, wurde die Zahl der privat genutzten Freizeithäuser auf der Basis von Einzelerhebungen von Geographen auf insgesamt 250.000 geschätzt (GRIMM und ALBRECHT 1990, S. 90). Auf dieser Grundlage wurde hochgerechnet, daß etwa eine Million DDR-Bürger in den Sommermonaten ihre Wochenenden regelmäßig auf den „Datschen“-Grundstücken verbracht haben.

Die „Datschen“ dienten überwiegend als Wochenendwohnsitz, teilweise wurden sie auch für die Urlaubserholung während der Sommermonate genutzt, bei günstiger Entfernung zu den Arbeitsstätten auch als Zweitwohnsitz. Ihr baulicher Ausstattungsstandard wurde vielerorts durch bauliche Selbsthilfe schrittweise verbessert. Sie entwickelten sich damit längst über den Charakter von Gartenlauben hinaus, deren Größe und Ausstattung sich in der Regel auf einen Aufenthaltsraum und eine einfache Kochgelegenheit beschränkt. Mit dem Anschluß an die zentrale Elektrizitätsversorgung und dem Einbau von Heizungen – in einem Teil der Siedlungen wurde auch der Anschluß an das Telefonnetz, die zentrale Trinkwasserversorgung und die regelmäßige Postzustellung realisiert – wandelten sie sich vielmehr zu kleinen Einfamilienhäusern mit einfachem Ausstattungsstandard. Mit den „Datschen“ entwickelte sich eine eigenständige Wohn- und Lebenskultur in der ehemaligen DDR, die – als bescheidene Version früherer adliger und großbürgerlicher Landsitze – den Sommer- und Wochenendaufenthalt breiterer Bevölkerungskreise in oft attraktiven Erholungslandschaften (wie Seeufer, Waldgebiete oder Gebirge) ermöglichte. Geographen der Akademie der Wissenschaften der DDR stellten bezüglich der sozialen Bedeutung dieses Phänomens folgendes fest: „Die naturnahe Freizeitgestaltung am Wochenende im eigenen Bungalow ist für viele DDR-Bürger zum festen Bestandteil ihrer Lebensweise geworden. Sie wird generell als eine Bereicherung des Lebens angesehen, da sie Möglichkeiten einer naturnahen kreativen Tätigkeit und einer alternativen Ergänzung der Berufsarbeit bietet.“ (GRIMM et al. 1986, S. 8).

Aufgrund des mit dem unkontrollierten Wachstum der „Datschen“-Siedlungen verbundenen Verbrauchs von Flächen und Baustoffen sowie erkennbaren Anzeichen der „Zersiedlung“ von attraktiven Erholungslandschaften (HUNGER 1990, S. 63) wurde die Genehmigung dieser Siedlungen seit den siebziger Jahre von den zuständigen Behörden wieder restriktiver behandelt (GRIMM und ALBRECHT 1990, S. 90).

12.3 Entwicklung von Kleingärten und „Datschen“ in den neunziger Jahren

Mit der deutschen Wiedervereinigung und der damit verbundenen Transformation der ökonomischen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen unterliegen auch die privaten Freiräume der Kleingärten und „Datschen“ und ihre Nutzungen seit der Wende einem grundlegenden Wandel. Da Gärten und „Datschen“ in den neuen Ländern zu einem nicht geringen Teil Ausdruck der realsozialistischen Mangelwirtschaft waren, liegt die Prognose nahe, daß mit der allmählichen Angleichung der Lebensverhältnisse die spezifische Bedeutung der Kleingärten und „Datschen“ zurückgehen und sich in der Tendenz westdeutschen Niveaus annähern wird (BLEEK 1992).

Die Entwicklung während der neunziger Jahre scheint diese Prognosen zu bestätigen. Zwischen den Jahren 1989 und 1997 ist die absolute Zahl der Kleingärten in den neuen Ländern bereits um ca. 30 % von 855.000 auf etwa 610.000 zurückgegangen (STRACK 1998, S. 21). Ein weiterer Rückgang in den nächsten Jahren wird erwartet. Der „Verband Deutscher Grundstücksnutzer“ spricht – allerdings auf der Grundlage unseriös erscheinender Zahlenangaben – von einem regelrechten „Datschensterben“ (BELEITES 1998). Als Ursachen des Rückgangs der Nachfrage nach Kleingärten und „Datschen“ sind eine Vielzahl von Faktoren relevant:

- die strukturelle Überalterung der Kleingärtner, die durch ein ausgeprägtes Übergewicht der Altersgruppe zwischen 55 und 65 Jahren gekennzeichnet ist (STRACK 1998, S. 31);
- der allgemeine Bevölkerungsrückgang in den Städten und Regionen der neuen Länder (HERFERT 1997);
- das marktwirtschaftliche Angebot an Obst, Gemüse und Fleisch, das eine Versorgung durch Kleingärten aus subsistenz- bzw. erwerbswirtschaftlich weitgehend obsolet macht;

- die Erhöhung der Pachtpreise und Grundsteuern für Kleingärten und „Datschen“, die besonders sozial schwache Nutzer trifft und sich in einigen Städten und Regionen bereits in Protesten der Betroffenen artikuliert hat;
- die größere Mobilität und Reisefreiheit, die neue Freizeit- und Erholungsziele auch im westlichen Ausland erschließt;
- das große Angebot an Einfamilien-, Doppel- und Reihenhäusern in sogenannten „Wohnparks“ im suburbanen Raum, die im Zuge der Eigentumsbildung mittlerer und höherer Schichten den Anteil der Hausgärten in den Stadtregionen Ostdeutschlands allmählich erhöhen wird.

12.4 Geschoßwohnung und Kleingarten - eine Alternative zum suburbanen Einfamilienhaus?

Der Vergleich der Verbreitung von Haus- und Kleingärten zwischen beiden Teilen Deutschlands zeigt (Abb. 12.1), dass das Bedürfnis nach garten- und landschaftsbezogenen Wohnformen insgesamt etwa gleich verbreitet ist. Etwa 45 % aller deutschen Haushalte nutzen heute einen Garten, wobei von einem deutlichen Gefälle zwischen ländlichen und städtischen Räumen ausgegangen werden kann. Während in ländlichen Regionen Versorgungsquoten von über 75 % erreicht werden, liegt dieser Wert in den Großstädten - mit deutlichen regionalen Schwankungen - bei durchschnittlich ca. 30 %. Unterschiede zwischen den alten und neuen Ländern liegen vor allem die räumliche Zuordnung von Wohnung und Garten. Etwas überspitzt läßt sich dem im westlichem Deutschland verbreitetem Wohnmodell des Einfamilienhauses mit Hausgarten am Stadtrand ein im östlichen Deutschland ausgeprägtes Wohnmodell der Kombination von Geschoßwohnungsbau bzw. Großwohnsiedlung und Kleingarten bzw. Wochenendgrundstück („Datsche“) gegenüberstellen. Dies zeigt, daß eine ökologisch geforderte „Nachverdichtung“ und Flächenbegrenzung der Stadtentwicklung mit ausgeprägten sozialen Bedürfnissen eines „Wohnens im Grünen“ in Konflikt steht (KÜHN 1998). Das im Nachhaltigkeitsdiskurs besonders vertretene Leitbild der flächensparenden, kompakten Stadt ist deshalb auf spezifische Ausgleichsformen des garten- und landschaftsbezogenen Wohnens angewiesen und verlagert damit einen Teil der notwendigen städtischen Lebensfunktionen in das Umland.

Wie zukunftsfähig ist das in Ostdeutschland verbreitete Modell einer räumlichen Separierung von Wohnung und Garten? Stellt die Kombination von einer städtischen Geschoßwohnung mit einem Kleingarten bzw. die „Datsche“ womöglich gar eine Alternative zur Wohnsuburbanisierung in Gestalt des eigenen Hauses mit Garten dar? Grundsätzlich werden Kleingärten und bedingt auch „Datschen“ als Ersatzformen für einen Hausgarten angesehen (GRÖNING 1972, TESSIN 1994). Allein aufgrund der räumlichen Distanz zwischen Wohnung und Garten ist ihre Nutzungs- und Aufenthaltsqualität gegenüber einem Hausgarten eingeschränkt. Der Wunsch nach einem Hausgarten ist - neben dem Motiv der Wohnungsvergrößerung der Senkung der Baukosten durch geringe Baulandpreise - eine wichtige Ursache der Wohnsuburbanisierung insbesondere von Familien der Mittelschichten. Empirische Untersuchungen verweisen auf das „hohe Interesse an individuell nutzbaren Gärten und Grünflächen, weil diese häufig eine Ergänzung zur Wohnung darstellen. Die Gartenterasse als erweitertes Wohnzimmer, die Möglichkeit der gärtnerischen Gestaltung, die Lust am Erleben der Jahreszeiten mit Sträuchern und blühenden Pflanzen und immer wieder der Spiel- und Entfaltungsraum für kleine Kinder werden als wichtige Argumente genannt. Der subjektive Nutzen, den „individuelles Grün“ verkörpert, läßt sich durch „kollektives Grün“ nicht oder nur unvollständig ersetzen. Gemeinschaftliche Grünflächen um Geschoßbauten werden weniger genutzt und angeeignet als entsprechende private Gärten.“ (AHRING 1996, S. 214).

Da das eigene Haus mit Garten die favorisierte Wohnform der Mittel- und Oberschichten in beiden Teilen Deutschlands darstellt, wird dieser Wunsch je nach den gegebenen ökonomischen Möglichkeiten in den Stadtregionen realisiert werden. Aktuelle Gegenstrategien zur Wohnsuburbanisierung versuchen deshalb, durch ein verstärktes Angebot niedriggeschossiger, gartenbezogener Eigentumswohnungen an innerstädtischen Standorten die „Abstimmung mit den Füßen“ zu Gunsten der Großstädte zu beeinflussen. Darüber hinaus stellt die Sicherung der vielen Kleingartenflächen eine städtebaulich, sozial und ökologisch wichtige Aufgabe in den Städten der neuen Länder dar (IRS 1998). Gerade in der Erhaltung der relativ wohnungsnahen Standorte vieler Kleingartenanlagen in den Städten der neuen Länder liegen wichtige Potentiale, um die Wohnumfeldbedingungen des verdichteten Geschoßwohnungsbaus zu verbessern. Eine Verdrängung von Kleingärten aus der Stadt wird zu einer weiteren „Privatisierung“ der Landschaft durch Hausgärten im Umland führen.

Literatur

- AHRING, J. (1996): Stadt-Umland-Entwicklungen als interessen geleiteter Prozeß. In: BfLR [Hrsg.] (1996): Informationen zur Raumentwicklung. Stadt-Umland-Beziehungen. Heft 4./5. Bonn, 209-219.
- ARL – AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG (1996): Raumordnungspolitische Akzente für die Wohn- und Siedlungspolitik in Ostdeutschland. In: ARL-Nachrichten 2/96, 51-62.
- BAESELER, H. (1992): Der Kleingarten in den neuen Bundesländern. In: Bundesverband Deutscher Gartenfreunde e.V. [Hrsg.]: Kleingärten. Von der Kultur zur Natur – eine Herausforderung an die neuen Bundesländer?. Schriftenreihe Nr. 79. Bonn, 23-43.
- BELEITES, E. (1998): Hat die Datsche noch eine Zukunft? In: Das Grundstück. Journal des VDG, 7. Jg., 4/98. Berlin, 4.
- BLEEK, W. (1992): Kleingärtner, Kleintierzüchter und Imker. Eine exemplarische Nische in der DDR und deren Zukunft, in: Voigt, D. & L. Mertens [Hrsg.]: Minderheiten in und Übersiedler aus der DDR. Berlin, 67-100.
- BREUSTE, I. (1992): Untersuchungen zur Erholungsbedeutung städtischer Grünflächen. In: Das Gartenamt 40/1991, 734-740.
- BMBAU [Hrsg.] (1996a): Siedlungsentwicklung und Siedlungspolitik. Nationalbericht Deutschland zur Konferenz Habitat II. Bonn.
- BMBAU [Hrsg.] (1996b) Städtebaulicher Bericht: Nachhaltige Stadtentwicklung. Bonn/ Bad Godesberg.
- BUNDESVERBAND DEUTSCHER GARTENFREUNDE [Hrsg.] (1996): Kleingärten und Kleingärtner im 19. und 20. Jahrhundert. Leipzig.
- BURDACK, J. & G. HERFERT (1998): Neue Entwicklungen an der Peripherie europäischer Großstädte. In: Europa Regional 6/1998, 26-44.
- GRIMM, F.D., I. HÖNSCH & U. JÄGER (1986): Freizeitsiedlungen – ein neues Element in der Siedlungsstruktur der DDR. unveröff. Manuskript des Instituts für Geographie und Geoökologie der Akademie der Wissenschaften der DDR. Leipzig.
- GRIMM, F.D. & W. ALBRECHT (1990): Freizeitwohnen und Freizeitsiedlungen in der DDR. in: Petermanns Geographische Mitteilungen 2/1990, 87-94.
- HÄUSSERMANN, H. (1994): Von der „sozialistischen“ zur „kapitalistischen“ Stadt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 12, 3-15.
- HERFERT, G. (1997): Struktur und regionale Differenziertheit der Wohnsuburbanisierung in den Großstadtregionen der neuen Länder. In: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung [Hrsg.]: Regionalbarometer neue Länder, Materialien zur Raumentwicklung Heft 83, Bonn, 17-29.

- HUNGER, B. et al. (1990): Städtebauprognose DDR, Arbeitshefte des Instituts für Stadt- und Regionalplanung Technische Universität Berlin. Heft 42. Berlin.
- HUNGER, B. (1992): Konzepte für eine sozialverträgliche und ökologische Stadterneuerung in der ehemaligen DDR. In: Bochnig, S. & K. Selle [Hrsg.]: Freiräume für die Stadt. Bd. 1. Wiesbaden und Berlin, 25-32.
- IRS - INSTITUT FÜR REGIONALENTWICKLUNG UND STRUKTURPLANUNG (1998): Zukunft Kleingärten als städtebaulicher, ökologischer und sozialer Auftrag. Ergebnisse des 19. Bundeswettbewerbs „Gärten im Städtebau“. BMBau [Hrsg.]. Bonn.
- KÜHN, M. (1998): Stadt in der Landschaft – Landschaft in der Stadt. Nachhaltige Stadtentwicklung zwischen Flächensparen und „Wohnen im Grünen“. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung [Hrsg.]: Informationen zur Raumentwicklung. Heft 7/8. 1998. Bonn, 495-508.
- RIETDORF, W. & H. BAESSELER, H. (1979): Freizeitanlagen. Berlin.
- RIETDORF, W. [Hrsg.] (1997): Weiter wohnen in der Platte. Probleme der Weiterentwicklung großer Neubauwohngebiete in den neuen Bundesländern. Berlin.
- SEIDEL, A. (1997): Beobachtungen zum Stand der Wohnumfeldverbesserung in den Großsiedlungen Ostdeutschlands unter sozial- und umweltwirksamen Aspekten, In: Rietdorf, W. [Hrsg.]: Weiter wohnen in der Platte. Berlin, 185-208.
- SIEDENTOP, S. (1999): Kumulative Landschaftsbelastungen durch Verstädterung. In: Natur und Landschaft, 74. Jg, Heft 4, 146-155.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (1996): Wirtschaftsrechnungen - Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993. Fachserie 15, Sonderheft 1: Private Haushalte mit Garten. Wiesbaden.
- STRACK, H. (1998): Städtebauliche, ökologische und soziale Bedeutung des Kleingartenwesens. [Hrsg.]: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Bonn.
- TESSIN, W. (1994): Der Traum vom Garten – ein planerischer Alptraum? Zur Rolle des Gartens im modernen Städtebau. Frankfurt/M..

13 Integrierte Konzepte für die nachhaltige Gestaltung einer urbanisierten ländlichen Kulturlandschaft

Heidrun Mühle

13.1 Zusammenfassung

Es wird ein Verfahren vorgestellt, das mehrere als wichtig erkannte Landschaftsfunktionen nach deren Bewertung zu einem Kompromiss zusammenführt. Die untersuchte Beispielregion besitzt eine geringe Reliefenergie, sie weist alle Merkmale einer Intensiv-Agrarlandschaft auf. Es wird geprüft, wie und in welchem Maße eine derartige Landschaft wieder möglichst viele Funktionen nach DE GROOT (1992) erfüllen kann, das heißt, ob es möglich ist, eine höhere biologische Diversität mit einem stärkeren Schutz der abiotischen Ressourcen Boden und Wasser unter Beibehaltung angemessener Erträge zu verbinden. Die Biotoptypenkartierung des Untersuchungsgebietes von insgesamt 4.240 ha ergab eine Ackerfläche von 3.630 ha (86 %) bei einem Gehölz- und Waldanteil von 42 ha (1 %) und einem Anteil an Oberflächengewässern von 30 ha (0,7 %). Für dieses Gebiet wurden Szenarien mit unterschiedlichen Anteilen naturnäherer Strukturen von 7,5 %, 15 % und 30 % gerechnet, wobei zunächst die für die Landschaft wichtigsten Funktionen Bodenerosion, Wasserretentionsvermögen und Produktion bewertet und dann einem Optimierungsverfahren unterzogen wurden. Die Ergebnisse zeigen, daß bei einem Kompromiss zwischen den drei Funktionen die naturnäheren Strukturen im wesentlichen in der Nähe der Ortschaften, d.h. in den Bachtälchen, liegen. Lineare Strukturen werden mit dem Optimierungsverfahren nicht ausgewiesen. Die offenen Flächen des „7,5%-Szenarios“ wurden daher anschließend in einem landschaftsplanerischen Entwurf mit Strukturelementen versehen, wobei das ursprüngliche Wegenetz, Reliefbesonderheiten und Fragen des Schutzes bzw. der Wiederherstellung einer höheren biologischen Diversität eine Rolle spielten. Die Ergebnisse können zur Präzisierung des Leitbildes verwendet werden. Es ist geplant, dieses Verfahren um weitere Funktionen (auch ökonomischer Art) zu erweitern und in einer stadtnahen ländlichen Region zu testen.

13.2 Einleitung

Die stadtnahe ländliche Kulturlandschaft ist in mehrfacher Hinsicht von Belastungen betroffen. Die ökologischen Probleme dieser Kulturlandschaft bestehen darin, dass sie oft als „unerschöpfliche Ressource“ für die Anlage neuer Siedlungen, für Verkehrswege etc. behandelt wird, ohne dass die Folgen derartiger Nutzungsänderungen für Biota und für die Medien Boden, Wasser und Atmosphäre berücksichtigt werden. Die Landschaft wird durch die Zunahme von Besiedlungsflächen sowie durch den Bau von Straßen, Bahntrassen und Leitungen aller Art zersiedelt. Das führt zu folgenden Problemen:

- Versiegelung des Bodens mit der Folge der irreversiblen Veränderung der Stoffströme im Boden, Pflanzenbewuchs findet nicht statt;
- Rückgang an offenen, naturnahen Landschaften, dadurch Verminderung der Rekreationsräume für die Menschen;
- Fragmentierung der Landschaft, dadurch Verringerung der für das Überleben von Tier- und Pflanzenarten notwendigen Mindestfläche und starke Gefährdung von Tier und Pflanze (SETTELE et al. 1996);
- Rückgang der biologischen Vielfalt, verursacht durch Siedlungsaktivitäten;
- Belastung der abiotischen Ressourcen Boden und Wasser;

- Belastung der Atmosphäre, bedingt durch zunehmenden Straßenverkehr (Pendler!).

Die ökonomischen Probleme gehen über die Region hinaus, betreffen jedoch die dort lebenden Landbewirtschafter natürlich auch. Diese sind:

- Die unbefriedigende Einkommenssituation vieler landwirtschaftlicher Betriebe;
- Existenzgefährdung landwirtschaftlicher Betriebe („Bauernsterben“) aufgrund der zunehmenden Spezialisierung, relativ hoher Erzeugerpreise und Angewiesensein auf staatliche Transferzahlungen;
- Zunehmende Orientierung am Weltmarkt, dadurch weitere Preissenkungen sowie Abbau von Exportsubventionen;
- Gefährdung der Diversität der flächenabhängigen Wirtschaftszweige wie Landwirtschaft, Tourismus, Forstwirtschaft oder Abbau von Rohstoffen.

Auch soziale Defizite sind festzustellen:

- Durch die zunehmende Intensivierung und den Rückgang der Zahl der Betriebe gehen Arbeitsplätze verloren
- Geringe gesellschaftliche Wertschätzung des Landwirtsberufes;
- Auftreten von Konflikten zwischen verschiedenen Interessengruppen (städtisch orientierte Bewohner, Landwirte, Umweltschützer, Administration);
- Mangelnde Beachtung der kulturellen Funktion der Natur (als Gegenstand kontemplativer, spiritueller und ästhetischer Erfahrung), dadurch Verminderung der Lebensqualität der Stadt- und der Umlandbewohner.

13.3 Ergebnisse und Diskussion

In einem ab 2001 laufenden Verbundprojekt, das sich mit den oben genannten Konflikten in den suburbanen ländlichen Räumen und mit deren Lösungsmöglichkeiten auseinandersetzen wird, soll versucht werden, das von GRABAUM et al. (1999) vorgestellte Verfahren der Landschaftsbewertung und -optimierung auf eine Region in Sachsen bei gleichzeitiger Erweiterung des jetzigen Ansatzes um weitere Landschafts- und ökonomische (flächenbasierte) Funktionen anzuwenden (Abb. 13.1).

Das Ziel ist die dauerhaft umweltgerechte Gestaltung der Landschaft, wobei sowohl die Probleme der agrarisch orientierten (MÜHLE 1998) als auch der suburbanen Landnutzung einer Lösung zugeführt werden sollen.

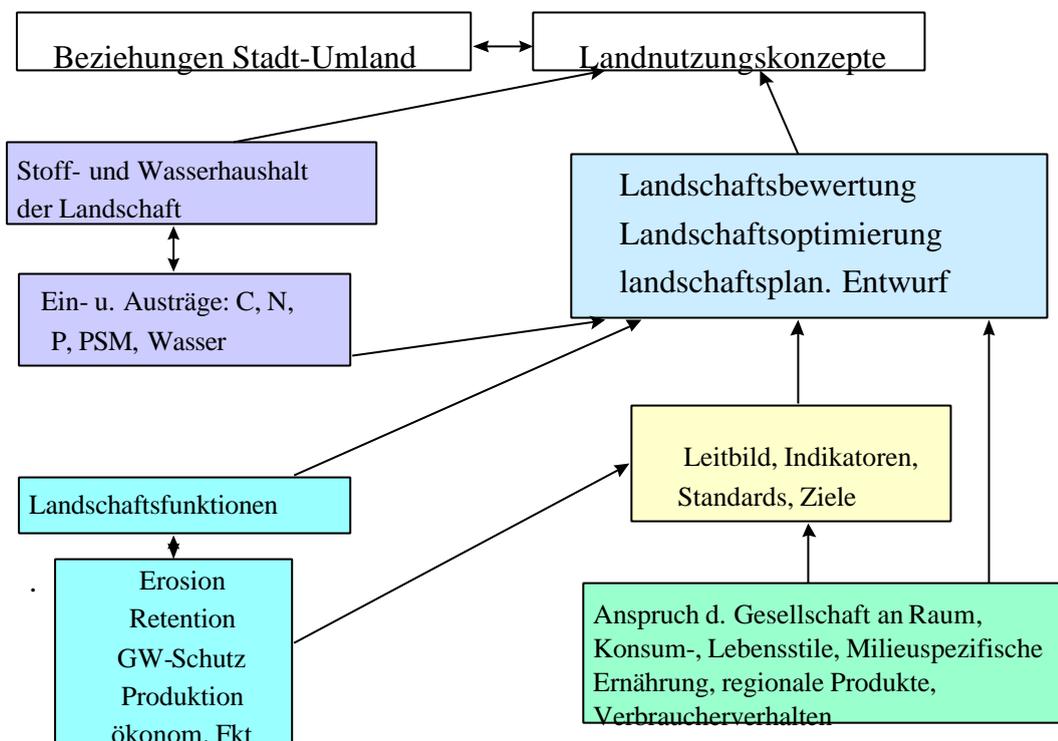


Abb. 13.1 Integrierte Konzepte für die nachhaltige Gestaltung einer urbanisierten ländlichen Kulturlandschaft

Im bis zum Jahre 2000 laufenden Verbundprojekt mit dem Titel „Einfluß der Landnutzung auf den Landschaftshaushalt und die Biodiversität in agrarisch dominierten Räumen“ stellt die Bewertung wichtiger Landschaftsfunktionen mit anschließender Kompromissfindung eines der Kernstücke dar. Die ersten Ergebnisse liegen in einem UFZ-Bericht (GRABAUM et al. 1999) vor. Dabei wurde in folgenden Arbeitsschritten zur Landschaftsbewertung und -optimierung vorgegangen:

- Definition eines vorläufigen Leitbildes
- Landschaftsanalyse
- Definition von Szenarien
- Ermittlung von
- Auswirkung der Umsetzung auf landschaftsökologische Funktionen
- Präzisierung des Leitbildes
- Kooperation mit Praxispartnern

Zunächst wurde ein vorläufiges Leitbild formuliert, das auf dem Gesetz über den Landesentwicklungsplan des Landes Sachsen-Anhalt (LEP-LSA 1999) sowie dem Landschaftsprogramm des Landes Sachsen-Anhalt (1994) basiert. Vom ländlichen Raum wird erwartet, dass er „... als eigenständiger Lebens- und Wirtschaftsraum zusammen mit den Verdichtungsräumen zu einer ausgewogenen Entwicklung des Landes“ beiträgt. Teile der Querfurter Platte zählen zu den Vorbehaltsgebieten für Landwirtschaft, aus denen seitens der Träger der Regionalplanung die Vorranggebiete für Landwirtschaft kleinräumig festzustellen sind. Diese werden wie folgt charakterisiert: „Vorranggebiete für Landwirtschaft sind aufgrund der Bodenfruchtbarkeit, der Standortcharakteristik oder Tradition

und Erfahrungen auf dem Gebiet der Tierzucht und des Ackerbaus sowie wegen der Standortgunst für Sonderkulturen besonders für eine landwirtschaftliche Nutzung geeignet, so dass in ihnen die Landwirtschaft als Wirtschaftsfaktor, Nahrungsproduzent und Erhalt der Kulturlandschaft die prioritäre Raumfunktion und -nutzung darstellt“ (LEP-LSA 1999).

Die LANDGESELLSCHAFT SACHSEN-ANHALT MBH (1995) wurde vom Land Sachsen-Anhalt mit der Agrarstrukturellen Vorplanung (AVP) beauftragt. Manche ihrer Empfehlungen werden gemeindschaftlich erteilt. Insgesamt stellt die AVP trotz mangelnder wissenschaftlicher Begründung der vorgeschlagenen Maßnahmen ein wichtiges Instrumentarium für die Landschaftsanalyse dar, wobei die im Verbundprojekt des UFZ erarbeiteten wissenschaftlich begründeten Ergebnisse eine wesentliche Ergänzung der AVP bilden.

Mit Hilfe von Szenarien ist es möglich, den Einfluss unterschiedlicher Landnutzungsänderungen auf den Landschaftshaushalt und auf die Produktivität einer Region im voraus abzuschätzen. Die Bewertung und anschließende Integration der Ertragsfunktion in das Verfahren ist wichtig, da die Landbewirtschaftler dann das gesamte Verfahren akzeptieren. Von den insgesamt sechs Szenarien wurden wiederum drei (Umwandlung in naturnähere Strukturen) herausgegriffen. Dabei wurde von dem Vorschlag von HEYDEMANN (1981,1983) ausgegangen, der empfiehlt, ca. 15 % der Ackerfläche aus der Nutzung herauszunehmen und für Zwecke des Natur- und Umweltschutzes zur Verfügung zu stellen. Diese Fläche wurde in weiteren Szenarien halbiert (7,5 %) bzw. verdoppelt (30 %). In Abstimmung mit den Landbewirtschaftlern und den Bürgermeistern der betroffenen Gemeinden bzw. deren Gemarkungen wurde das Szenario „7,5 % der Ackerfläche werden in naturnähere Strukturen umgewandelt“ eingehender interpretiert:

Szenarien für die Landbewirtschaftung in ausgeräumten Agrarlandschaften

- Realszenario (derzeitige Landnutzung)
- Getreideszenario (100% Halmfrucht)
- höhere Fruchtartendiversität
- Naturschutzszenarien (Umwandlung von 7,5 %; 15 % oder 30 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche in naturnähere Strukturen)

Mit Hilfe bewertender Verfahren wurden zunächst die potentielle Gefährdung wichtiger landschaftshaushaltlicher und kulturlandschaftlicher Funktionen bestimmt und die funktionsbezogenen Ziele ermittelt (GRABAUM und MEYER 1998). Darauf baut die Landschaftsoptimierung auf, die die wichtigsten Funktionen in einer Kompromisslösung zusammenfasst. Damit ist ein entscheidender neuer Schritt bei der Vorbereitung der Landschaftsgestaltung getan.

Die Landschaftsoptimierung bestimmt zwar, welche Flächen am ehesten aus der Nutzung herausgenommen werden können, wenn, wie im vorliegenden Falle, die Funktionen nach DE GROOT (1992)

- Bodenerosion
- Wasser-Retentionsvermögen und
- Ertrag

als besonders wichtig erkannt und bewertet wurden. Es ist jedoch nicht möglich, die Anlage linearer Strukturen damit zu begründen. Daher wurde an die Landschaftsoptimierung ein landschaftsplanerischer Entwurf angeschlossen, der z.B. solche Elemente wie die Zugänglichkeit der Felder oder die Anlage von Hecken oder Obstbaumreihen anhand des alten Wegenetzes vorschlägt, der vorsieht, Einzelbäume an markanten Landschaftspunkten, an Gewässern oder Gräben zu pflanzen oder der in bezug auf das Landschaftsbild und Sichtbeziehungen die Verbindung zu Windmühlen, der Eichstädter Warte oder der Querfurter Burg sucht, um nur einige der Begründungen für geplante Maß-

nahmen zu nennen. Die Planung neuer linearer Elemente zeigt Tab. 13.1. Anschließend kann nun wieder die neue Landschaftsstruktur in ihrem Einfluss auf die Landschaftsfunktionen bewertet werden.

Tab. 13.1 Planung neuer linearer Elemente im landschaftsplanerischen Entwurf

Lineare Elemente	Faktor (m Länge)	Faktor (m Breite)	Fläche (ha)
Hecken	22.121	8	17,7
Baumreihen	14.744	8	11,8
Raine	7.615	5	3,8
Gesamt	44.480		33,3

Es zeigt sich (Tab. 13.2), dass der landschaftsplanerische Entwurf sowohl im Vergleich zur aktuellen Nutzung als auch zur Landschaftsoptimierung einen höheren Anteil an naturschutzrelevanter Fläche und eine bedeutend geringere Fläche mit potentieller Erosionsgefährdung aufweist. Wasserretention und Ertrag nehmen nur unwesentlich ab.

Tab. 13.2 Vergleich der Szenarien mit der aktuellen Nutzung

Indikator	1) aktuelle Nutzung (%)	2) Szenario 7,5% (%)	3) landschaftsplan. Entwurf (%)	Vergleich 3 zu 1 (%)
Biodiversität				
• Anteil Ackerfläche	86,2	80,0	79,6	-6,6
• Ant. Nat.-schutzrel. Fläche	1,9	8,2	8,6	+353
• davon lineare Elemente	0,9	0,9	1,7	+89
Wassererosion				
• pot. Abtrag (t/ ha/ a)	1,5	1,2	1,0	-33,8
• pot. Abtrag (gesamt) (t/ a)	5230	4000	3371	-29,0
Winderosion				
• Gefährdete Flächen (ha)	2321	2047	1313	-43,4
Retention				
• Einschätzung von 1 (niedrig) - 5 (hoch)	2,4		2,36	-4,5
Produktion				
• durchschnittliche Bodenzahl	88,0	88,8	88,9	+0,8
Flächen mit Bodenzahl >80 (ha)	3040	2889	2925	-3,8

Damit kann für die untersuchte Region auch das Leitbild mit Hilfe konkreter Zahlen bzw. prozentualer Angaben präzisiert werden.

Die hier vorgestellten Arbeiten waren deutlich auf eine hochintensive ausgeräumte Agrarlandschaft fokussiert. Derartige Regionen stehen wegen ihrer Monotonie selten im Mittelpunkt des Interesses. Im laufenden Verbundprojekt soll deutlich gemacht werden, dass sich eine ökonomisch tragfähige Landbewirtschaftung mit umwelt- und naturschützerischen Aspekten durch das Auffinden von Kompromisslösungen verbinden lässt, und dafür stellt das Optimierungsverfahren eine Möglichkeit dar.

Das vorgestellte Prinzip ist erweiterbar. Es können weitere Funktionen (Versiegelung des Bodens, ökonomische Funktionen etc.) in das Verfahren einbezogen werden.

Literatur

- DE GROOT, R.S. (1992): Functions of Nature. Wolters-Noordhoff.
- Gesetz über den Landesentwicklungsplan des Landes Sachsen-Anhalt (LEP-LSA). 1999.
- GRABAUM, R. & B. C. MEYER (1998): Multicriterial Optimization of Landscapes Using GIS-based Functional Assessments. In: Landscape and Urban Planning 43, 21-34.
- GRABAUM, R., B.C. MEYER & H. MÜHLE (1999): Landschaftsbewertung und –optimierung. Ein integratives Konzept zur Landschaftsentwicklung. UFZ-Bericht Nr. 33.
- HEYDEMANN, B. (1981): Zur Frage der Flächengröße von Biotopbeständen für den Arten- und Ökosystemschutz. Jb. Natursch. Landschaftspfl. 31, 21-51.
- HEYDEMANN, B. (1983): Die Beurteilung von Zielkonflikten zwischen Landwirtschaft, Landschaftspflege und Naturschutz aus der Sicht der Landespflege und des Naturschutzes. Schr.-R. für ländliche Sozialfragen 88, 51-78.
- LANDSCHAFTSPROGRAMM DES LANDES SACHSEN-ANHALT. Ministerium für Umwelt und Naturschutz des Landes Sachsen-Anhalt. (1994), 134.
- LANDGESELLSCHAFT SACHSEN-ANHALT MBH et al. (1995): Agrarstrukturelle Vorplanung „Querfurter Platte“.
- MÜHLE, H. (1998): Sustainable Development in Agricultural Landscapes. In: Schellnhuber, H.-J. & V. Wenzel [Hrsg.]: Earth System Analysis. Integrating Science for Sustainability. Berlin, Heidelberg, New York, 277-287.
- SETTELE, J., C. MARGULES, P. POSCHLOD & K. HENLE (1996): Species Survival. In: Fragmented Landscapes. Dordrecht/ Boston/ London, 381.

14 Zur Gliederung von Stadt-Umland-Regionen mit Hilfe von stadtoökologischen Raumeinheiten

Jochen Frey

14.1 Ausgangssituation: Die Kulturlandschaft von Stadt-Umland-Regionen

Bei der Kulturlandschaft von Stadt-Umland-Regionen handelt es sich weniger um ein geographisch eindeutig umrissenes „Gebiet“ als vielmehr um komplex miteinander verflochtene räumliche Gebilde (vgl. z.B. LICHTENBERGER 1986, GÄEBE 1987). Betrachtet man sich diese räumlichen Gebilde anhand einfacher raumstruktureller Gliederungsprinzipien etwas näher, so stellt man fest, dass sie sowohl verschiedenen naturräumlichen Einheiten zuzuordnen, durch bebaute wie unbebaute Bereiche gekennzeichnet sowie durch verschiedene, einer räumlichen und zeitlichen Dynamik unterworfenen urban-industriellen bzw. land- und forstwirtschaftlichen Flächennutzungsweisen geprägt sind. In etwas differenzierterer, landschaftsökologischer Perspektive birgt die Kulturlandschaft von Stadt-Umland-Regionen auch ziemlich unterschiedliche Naturraumeigenschaften in sich, z.B. hinsichtlich ihrer Reliefausprägung, Gesteins- und Bodenarten, hydrologischen Verhältnisse, Kleinklimate, Verbreitungsgebiete von Tieren und Pflanzen oder Vegetationspotentiale (Wuchspotentiale). Des weiteren ziehen die verschiedenen urban-industriellen sowie land- und forstwirtschaftlichen Flächennutzungsweisen ihrerseits spezifische ökologische Charakteristika nach sich (vgl. SUKOPP und WITTIG 1993), die – je nach Flächenausdehnung und Emissionspotential der Nutzungen – die vorgenannten Merkmalsausprägungen entweder variieren oder (teilweise) nivellieren.

Um daher in der Kulturlandschaft einer Stadt-Umland-Region strukturelle, prozessuale oder ökologische Beschreibungen bzw. Bewertungen durchführen zu können oder die Entwicklung lokaler Umweltqualitätsziele voranzubringen, empfiehlt es sich, das große, regionale Referenzgebiet in kleiner dimensionierte Raumeinheiten zu unterteilen, die für die entsprechenden Vorhaben geeignet sein könnten. Hierzu soll im folgenden eine Systematik dargestellt werden.

14.2 Definition und Festlegung von stadtoökologischen Raumeinheiten

Ausgehend von den genannten raumstrukturellen Gliederungsprinzipien sind verschiedene Raumeinheiten innerhalb einer Stadt-Umland-Region als Ergebnis der Kombination von Eigenschaften der naturräumlichen Einheiten und „der vom Menschen geschaffenen räumlichen Differenzierungen“ aufzufassen (SCHMITHÜSEN 1950). Der Betrachtungsmaßstab muß dabei aufgrund der strukturellen Heterogenität der Region um ein vielfaches größer sein als derjenige der naturräumlichen Einheiten. So sehen z.B. auch MARKS et al. (1992, S. 203, 207) in naturräumlichen Einheiten „Ausschnitte der Geosphäre, die ein bestimmtes Raumgefüge aufweisen, das sich aus dem Zusammenwirken der natürlichen Bestandteile (aus Gestein, Verwitterungsdecken und Oberflächenformen gebildete Geländegestalt, Geländeklima, offene Gewässer und Bodenwasserhaushalt, Pflanzendecke und Tierwelt) sowie der Landschaftsgeschichte ergibt“, wohingegen sie als „ökologische Raumeinheit“ ein Gebiet bezeichnen, „das innerhalb seines Areals gleiche oder ähnliche natürliche Gegebenheiten aufweist und gleichartig oder ähnlich auf Eingriffe in den Naturhaushalt reagiert“. Räumlich noch enger gefaßt wird „ökologische Raumeinheit“ in Verbindung mit dem Begriff „Ökotopengefüge“ (DAF & ANL 1994, S. 88). Demnach ist ein „Ökotopengefüge“ eine „ökologische Raumeinheit aus mehreren Ökotope, zumeist in typischer Wiederholung, die aufgrund der Struktur und der haushaltlichen Prozesse der Landschaft in bestimmter Weise räumlich miteinander verbunden (vergesellschaftet) sind“. In diesem Sinne ist eine stadtoökologische Raumeinheit als eine auf die

Maßstabsebene von in einer Stadtregion vorkommenden Flächennutzungs- und Ökosystemen transferierte ökologische Raumeinheit anzusehen. BÖCKER & GRENZIUS (1998: 7) gebrauchen den Begriff „stadtökologische Raumeinheit“ in analoger Weise, verwenden als Bezugswort statt „Ökotopegefüge“ hingegen den Terminus „Ökochoire“.

14.3 Gliederung einer Stadt-Umland-Region in stadtökologische Raumeinheiten: das Beispiel Mainz und Umgebung

Am Beispiel des südwestlichen Rhein-Main-Gebietes, d.h. der Stadt Mainz und ihrer näheren Umgebung, soll im folgenden eine Gliederung von Stadt-Umland-Regionen im Hinblick auf signifikante Unterschiede in ihrer naturräumlichen Ausstattung, in der Dominanz von Flächennutzungen bzw. Biotoptypengruppen sowie in ihrer Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte durchgeführt werden.

Als Hilfsmittel dienen neben Biotoptypenkarten im Maßstab 1:5.000 geologische Karten, Bodenkarten, die Karten der Naturräumlichen Gliederung Deutschlands, topographische Karten verschiedenen Alters, historische Karten sowie die einschlägige Literatur (zusammengefaßt in FREY 1999). Als Ergebnis sind zunächst drei Gliederungsvarianten festzuhalten (Abb. 14.1 – 14.3).

1. Nach naturräumlichen, geologischen und geomorphologischen Kriterien ist das Gebiet zu differenzieren in
 - Flußauenbereiche,
 - Bachtalsysteme,
 - Flugsandbereiche,
 - Lößbereiche,
 - Bereiche mit anstehendem Kalkstein, Kalkmergel und Verwitterungslehm sowie
 - Bereiche mit flächenhaften anthropogenen Aufschüttungen (Abb. 14.1).
2. Bei der vergleichenden Betrachtung der vorherrschenden Flächennutzungen und Biotoptypengruppen kristallisieren sich in Mainz als Dominanzbereiche heraus:
 - landwirtschaftliche Bereiche mit Ackerbau bzw. Gemüsebau,
 - landwirtschaftliche Bereiche mit Obstbau bzw. Weinbau,
 - forstwirtschaftliche Bereiche,
 - Wohn- und Wohnumfeldbereiche,
 - Industrie- und Gewerbebereiche,
 - Bereiche mit überwiegender Freizeit- und Landschaftsschutzfunktion (Abb. 14.2).
3. Anhand von siedlungsgeschichtlich-baustrukturellen Kriterien sind in Mainz zu unterscheiden:
 - vor der letzten Jahrhundertwende bestehende Siedlungskerne,
 - städtebauliche Erweiterungsbereiche von ca. 1870 bis zum 2. Weltkrieg,
 - städtebauliche Erweiterungsbereiche nach dem 2. Weltkrieg,
 - zersiedelte und/ oder landwirtschaftlich kleinstrukturierte Ortsrandbereiche bzw. Bereiche mit (unmittelbar) bevorstehender Siedlungs- oder Gewerbegebietserweiterung,
 - Bereiche ehemaliger Militärgelände (Stadtbefestigungsanlagen, Truppenübungsplätze, Kasernen) (Abb. 14.3).

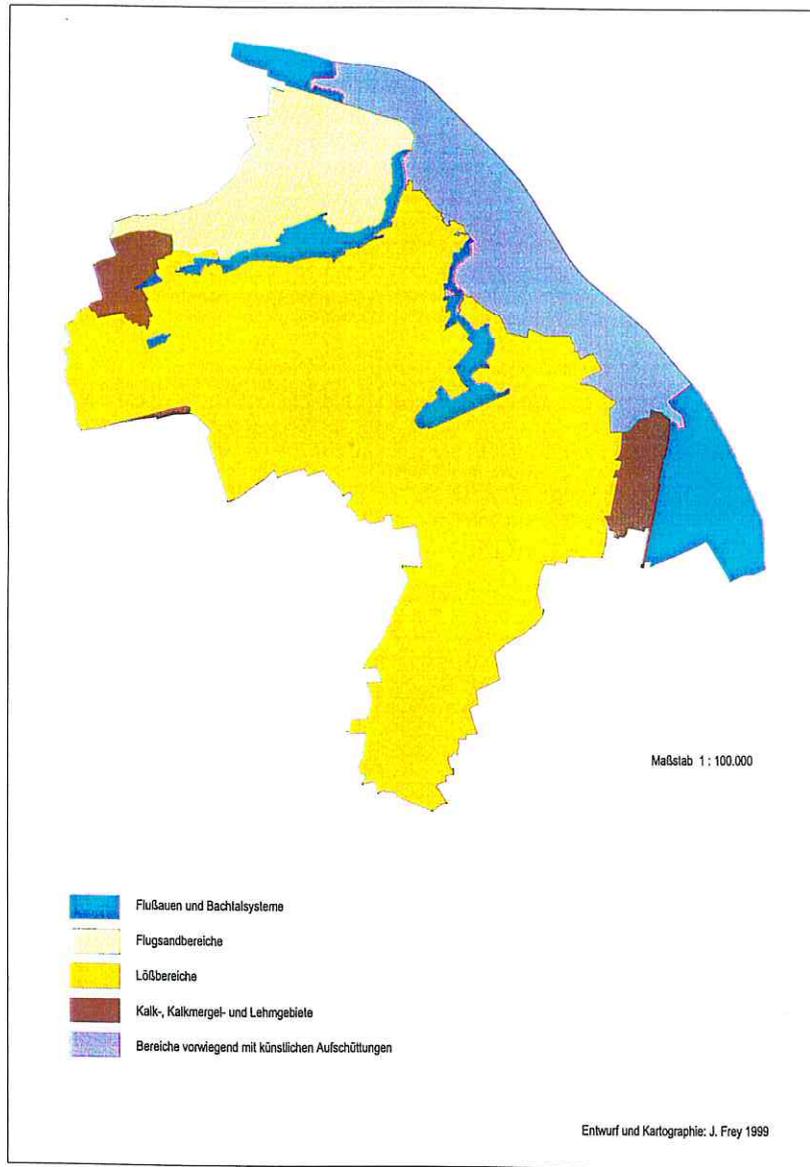


Abb. 14.1 Differenzierung des Untersuchungsgebietes nach naturräumlichen, geologischen und geomorphologischen Kriterien

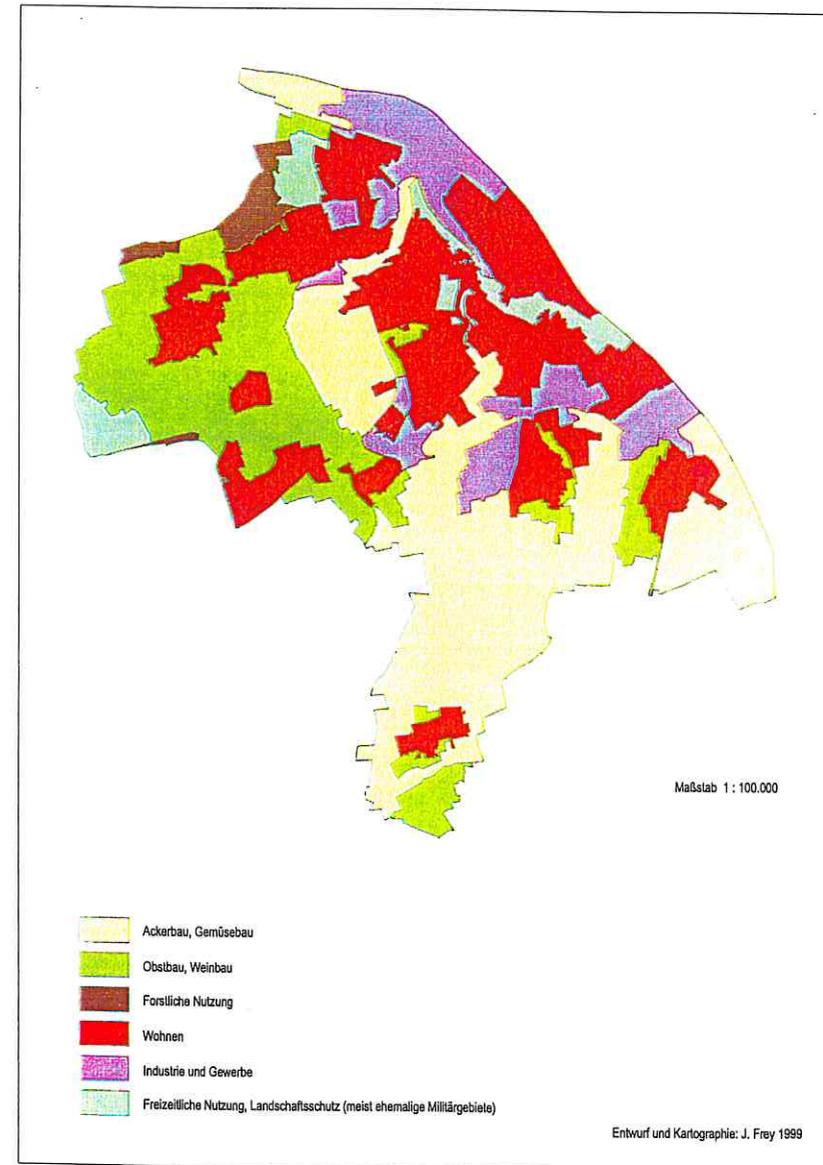


Abb. 14.2 Differenzierung des Untersuchungsgebietes nach vorherrschenden Flächennutzungen

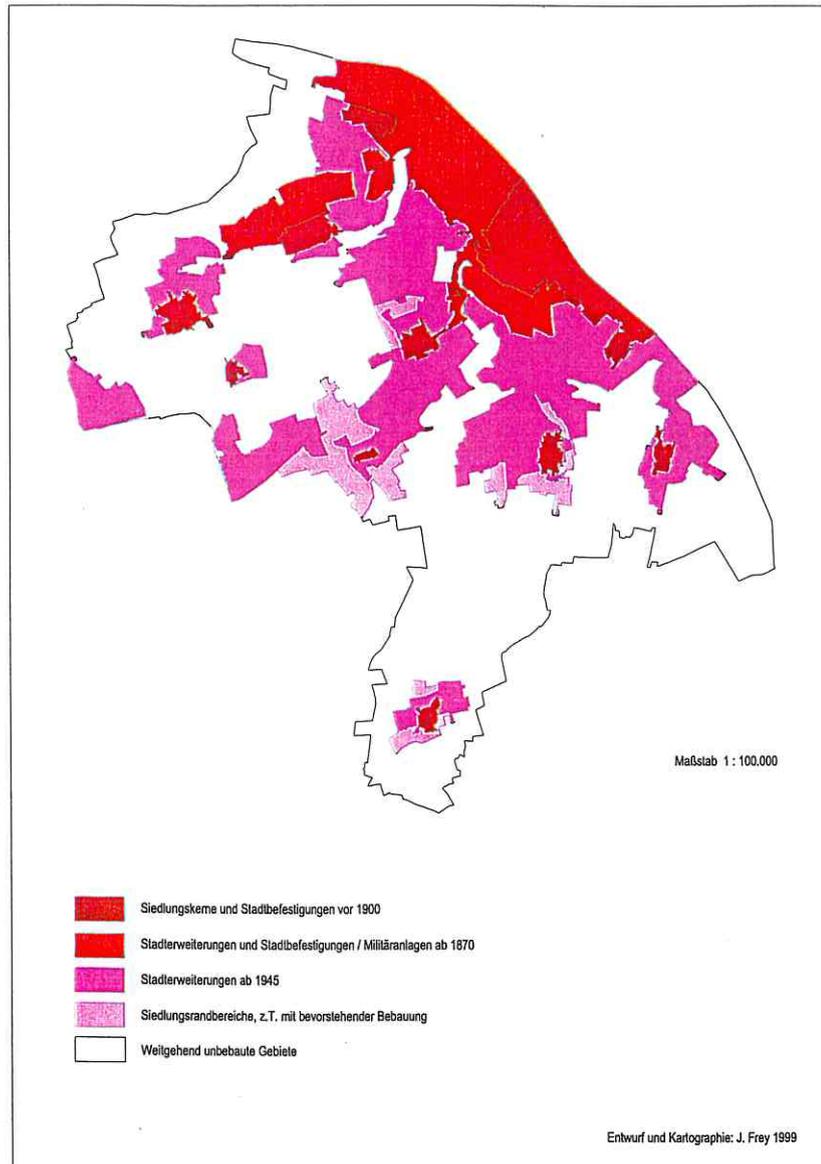


Abb. 14.3 Differenzierung des Untersuchungsgebietes nach siedlungsgeschichtlich-baustrukturellen Kriterien

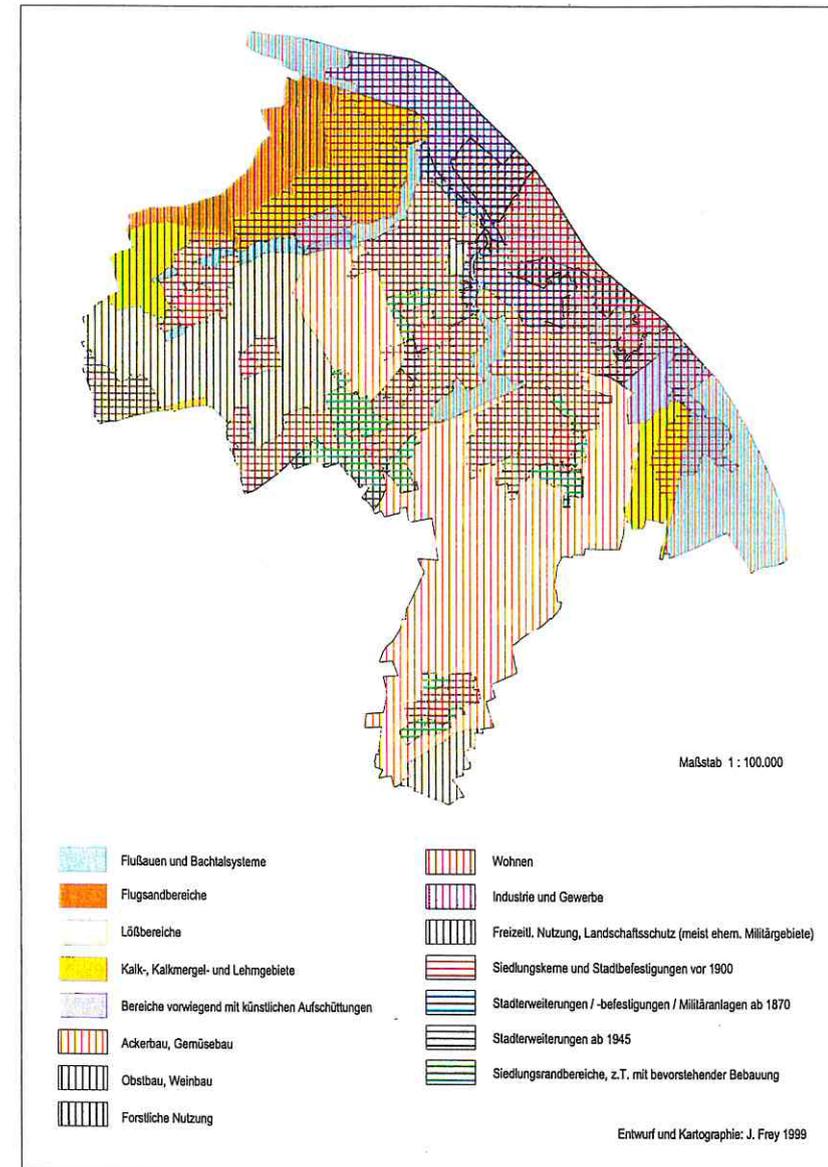


Abb. 14.4 Kartographisches Ergebnis der Festlegung von stadtoökologischen Raumeinheiten im Mainzer Untersuchungsgebiet durch „Übereinanderlegen“ von Raumeigenschaften

Tab. 14.1 Verflechtungsmatrix von nach naturräumlichen, flächennutzungs- bzw. biotopspezifischen und siedlungsgeschichtlichen Kriterien abgegrenzten Räumen mit daraus resultierenden stadtökologischen Raumeinheiten im Gebiet von Mainz

Flächennutzungsdominanz	Landwirtschaftliche Nutzung		Forstliche Nutzung	Siedlungskerne vor 1900	Wohnen		Siedlungsrandbereiche	Industrie und Gewerbe	Freizeitl. Nutzung, Landschaftsschutz (ehemalige Militärgebiete)
	Ackerbau, Gemüsebau	Obstbau, Weinbau			ab 1870	ab 1945			
Art, Struktur, (Siedlungs-)Geschichte					Stadterweiterungen / Neubaugebiete				
Naturraum, Geologie, Morphologie									
Flußaue	<ul style="list-style-type: none"> Rheinaue bei Laubenheim & Weisenau Mombacher Rheinaue 	<ul style="list-style-type: none"> Obstbaugebiet Nördliches Mombacher Oberfeld 		<ul style="list-style-type: none"> Alt-Laubenheim Alt-Mombach Alt-Weisenau 	<ul style="list-style-type: none"> (Neustadt) 	<ul style="list-style-type: none"> ... westlich von Laubenheim 			
Bachtalsystem	<ul style="list-style-type: none"> Gonsbachtal, Königsborntal, mittleres und unteres Aubachtal Wildgrabental 			<ul style="list-style-type: none"> Zahlbachtal Alt-Finthen Alt-Gonsenheim 					
Flugsandbereich		<ul style="list-style-type: none"> Dünengebiet Geiersköpfel (Obstbaugebiet Höllenberg) 	<ul style="list-style-type: none"> Lennebergwald 		<ul style="list-style-type: none"> ... im ehemaligen Lennebergwald zwischen Gonsenheim und Finthen ... auf dem ehemaligen Großer Sand / Gleisberg zwischen Mombach und Gonsenheim 		<ul style="list-style-type: none"> Industrie-, Militär- und Gewerbegebiete im Kalkflugsandbereich zwischen Mombach und Gonsenheim 	<ul style="list-style-type: none"> Dünengebiet "Mainzer Sand" 	
Lößbereich	<ul style="list-style-type: none"> Ackerbaulandschaft westlich Bretzenheim Ackerbaulandschaft zwischen Hechtsheim und Ebersheim 	<ul style="list-style-type: none"> Obstbaulandschaft um Finthen und Drais Weinbaulandschaft südlich Ebersheim 		<ul style="list-style-type: none"> Alt-Bretzenheim Alt-Drais Alt-Ebersheim Alt-Hechtsheim Alt-Marienborn 		<ul style="list-style-type: none"> ... um Bretzenheim ... um Drais ... um Ebersheim ... im W, S und E von Finthen Hartenberg-Münchfeld ... um Hechtsheim ... um Marienborn Schlesisches Viertel / Berliner Siedlung ... um Weisenau 	<ul style="list-style-type: none"> Ortsrandbereich Marienborn Ortsrandbereich Hechtsheim Ortsrandbereich Ebersheim-Süd Ortsrand westlich und nördlich Bretzenheim 	<ul style="list-style-type: none"> Gewerbegebiete um Weisenau, Hechtsheim und Bretzenheim 	<ul style="list-style-type: none"> Layenhof
Kalk-, Kalkmergel-, Lehmgebiet		<ul style="list-style-type: none"> Obstbaugebiet Höllenberg Laubenheimer Hang 	<ul style="list-style-type: none"> Ober-Olmer Wald 			<ul style="list-style-type: none"> ... östlich und südlich von Laubenheim Lerchenberg 			
Bereich mit künstlichen Aufschüttungen				<ul style="list-style-type: none"> Stadtzentrum / Altstadt 	<ul style="list-style-type: none"> Oberstadt Neustadt 			<ul style="list-style-type: none"> ... um Mombach und auf der Ingelheimer Aue Steinbruch Weisenau Industriegebiet Weisenau 	<ul style="list-style-type: none"> Grüngürtel mit alten Stadtbefestigungsanlagen

Aus allen genannten Bereichen, die sich – in den Raum projiziert – zum Teil mehrfach überschneiden, werden nun mit Hilfe einer Verflechtungsmatrix (Tab. 14.1) die durch gleiche oder ähnliche natürliche Gegebenheiten gekennzeichneten stadtoökologischen Raumeinheiten ausdifferenziert. Kombiniert man in Mainz beispielsweise die „Flugsandbereiche“ und die „landwirtschaftlichen Bereiche mit Obstbau bzw. Weinbau“ miteinander, so ergibt sich ein konkretes Gebiet, das beide Bereiche repräsentiert, und zwar das Dünengebiet am Geiersköpfel nördlich von Mainz-Finthen. Legt man andererseits über die „Bereiche mit flächenhaften anthropogenen Aufschüttungen“ die „Wohn- und Wohnumfeldbereiche“ und differenziert weiter nach ihrer Entstehungszeit, ergeben sich als „vor der letzten Jahrhundertwende bestehender Siedlungskern“ das heutige Stadtzentrum von Mainz (einschließlich der Altstadt) und als „städtebauliche Erweiterungsbereiche von ca. 1870 bis zum 2. Weltkrieg“ die Mainzer Oberstadt und die Neustadt. Da Oberstadt und Neustadt räumlich weit von einander getrennt liegen, eine andere historische Entwicklung aufweisen und die Neustadt sich naturräumlich an den Rheinauenbereich anschließt, werden die beiden Gebiete konsequenterweise als separate stadtoökologische Raumeinheiten geführt. Die vollständige Übersicht der Verflechtung naturräumlicher und geologisch-morphologischer, flächennutzungs- bzw. biotopspezifischer und siedlungsgeschichtlicher Raumeigenschaften in Mainz zeigt Tab. 14.1. Danach ergeben sich innerhalb des Untersuchungsgebietes insgesamt 54 durch individuelle räumliche Merkmale gekennzeichnete stadtoökologische Raumeinheiten (vgl. Abb. 14.4, S. 83).

14.4 Anmerkungen zur Charakterisierung stadtoökologischer Raumeinheiten

An die Abgrenzung der stadtoökologischen Raumeinheiten sollte sich eine umfassende Charakterisierung derselben anschließen. Auf diese Weise kann entsprechendes ökologisches Datenmaterial einer kleinräumlichen Zuordnung unterzogen werden, woraus sich dann Aussagen über die Abhängigkeiten der Verbreitung einzelner Biotoptypen und Biotope von stadtstrukturell und naturräumlich darstellbaren Standortfaktoren machen lassen (vgl. AG Methodik der Biotopkartierung im besiedelten Bereich 1993, AG Stadtbiotopkartierung Mainz 1996/1997).

Vorrangiges Ziel der Charakterisierung der stadtoökologischen Raumeinheiten ist daher die Kompilation von Daten, auf die sowohl bei einzelnen fach- bzw. raumspezifischen Untersuchungs- bzw. Planungsvorhaben, bei didaktischen, naturkundlichen oder kulturgeschichtlichen Anliegen (in Form von Exkursionen, Stadtrundgängen, Betriebsausflügen etc.) als auch bei wissenschaftlichen Arbeiten leicht zurückgegriffen werden kann.

Die Beschreibungen der stadtoökologischen Raumeinheiten sollten u.a. auf folgendem Datenmaterial basieren:

- den Charakterisierungen der in der jeweiligen Raumeinheit vorkommenden Biotoptypen (einschließlich Baustrukturtypen),
- den Ergebnissen von Präzisierungskartierungen in den Bereichen Boden, Wasser, Klima, Verkehr, Bevölkerungsentwicklung, Flora, Fauna, Freizeitverhalten u. dgl.,
- historischen, geologischen, hydrologischen und pedologischen Karten,
- lokaler landeskundlicher, landschaftsplanerischer, geographischer, soziologischer, demographischer, kulturgeschichtlicher, ökologischer und naturschutzfachlicher Literatur.

14.5 Beispiele zur Anwendung des Konzeptes der Gliederung stadtökologischer Raumeinheiten in der Raum- und Umweltplanung von Stadt-Umland-Regionen

Die Formulierung von Umweltqualitätszielen für stadtökologische Raumeinheiten

Im „Umweltgutachten 1996“ des Rates der Sachverständigen für Umweltfragen wird es für erforderlich gehalten, „regionalisierte und nutzungsbezogene Qualitätsziele und Mindeststandards für den Natur- und Landschaftsschutz zu entwickeln und anzuwenden, die die unterschiedliche Naturausstattung und das entsprechende Naturschutzpotential sowie die jeweilige Nutzung berücksichtigen“ (SRU 1996, S. 124). In diesem Zusammenhang wird empfohlen, auf das sogenannte „Umweltqualitätsziel-Konzept“ zurückzugreifen, welches ein planerisches Zielsystem darstellt, das die Bewertung der Qualität verschiedener Umweltmedien anhand begründbarer und ableitbarer Ziele ermöglicht (vgl. FÜRST et al. 1992, KÖPPEL 1996).

Die Ableitung von Umweltqualitätszielen erfolgt durch die räumliche und fachliche Konkretisierung übergeordneter Leitbilder und Leitlinien (Handlungsprinzipien) der im Juni 1992 in Rio de Janeiro beschlossenen „Agenda 21“ zur „dauerhaft-umweltgerechten“ oder „nachhaltigen, umweltverträglichen Entwicklung“ (sustainable development; vgl. BMU 1993) mit Hilfe von Umweltindikatoren. HEIDT und PLACHTER (1996) fordern in diesem Sinne die vorrangige Formulierung von Qualitätszielen, die die Eigenart einer jeweiligen Raumeinheit betonen.

Umweltqualitätsziele, Leitlinien und Leitbilder sind prinzipiell normative Setzungen. Sie sind keine direkt planungs- bzw. maßnahmebezogenen Aussagen, da sie lediglich einen anzustrebenden qualitativen Zustand abbilden. Gerade durch diese Eigenschaft können sie aber als Bezugsparameter fungieren, auf denen eine Zustandsbewertung z.B. von stadtökologischen Raumeinheiten, einschließlich deren Biotopen und Biotoperelementen, aufbauen kann (vgl. HEIDT und PLACHTER 1996). Der Grad der Diskrepanz zwischen dem derzeitigen Ist-Zustand der Flächen und dem im Qualitätsziel postulierten Soll-Zustand – oder umgekehrt: der „Zielerfüllungsgrad“ (HEIDT und PLACHTER 1996) – wird dabei zur entscheidenden Bezugsgröße. Der aktuelle Wert eines Naturelementes in einer stadtökologischen Raumeinheit ergibt sich daher z.B. aus dem Beitrag, den es zur Realisierung eines bestimmten Leitbildes leisten kann.

Umweltqualitätsziele zeigen im Vergleich zu Leitbildern und Leitlinien eine hohe räumliche und fachliche Spezifität, d.h. einen ausgesprochen lokalen Raumbezug, der feinere inhaltliche Differenzierungen erlaubt. Die inhaltliche Präzisierung der Qualitätsziele führt so weit, daß eventuelle Diskrepanzen zwischen den Qualitätsanforderungen und der entsprechenden qualitativen Ausstattung von Flächen zu erkennen sind. Für das Gebiet von Mainz, das sich in insgesamt 54 stadtökologische Raumeinheiten gliedert, ergeben sich so für die entsprechenden Umweltbereiche jeweils 54 verschiedene Umweltqualitätsziel-Komplexe. Ein Umweltqualitätsziel-Komplex umfaßt neben den eigentlichen Zielen auch sogenannte Umweltqualitätsmerkmale. Als Umweltqualitätsmerkmale sind alle zielkonformen (Biotop-)Strukturelemente einer stadtökologischen Raumeinheit anzusehen. Im vorliegenden Kontext spiegeln sie im wesentlichen folgende Eigenschaften wider (vgl. auch SCHULTE et al. 1997):

- spezifische naturräumliche Gegebenheiten, sofern sie noch wirksam sind (z.B. sich „durchpausende“ Elemente von Naturlandschaften bzw. naturräumlichen Wirkungsmechanismen, u.a. Feuchtstellen in den Auen),
- dauerhaft-umweltgerechte bzw. standortentsprechende Nutzungsweisen,
- gebietsspezifische Nutzungs- bzw. Struktur-Diversität (z.B. verschiedenartige kleinbäuerliche Nutzungsformen innerhalb des Siedlungsbereiches),
- naturschutzrelevante lokalspezifisch-kulturgeschichtliche Sachverhalte (z.B. alte Bauernhöfe mit hofanschließenden Parzellen),
- historische Kontinuität, v.a. von Nutzungen bzw. Strukturen (in Mainz z.B. die Existenz ehemaliger Festungsanlagen bzw. alter Park- oder Friedhofsanlagen).

Beispiel: In der Stadtökologischen Raumeinheit 53, den „nach 1945 entstandenen Wohngebiete auf Kalkflugsand“ entspricht dem Umweltqualitätsziel für den Fachbereich „Landschaft und Naherholung“,

- Existenz von Landschaftselementen einschließlich Biotop-Kleinstrukturen des Mainzer Kalkflugsandgebietes als Dokumente natur- und kulturräumlicher Eigenart, als Bereiche für unmittelbare Kontakte der Menschen mit lokalspezifischer Natur am Rande von Mainz sowie zur Naturbeobachtung und naturkundlichen Bildung,

die Existenz der Umweltqualitätsmerkmale

- Kalkflugsanddünen,
- Dünenanrisse, Sandbodenaufschlüsse, offene Flugsandflächen, Sandböschungen, Sandhügel und Sandkuhlen (z.B. auf Grünflächen oder im Abstandsrün der Bebauung),
- (natürliche) Quellbereiche am Dünenfuß,
- Sandrasenflächen und trockene Scherrasenflächen mit kalkflugsandspezifischen Pflanzen,
- trockene Saumbereiche und trockene Brachstellen mit kalkflugsandspezifischen Pflanzen,
- (selbst) begrünte unversiegelte Sandwege,
- (lichte) alte Nadel- und Laubbaumbestände (v.a. Kiefern, Eichen),
- Trockenheit ertragende Obstbaumbestände (v.a. Aprikosen-Hochstammkulturen),
- Gebüschbestände wärmebegünstigter Standorte,
- Biotop-Kleinstrukturen des besiedelten Bereiches, in denen sich Elemente des Kalkflugsandgebietes wiederfinden, z.B. (selbst) begrünte Pflasterwege, begrünte Hausfassaden, (Bruch-/ Backstein-)Mauern und Dächer (vgl. AG STADTBIOTOPKARTIERUNG MAINZ 1996/ 1997).

Wie das Beispiel zeigt, können mit einer fachgebietsbezogenen Festlegung von Umweltqualitätszielen und -merkmalen für stadtökologische Raumeinheiten bereits die Voraussetzungen für die Ableitung von zwischen Experten, Nutzern und (politischen) Interessenvertretern abzustimmenden stadtplanerischen Ziel- und Handlungskonzepte erfüllt werden (vgl. WIEGLEB 1996).

Die Erarbeitung von Umwelthandlungszielen und Handlungsempfehlungen für Flächen innerhalb stadtökologischer Raumeinheiten

Um innerhalb einer stadtökologischen Raumeinheit die Diskrepanz zwischen der Ist-Situation bestimmter Flächen und der in den Umweltqualitätszielen geforderten Soll-Situation zu verringern, werden in der vorliegenden Arbeit sogenannte „Umwelthandlungsziele und Handlungsempfehlungen für Flächen innerhalb stadtökologischer Raumeinheiten“ gebildet. Ihre Ausformulierung erfolgt also durch inhaltliche Ableitung aus den jeweiligen Umweltqualitätszielen unter Bezugnahme auf die entsprechenden Umweltqualitätsmerkmale.

Bei der Ausformulierung solcher Umwelthandlungsziele muß gegenüber den Umweltqualitätszielen meist nur der Zielbegriff „Existenz (von)“ durch zielführende Termini wie „Entwicklung“, „Erhaltung“, „Schutz“, „Förderung“, „Vermeidung (von)“ u. dgl. ersetzt werden. Um größtmögliche Detailinformation zu gewährleisten, sollte eine hohe räumliche Konkretisierung der Vorschläge auf der Ebene der Biotoptypen und Biotopflächen erfolgen.

Umwelthandlungsziele und darauf aufbauende Handlungsempfehlungen können - analog zu Umweltqualitätszielen - in tabellarischer Form dargestellt werden. Tab. 14.2 zeigt eine Systematik der Zuordnung von Umwelthandlungszielen und Handlungsempfehlungen am Beispiel der Stadtökologischen Raumeinheit 53 in Mainz. Es zeigt sich dabei, daß die Handlungsempfehlungen auf inhaltlicher Ebene insbesondere Bezug nehmen auf

- bauliche Maßnahmen, z.B. Entsiegelung, Sanierung,
- dauerhaft-umweltgerechte Nutzungs- bzw. Bewirtschaftungsweisen,
- Maßnahmen zur generellen Minimierung von Umweltschädigungen,
- Vermeidungs-, Verminderungs- oder Tolerierungsgebote,

- Unterschutzstellungen von Flächen,
- die Entwicklung von Nutzungs-, Pflege- und Besucherlenkungskonzepten,
- Pflanzmaßnahmen,
- direkte, spezielle Artenschutzmaßnahmen,
- fachliche Betreuungs- und Beratungsmaßnahmen.

Die in Tab. 14.2 dargestellte Übersicht der für spezielle Flächen bzw. Flächenkomplexe innerhalb einer stadtoökologischen Raumeinheit geltenden Umwelthandlungsziele und Handlungsempfehlungen bietet den Vorteil, daß sie aufgrund ihrer engen Beziehung zu den Inhalten der Umweltqualitätsziele, entsprechend den Anforderungen von SUKOPP und WITTIG (1993), detailliert erläutertes Material für kommunalpolitische Diskurse zu naturschutzbezogenen Planungen in Stadt-Umland-Regionen bereitstellen kann.

Tab. 14.2 Beispiel einer Übersicht der Umwelthandlungsziele und Handlungsempfehlungen zum Schutz, zur Pflege, Entwicklung und weiteren Nutzung von Flächen in der Stadtökologischen Raumeinheit 53 in Mainz

Umwelthandlungsziele	Handlungs- und Maßnahmenvorschläge	Spezielle Gebiete innerhalb der Stadtökologischen Raumeinheit
<ul style="list-style-type: none"> • Erhaltung, Schutz und Regeneration von Kalkflugsanddünen und Kalkflugsandfeldern und deren Relikten, kleinräumigen offenen Flugsandflächen, durch Erosion bzw. Sandabbau entstandenen Dünenarrissen, Sandhügeln mit <ul style="list-style-type: none"> – Sand- und Steppenrasen-(Saum-) Gesellschaften, – Sandrasen-Scherrasen-Durchdringungsgesellschaften, – lichten Waldkiefern- und Stieleichen-Beständen, – Trockenheit ertragenden Hochstamm-Obstbaumbeständen bzw. Gebüschbeständen. 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Verzicht auf weitere Bebauung bzw. bauliche Veränderung noch erhaltener Kalkflugsanddünen ➤ Verzicht auf die Einbringung von fremdem Oberbodensubstrat (z.B. Löß, Mutterboden, Humus) auf Flugsandflächen ➤ Vermeidung der Anwendung von Düngemitteln und Bioziden ➤ Wiederauftrag von autochthonem Flugsandsubstrat auf Freiflächen nach Baumaßnahmen ➤ Erstellung eines Konzeptes zur extensiven Pflege öffentlicher und halböffentlicher Freiflächen auf Flugsand mit den inhaltlichen Schwerpunkten: <ul style="list-style-type: none"> – Förderung der in Scherrasen auftretenden Sandrasenarten durch adäquate Rasenpflege, auf bebauten Flächen im Abstandsgrün sowie in Saumbereichen (Rasenschnitt in Abhängigkeit vom Lebenszyklus der Sandrasenarten) – Erhaltung und Förderung von auf Flugsand wachsenden Gehölzen wie Stieleichen, Sandkiefern, xerothermen Gebüscharten und Hochstamm-Obstbaumbeständen – Belassen von sonnenexponierten Saumbereichen an Gebüsch, Zäunen, Mauern und Fußwegen ➤ Umfassende sachliche, didaktisch gut aufbereitete Information des zuständigen Pflegepersonals, der Grundstückseigentümer und der Anwohner 	<ul style="list-style-type: none"> ↔ Alle Kalkflugsanddünen und -felder (auch teilüberbaute) zwischen dem Großen und Kleinen Mainzer Sand, insbesondere Dünenrelikte (am „Pfarrer-Bechtolsheimer-Weg“, nördlich des Tennis- und Freizeitcenters „Am Großen Sand“) ↔ Sämtliche Gebäudebiotope auf Flugsand mit den Schwerpunktbereichen Großform- und Zeilenbebauung am „Westring“, Zeilenbebauung „Am Mülterwäldchen“ / „An der Sandflora“, Freiflächen der Gonsenheimer Evangelischen Kirche und der Kirche St. Petrus Canisius, Freiflächen der Gonsenheimer Alten Kaserne ↔ Sämtliche Freiflächen der Sport- und Erholungsanlagen, v.a. deren Abstandsgrün- und Saumbereiche, z.B. Sportplatz TSV Schott Mainz, Bezirkssportanlage Mombach, Kinderspielplätze in den Neubaugebieten ↔ Abstandsgrünflächen des Parkplatzes am Schwimmbad „Am Großen Sand“ ↔ Sämtliche Grün- und Parkanlagen, insbesondere Grünanlage am „Dr. Falk-Weg“, Grünanlage „An der Hasenquelle“, „De-La-Roche-Anlage“ ↔ Sämtliche kleinstruktureichen Wege ↔ Sämtliche Ruderalflächen
<ul style="list-style-type: none"> • Neuentwicklung von Hoch- und Mittelstamm-Obstbaumbeständen 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ finanzielle bzw. öffentlichkeitswirksame Förderung der Neuanpflanzung von Hochstamm-Obstbäumen (z.B. Wegrandbepflanzungen) (vorzugsweise: Mombacher Aprikosen) 	<ul style="list-style-type: none"> ↔ In Vor-, Haus-, Hof- und Kleingärten bzw. im Abstandsgrün (insbesondere auch auf Reliktflächen alter Obstbaugebiete)
<ul style="list-style-type: none"> • Erhaltung bzw. Wiederherstellung natürlicher Quellbereiche am Dünenfuß 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Freilegung verrohrter oberflächennaher Quellen, Entsiegelung der Umgebung der Quellen ➤ Naturnahe Gestaltung der Quellschüttungsbereiche ➤ Anlage von Feuchtbereichen in der Umgebung der Quellen in Anlehnung an historische Karten, Literaturquellen und Photographien 	<ul style="list-style-type: none"> ↔ Oberes Quellgebiet an der „Erzbergerstraße“ ↔ Quellbereiche „An der Hasenquelle“
<ul style="list-style-type: none"> • Minderung der Auswirkungen von Beleuchtungskörpern auf Kalkflugsandbiozöosen 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ausstattung der Lichtquellen im nahen Umfeld des NSG, insbesondere Flutlichtanlagen, mit insektenschonenden Beleuchtungskörpern 	<ul style="list-style-type: none"> ↔ Tennis- und Freizeitcenter „Am Großen Sand“ ↔ Straßenbeleuchtung an den Straßen im gesamten Baugebiet „Westring“
<ul style="list-style-type: none"> • Schutz von Kalkflugsanddünen vor naturzerstörerischen Freizeitaktivitäten 	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Optimierung der Besucherlenkung im Bereich der Dünenrelikte durch Anbringen didaktisch gut aufbereiteter, ansprechender Besucherinformation (Schautafeln, Hinweis- und Gebotsschilder) 	<ul style="list-style-type: none"> ↔ Dünenrelikte (am „Pfarrer-Bechtolsheimer-Weg“, nördlich des Tennis- und Freizeitcenters „Am Großen Sand“)

Literatur

- AG METHODIK DER BIOTOPKARTIERUNG IM BESIEDELTEN BEREICH (1993): Flächendeckende Biotopkartierung im besiedeltem Bereich als Grundlage einer am Naturschutz orientierten Planung. Programm für die Bestandsaufnahme, Gliederung und Bewertung des besiedelten Bereichs und dessen Randzonen. In: *Natur und Landschaft* 68 (10), 492-526.
- AG STADTBIOTOPKARTIERUNG MAINZ (1996/1997): Stadtbiotopkartierung Mainz - Endbericht. 8 Bände. vervielf. Mskr., Univ. Mainz./ (1996a): Band 1: Methodische Grundlagen./ (1996b): Band 2: Biotoptypen./ (1996c): Band 3: Stadtnaturzonen und Bewertungsräume./ (1996d): Band 4: Bewertung./ (1996e): Band 5: Flora und Vegetation./ (1996f): Band 7: Erfassung von Naturphänomenen und naturbezogenen Freizeitaktivitäten./ (1997a): Band 6: Fauna./ (1997b): Band 8: Vorschläge zur Umsetzung der Ergebnisse in die planerische Praxis.
- BMU (BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT) [Hrsg.] (1993): Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro. Dokumente Agenda 21. Bonn.
- BÖCKER, R. & R. GRENZIUS [Hrsg.] (1998): Stadtökologische Raumeinheiten von Berlin (West). In: *Ber. Inst. Landschafts- u. Pflanzenökologie Univ. Hohenheim. Beiheft* 8.
- DAF & ANL (DACHVERBAND AGRARFORSCHUNG & BAYERISCHE AKADEMIE FÜR NATURSCHUTZ UND LANDSCHAFTSPFLEGE) [Hrsg.] (1994): *Begriffe aus Ökologie, Landnutzung und Umweltschutz*. 3. Auflage. ANL-Informationen 4.
- FREY, J. (1999): Stadtbiotopkartierung. Erfassung, Beschreibung und Bewertung städtischer Strukturelemente zwischen naturwissenschaftlicher Methodik und Naturschutz. Dargestellt an Beispielen aus der Stadt Mainz. Diss. Univ. Mainz.
- FÜRST, D., H. KIEMSTEDT, E. GUSTEDT, G. RATZBOR, & F. SCHOLLES (1992): Umweltqualitätsziele für die ökologische Planung. UBA-Texte 34/92.
- GAEBE, W. (1987): Verdichtungsräume. Stuttgart.
- HEIDT, E. & H. PLACHTER (1996): Bewerten im Naturschutz: Probleme und Wege zu ihrer Lösung. In: *Beitr. d. Akad. f. Natur- u. Umweltschutz Bad.-Württ. Bd. 23: Bewertung im Naturschutz*, 193-252.
- KÖPPEL, J. (1996): Bewertung und Umweltqualitätsziele. In: *Beitr. d. Akad. f. Natur- u. Umweltschutz Bad.-Württ. Bd. 23: Bewertung im Naturschutz*, 253-277.
- LICHTENBERGER, E. (1986): Stadtgeographie. Perspektiven. In: *Geograph. Rundschau* 38 (7/8), 54-60.
- MARKS, R., M.J. MÜLLER, H. LESER, & H.J. KLINK [Hrsg.] (1992): Anleitung zur Bewertung des Leistungsvermögens des Landschaftshaushaltes (BA LVL). In: *Forsch. z. Deutsch. Landeskunde* 229.
- SCHMITHÜSEN, J. (1950): Über Sinn und Stand der Arbeiten zur naturräumlichen Landschaftsgliederung von Deutschland. *Forsch. u. Sitzungsber. d. Akad. f. Raumforsch. u. Landesplan.* 1, 12-15.
- SCHULTE, W., P.WERNER, H.-P. BLUME, J. BREUSTE, L. FINKE, M. GRAUTHOFF, W. KUTTLER, V. MOOK, A. MUEHLENBERG, W. PUSTAL, K. REIDL, V. VOGGENREITER & R. WITTIG (Arbeitskreis Stadtökologie der Gesellschaft für Ökologie) (1997): Richtlinien für eine naturschutzbezogene, ökologisch orientierte Stadtentwicklung in Deutschland. In: *Natur & Landschaft* 72 (12), 535-549.
- SRU (RAT VON SACHVERSTÄNDIGEN FÜR UMWELTFRAGEN) (1996): Umweltgutachten 1996 des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen. Zur Umsetzung einer dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung. Unterrichtung durch die Bundesregierung. Deutscher Bundestag. 13. Wahlperiode. Drucksache 13/4108, Bonn.
- SUKOPP, H. & R. WITTIG (Hrsg.) (1993): *Stadtökologie*. Stuttgart.
- WIEGLEB, G. (1996): Leitbilder des Naturschutzes in Bergbaufolgelandschaften am Beispiel der Niederlausitz. *Verh. Ges. Ökol.* 25 (Festschr. f. R. Bornkamm), 309-319.

Der AK Suburbanisierung – Organisation, Aufgaben und Handlungsfelder

Organisation

Der AK Suburbanisierung ist ein interdisziplinär zusammengesetztes Diskussions- und Informationsforum, das 1998 von Vertretern wissenschaftlicher Einrichtungen sowie der Planungs- und Verwaltungspraxis ins Leben gerufen wurde. Folgende Disziplinen und Arbeitsrichtungen sind vertreten:

- Wirtschaftswissenschaften
- Raumforschung/ -planung
- Geographie
- Ökologie (insbesondere Urbanökologie)
- Soziologie/ Sozialwissenschaften
- Rechtswissenschaften
- Stadtplanung/ Städtebau
- Raubeobachtung/ Geomonitoring

Sie werden durch folgende Institutionen wahrgenommen:

- UFZ – Umweltforschungszentrum Leipzig – Halle GmbH
- IWH – Institut für Wirtschaftsforschung Halle
- Universitäten Leipzig und Halle
- FH Merseburg
- Thüringer Landesanstalt für Umwelt Jena
- IfL – Institut für Länderkunde Leipzig
- Prof. Dr. Usbeck – Büro für Stadt- und Regionalentwicklung Leipzig GmbH
- Stadt Rudolstadt (Stadtplanungsamt)

Aufgaben

Als inhaltlichen Schwerpunkt hat sich der Arbeitskreis den Meinungs- und Informationsaustausch, Meinungsbildung sowie Politikberatung zum Ziel gesetzt. Damit soll zur Entwicklung in ostdeutschen Stadt-Umland-Regionen beigetragen werden. Der räumliche Schwerpunkt liegt dabei in den Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, insbesondere jedoch in dem mitteldeutschen Agglomerationsraum Leipzig – Halle.

Ein vom AK 1999 erarbeitetes Positionspapier „Ostdeutsche Stadt-Umland-Regionen unter Suburbanisierungsdruck“ formuliert handlungsorientierte Thesen für eine ausgewogene Entwicklung von Stadtregionen auf der Basis von wissenschaftlichen Forschungsergebnissen und Erfahrungen aus der Planungs- und Verwaltungspraxis. Auf Grundlage dieses Positionspapiers wurde Ende 1999 ein Workshop veranstaltet, dessen Ergebnisse in diesem UFZ-Bericht publiziert sind.

Handlungsfelder

Die gegenwärtige Raumentwicklung in Stadtregionen ist durch Suburbanisierung und Siedlungsdispersion geprägt. Administrative Grenzen zwischen Kernstadt und Umland werden dabei überschritten. Raumplanung in Stadtregionen ist somit gemeinsame Aufgabe von Kernstadt und umliegenden Kommunen, die verstärkte und inhaltlich neu orientierte Zusammenarbeit erfordert.

Die bisherige Entwicklung in Stadtregionen in den neuen Bundesländern hat in einem außerordentlich kurzem Zeitraum zu baulich manifestierten und dispersen Strukturen geführt, die nur schwer mit einer nachhaltigen Regionalentwicklung vereinbar sind. Eine gezielte Gestaltung des Suburbanisierungsprozesses – einschließlich einer Verständigung über Entwicklungsziele und Erarbeitung von urbanen sowie suburbanen Entwicklungsstrategien – wird deshalb in Zukunft ausgesprochen bedeutsam. Der AK Suburbanisierung kann mit seiner Arbeit dazu beitragen.

Ostdeutsche Stadt-Umland-Regionen¹ unter Suburbanisierungsdruck

Positionspapier des Arbeitskreises Suburbanisierung²

1 Zum Anliegen

Aus Sorge darum, daß sich die bisherigen Entwicklungsverläufe in den ostdeutschen Stadt-Umland-Regionen zum Nachteil der dort lebenden Menschen verstetigen, wenden sich die Vertreter mehrerer wissenschaftlicher Einrichtungen mit dieser gemeinsamen Stellungnahme an Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung und an die Öffentlichkeit.

Das vorliegende Papier formuliert handlungsorientierte Thesen für eine ausgewogene und sinnvoll gesteuerte Entwicklung von Stadt-Umland-Regionen auf Basis von Forschungsergebnissen in Ostdeutschland verschiedener wissenschaftlicher Einrichtungen und Erfahrungen aus der Verwaltungspraxis.³

Suburbanisierung und Siedlungsdispersion in den Stadt-Umland-Regionen der neuen Länder sind – nach 40 Jahren kompakter Stadtentwicklung in der ehemaligen DDR – zu zentralen Elementen der gegenwärtigen Raumentwicklung geworden. Mit der Ausbreitung urbaner Bevölkerung, Lebensweisen und Wirtschaftsformen und der sehr dynamischen Flächeninanspruchnahme im Umland der Kernstädte werden administrative Grenzen zwischen Kernstadt und Umland übersprungen und verlieren an Bedeutung. Dennoch ist die Planungshoheit einzig und allein bei den Kommunen geblieben, wodurch Konflikte innerhalb der Stadt-Umland-Regionen vorprogrammiert sind. Daraus resultiert die Notwendigkeit einer verstärkten, qualitativ neuen Stadt-Umland-Kooperation.

Im folgenden werden Analyseergebnisse, Handlungsempfehlungen und weiterer Forschungsbedarf zum Thema aufgezeigt.

2 Zum aktuellen Suburbanisierungsprozeß

In den neuen Bundesländern ist die derzeitige Situation im urbanen und suburbanen Raum das Ergebnis einer Entwicklung, die in einem außerordentlich kurzen Zeitraum zu baulich manifestierten und vielfach dispersen Strukturen geführt hat. Diese sehr dynamisch verlaufende Entwicklung führte zu einer deutlichen Aufwertung des Umlandes, zu einer absoluten Dekonzentration von Bevölkerung und Arbeitsplätzen trotz insgesamt abnehmender Bevölkerungs- und Beschäftigtenzahlen innerhalb der Stadt-Umland-Region mit weitreichenden sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Konsequenzen für die betroffenen Gebietseinheiten:

Kernstadt:

- Anhaltende Einwohnerverluste infolge der Abwanderung ins Umland;
- zunehmende sozialräumliche Differenzierung zwischen und innerhalb von Stadtteilen;
- zurückgehende Steuereinnahmen bei steigenden finanziellen Belastungen;

¹ Stadt und Umland bilden eine funktionale Gemeinschaft räumlicher Struktur. Sie ist als Ganzes in ihren gleichwertigen und gleichberechtigten Teilen (Stadt und Umland) die bestimmende Einheit für konzeptionelle Gestaltung und räumliche Entwicklung. Deshalb wird der übliche „stadtdominierende“ Begriff „Stadtregion“ hier nicht verwendet.

² Erschienen als UFZ-Diskussionspapier 6/ 1999, Internetadresse: <http://www.ufz.de/spb/urb/publik.html>

³ Auf die gesamtstaatliche Verantwortung, ohne die eine sinnvolle Entwicklung nicht möglich ist, kann in diesem Papier nicht eingegangen werden.

- Auslastungsrückgang und Schließung von sozialen Infrastruktureinrichtungen;
- bedeutender Leerstand bei Gewerbe- und Wohnraum;
- wachsende Verkehrsströme zwischen Kernstadt und Umland;
- rückläufige Umsätze des innerstädtischen Einzelhandels zugunsten der „Grünen Wiese“.

Umland:

- Anhaltende Zuwanderung einkommensstarker Familien und von Paaren aus der Kernstadt;
- steigende Steuereinnahmen;
- unzureichende Infrastrukturausstattung in den neu entstandenen Wohngebieten, insbesondere mit Engpässen in der sozialen Infrastruktur;
- Defizite in der Integration der neuen Wohngebiete in die gewachsene Dorfstruktur;
- fehlende Belegung erschlossener Gewerbeflächen und Leerstand von Bürohäusern;
- hoher Flächenverbrauch durch Gewerbeansiedlung und Neubau von Wohnsiedlungen;
- Versiegelung, Zerstörung und Zerschneidung der Kulturlandschaft;
- wachsende zentrifugale, zentripetale und tangentialen Verkehrsströme, insbesondere durch Pendler.

Zurückzuführen sind die dynamischen Suburbanisierungsprozesse zu einem wesentlichen Teil auf:

- eine abschreibungsorientierte Förderpolitik in den vergangenen Jahren und das zeitweise Fehlen adäquater planungsrechtlicher Instrumente bzw. deren Unwirksamkeit;
- Entwicklungshemmnisse, die sich in den Städten räumlich konzentrieren, wie verzögerte Aktivierung vorhandener Flächenreserven, ungeklärte Eigentumsverhältnisse und flächenhafter Denkmalschutz;
- spezifische Interessen der beteiligten Akteure (Nachfrager, Anbieter, Investoren, Grundstückseigentümer u.a.).

Die bisherigen Entwicklungen in den Stadt-Umland-Regionen der neuen Länder sind nur schwerlich mit einer kooperativen Regionalentwicklung in Einklang zu bringen. Deshalb kommt es darauf an, den weiteren Prozeß der Suburbanisierung gezielt zu gestalten – ihn nicht nur negativ zu bewerten, Verständigung hinsichtlich der Entwicklungsziele des suburbanen Raumes als Bestandteil der Stadt-Umland-Region zu erreichen und letztlich urbane und suburbane Entwicklungsstrategien zum beiderseitigen Nutzen miteinander zu verbinden. In Anbetracht dessen sind Formen der Kooperation erforderlich, die die Stadt-Umland-Region als Ganzes begreifen, kommunale Abgrenzungen einschränken und Privilegien wie auch Benachteiligungen eindämmen. Das gemeinsame Ziel muß sein, die Wohn- und Lebensqualität in Kernstädten und ihrem Umland zum gegenseitigen Vorteil zu erhalten bzw. zu verbessern.

Die Notwendigkeit einer engen Stadt-Umland-Kooperation ist bereits erkannt, jedoch mangelt es an konkreten Formen der Umsetzung. Bisher sind auch in den alten Ländern erst wenige positive Ansätze realisiert worden, z.B. in den Regionen Stuttgart und Hannover sowie im Umlandverband Frankfurt. Die vorhandenen Erfahrungen sollen berücksichtigt werden, sie können jedoch nicht pauschal auf die neuen Bundesländer übertragen werden. Letztlich muß jede Region unter Berücksichtigung ihrer spezifischen Bedingungen sukzessive eigene Wege erproben.

3 Handlungsempfehlungen

Konkrete Handlungsempfehlungen richten sich an kommunale und regionale Entscheidungsträger und an beteiligte bzw. betroffene Akteure. In der Gestaltung planungs- und förderrechtlicher Rahmenbedingungen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene ist eine stärkere Orientierung auf Zielstellungen für die gesamte Stadt-Umland-Region zu fordern. Die Analyse und die Berücksichtigung der Akteursperspektiven stellen eine wesentliche Voraussetzung für eine Konsensfindung unter den Beteiligten dar. Die spezifischen Perspektiven müssen möglichst gleichberechtigt in der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden. Nur auf dieser Basis sind von allen Beteiligten getragene Konsenslösungen bzw. Kompromisse zu erwarten. Die zur Anwendung gelangenden Instrumente sind hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit zu bewerten und entsprechend der Zielstellungen weiterzuentwickeln. Da sich die Einzelhandels- und Gewerbesuburbanisierung in den neuen Ländern – nach einer sehr expansiven Phase Anfang der 90er Jahre – stark verlangsamt haben, wird nachfolgend der anhaltenden Wohnsuburbanisierung besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Wohnsuburbanisierung qualitativ gestalten

Es ist davon auszugehen, daß auch weiterhin Bevölkerungsgruppen ins Umland ziehen werden, die hier entsprechend ihren Wohnpräferenzen die adäquaten Bedingungen vorfinden. Allerdings sollte dieser Prozeß so gesteuert werden, daß der Raum in unmittelbarer Umgebung der Städte weiterhin verschiedene Funktionen erfüllen kann. Neben dem Angebot eines attraktiven Wohnumfeldes wird das Umland durch seine spezifisch gewachsene Form einer Kulturlandschaft charakterisiert. Die Siedlungsstrukturen sollen so geplant werden, daß die Bildung überschaubarer Nachbarschaften unterstützt und damit Identitäten geschaffen werden. In jedem Fall sollte verhindert werden, daß um die Städte struktur- und gesichtslose „Speckgürtel“ entstehen, die von den Erholungssuchenden aus den Städten übersprungen werden. Eine Voraussetzung dafür ist das Abrücken von architektonischen Lösungen ohne Rücksichtnahme auf traditionelle Ortsstrukturen. Suburbane Lebensräume müssen so entwickelt werden, daß sie Voraussetzungen zur Entstehung spezifischer Lebensweisen bieten und gleichzeitig hochwertige (Aufenthalts)qualitäten offerieren.

Sich daraus ableitende Handlungsempfehlungen sind:

- Nutzung des Handlungsspielraumes, den die stärkere Berücksichtigung von Belangen des Bodenschutzes sowie des Naturschutzes und der Landschaftspflege in der Flächennutzungsplanung (§1a, §5 Abs. 2, Pkt.10 u. Abs. 2a; BauGB) bietet (Bereitstellung naturschutzrechtlicher Ausgleichsflächen (§200a BauGB), Verhinderung von Siedlungsmaßnahmen in ungeeigneter Lage und Dimension sowie Schutz wertvoller Landschaftsbestandteile);
- Ausgestaltung neuer Wohngebiete nicht mehr vorrangig durch die Bauträger, sondern in gemeinsamer Verantwortung mit kommunalen und regionalen Einrichtungen;
- Zugänglichkeit und Attraktivität der Landschaft im Umland, unter Einbeziehung des Naturschutzes erhöhen sowie eine Vernetzung mit Freiflächen der Kernstadt schaffen;
- Vernetzung von alten und neuen Siedlungsgebieten als Beitrag zur Diversifizierung suburbaner Lebensformen und Steigerung der Wohnattraktivität, Einbeziehung der Dorfkerne in die Bebauungspläne.

Attraktivität der Kernstädte erhöhen

Um den massiven Abwanderungsverlusten aus den Großstädten zu begegnen, erscheinen uns folgende Maßnahmen zur Erhöhung der Attraktivität der Stadt als Wohnstandort geeignet:

- Erhaltung und Förderung der Vielfalt der städtischen Angebote und der damit gegebenen Wahlmöglichkeiten;

- Erhaltung und Förderung kleinteiliger Strukturen auf der Ebene der Viertel und der Blöcke, die Nachbarschaften hervorbringen und soziale Netzwerke begründen;
- Erhaltung existierender Wohnmilieus als Grundlage der Stabilisierung sozialer Netzwerke;
- Erhaltung und Stärkung spezifischer innerstädtischer Qualitäten urbanen Lebens (z.B. Nutzungsvielfalt durch kulturelle Angebote, ein breites Spektrum an Versorgungsmöglichkeiten, einladende öffentliche Räume);
- Erhalt und Ausbau von Möglichkeiten zur barrierefreien Distanzüberwindung (fußgängerfreundliche Wege, gut ausgebautes Radwegenetz);
- Forcierung der Sanierungsmaßnahmen durch Veränderung der Subventionspolitik hinsichtlich der Kanalisierung der Fördermittel in innerstädtische Sanierungsmaßnahmen
- Prüfung neuer Modelle genossenschaftlicher Sanierungsaktivitäten, um damit u.a. eine Eindämmung des Leerstandes von Wohnungen und der Zahl ruinöser Wohngebäude zu erreichen;
- Ausweisung von preiswerten Arealen für flächensparenden Eigenheimbau an infrastrukturell erschlossenen Standorten;
- Naturschutz berücksichtigende Umnutzung und Gestaltung von Brachflächen, u.a. zur Neuschaffung von Grünanlagen und dadurch Aufwertung des Wohnumfeldes;
- Verringerung von Umweltbelastungen mit Priorität auf Minderung des motorisierten Individualverkehrs im Wohnumfeld.

Stadt-Umland-Kooperation verbessern

Die Verflechtungen zwischen Stadt und Umland sind heute so eng, daß das Beharren auf eigenständiger Entwicklungsplanung für beide Seiten ineffizient ist. Andererseits zeigen bisherige Erfahrungen, daß eine Politik der Eingemeindung des Umlandes in die Großstädte grundsätzliche Probleme nicht lösen konnte und somit als Steuerungsinstrument nur bedingt geeignet ist.

Die Betrachtungsebene der Zukunft muß die der Stadt-Umland-Region sein. Hierfür gibt es derzeit keine generellen Handlungsstrategien, sondern allenfalls modellhafte Beispiele. Ansätze zur Umsetzung solcher Stadt-Umland-Kooperation werden beispielhaft benannt:

- Schaffung von Regelungen zum finanziellen Ausgleich und Abbau ungleicher Belastungen, z.B. durch Bemessungsgrundlagen im Kommunalausgleich auf Basis der Bevölkerungszahl der Region;
- Neuregelung der Zuschüsse der Gebietskörperschaften für den Stadtverkehr in Hinsicht auf eine stabilisierte und ggf. verbesserte ÖPNV-Anbindung der Umlandgemeinden, Schaffung von Anreizsystemen zu dessen Nutzung (z.B. verkehrsmittelunabhängige Entfernungspauschale) und Abstimmung zur Verkehrserschließung von randstädtischen Umlandgemeinden;
- Erstellung regionaler Entwicklungskonzepte einschließlich ihrer Umsetzung und Sicherstellung der Nachbegleitung und Auswertung im Sinne einer Effizienzkontrolle als ständiger Prozeß der interkommunalen Kooperation;
- Erweiterung der Moderatorenfunktion neben der Erstellung von regionalen Entwicklungskonzepten auf andere Bereiche der Flächennutzungsplanung mit dem Ziel einer verbesserten Abstimmung der Akteure;
- Nutzung von Umwelt-Fördermitteln für die Entwicklung der Stadt-Umland-Region,
- Koordinierung der Bauleitplanung unter der Prämisse der Neu- und Umnutzung bereits ausgewiesener Bauflächen vor Neuausweisungen,
- Nutzung der Möglichkeit, einen Regionalen Flächennutzungsplan [RegFNP] zu erstellen (§9, Abs. 6 ROG), was gemäß § 204 Abs. 1 BauGB vor allem von solchen Gemeinden gefordert wird, deren „städtebauliche Entwicklung wesentlich durch gemeinsame Voraussetzungen und Bedürfnisse bestimmt wird“ oder bei denen „ein gemeinsamer Flächennutzungsplan einen gerechten Ausgleich der verschiedenen Belange ermöglicht“.

4 Forschungsbedarf

Aus den bisherigen Überlegungen und Diskussionen sind zu zahlreichen Fragestellungen noch keine schlüssigen Antworten vorhanden. Dies resultiert daraus, daß die Suburbanisierungsprozesse in den neuen Bundesländern hinsichtlich Ablauf, Dynamik und Ausmaß selbst ein Novum darstellen. Zudem erschwert das Fehlen einer ständigen wissenschaftlichen Begleitung der regionalen Entwicklungen die Suche nach angemessenen Lösungen und Antworten. Ein entsprechendes Monitoring sollte über die zeitweise Begutachtung einzelner Vorhaben hinausgehen. Die Komplexität der Stadt-Umland-Vernetzung in ihrer Entwicklung ist verstärkt zu verdeutlichen. Dazu sind ihre Charakteristik, die Erklärung ihrer ambivalenten räumlichen Wirkungen und ihre Bewertung erforderlich, um zukünftige Entwicklungschancen und -hemmnisse von Stadt-Umland-Regionen erkennen zu können.

Der Forschungsbedarf konzentriert sich nach unserer Überzeugung auf zwei Schwerpunktbereiche:

- a) Die begleitende Beobachtung, das Monitoring, der sich vollziehenden Entwicklungen, einschließlich deren Bewertung. Dies heißt u.a.:
 - Kontinuierliches Monitoring des Suburbanisierungsprozesses unter Nutzung der vorhandenen Datenbasis aus der laufenden Raumbewertung der Landesplanung und anderer statistischer Quellen;
 - periodische Auswertung der beobachteten Raumentwicklung in Berichtsform als Instrument spezifischer Regionalplanung;
 - Analyse der Veränderungstrends in der Flächennutzung im Stadtumland, u. a. Herausarbeitung der Profile der Freizeit- und Naherholungsangebote und -aktivitäten;
 - Ermittlung der Akteursperspektive zur Erkundung von Wohnpräferenzen, Aufzeigen von Chancen für neue Lebensweisen und neue Lebensstile im urbanen und im suburbanen Raum, um lokale Identität zu stärken.

- b) Ableitung von Leitbildern und Handlungsempfehlungen für die Stadt-Umland-Region, einschließlich dem Erproben von Modellvorhaben, d.h.:
 - Entwicklung von Szenarien für interkommunale Zusammenarbeit, von der alle beteiligten Partner profitieren;
 - Konzepte für eine ökologisch orientierte Entwicklung von Klein- und Mittelstädten im suburbanen Raum;
 - Weiterentwicklung von Konzeptionen zur Lenkung des Suburbanisierungsprozesses in Stadt-Umland-Regionen als Alternative und Ergänzung zur kommunalen Planungshoheit;
 - Gestaltung der Fördermittelpolitik u.a. unter dem Aspekt regionaler Wohnungsbauförderung;
 - Untersuchungen zum Regelungsinstrument Bodenpreis bezogen auf rechtliche und wirtschaftliche Fragen, Steuerregularien nach Flächennutzung ausrichten;
 - Erarbeitung von Handlungsempfehlungen und Anreizen zur regionalen Stadt-Umland-Kooperation mit der Zielorientierung, die Attraktivität von Stadt und Umland zu erhöhen;
 - Entwicklung von kurz-, mittel- und langfristigen Kooperationsvorhaben im Rahmen eines Stadt-Umland-Verbandes mit konkreter Zeitplanung;
 - Entwicklung von Leitbildern der Kulturlandschaften für Stadt-Umland-Regionen.

Das vorliegende Positionspapier ist das Ergebnis eines Diskussionsprozesses, an dem Vertreter des UFZ - Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH, des Instituts für Länderkunde Leipzig, der Institute für Geographie an den Universitäten Halle und Leipzig, des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, der Fachhochschule Merseburg, der Thüringer Landesanstalt für Umwelt, des ehem. Interdisziplinären Instituts für Natur- und Umweltschutz der Universität Leipzig, der Bauhaus Universität Weimar und der Usbeck-GmbH mitgewirkt haben.

Mitwirkende am Positionspapier:

S. Kabisch (federführend), P. Böhm, J. Breuste, P. Franz, K. Friedrich, O. Funck, G. Herfert, S. Heydenreich, P. Jakob, T. Keidel, U. Knabe, G. Knoth, I. Kollatzsch, I. Kuhpfahl, P. Moser, H. Niemann, R. Patz, J. Schulz, H. Usbeck, M. Wächter, D. Wagler, S. Wohlleber.

Ein wichtiges Ziel des vorliegenden Papiers ist es, mit den Adressaten in einen Diskussionsprozeß einzutreten. Meinungsäußerungen sind daher herzlich willkommen.

Publikationen

- BREUSTE, J. (1997): Der suburbane Raum als neue Kulturlandschaft. in: Breuste, J. [Hrsg.]: 2. Leipziger Symposium Stadtökologie: „Ökologische Aspekte der Suburbanisierung“ (= UFZ-Bericht 7/1997), 3-16.
- BREUSTE, J., KABISCH, S. (1996): Stadtregion Leipzig. Konfliktfeld der Raumentwicklung. Informationen zur Raumentwicklung. Heft 4/5, 221-231.
- FRANZ, P., R. RICHERT & M. WEILEPP, (1997): Suburbanisierung von Handel und Dienstleistungen in Ostdeutschland. Auswirkungen auf die Innenstädte und Maßnahmen der Gegensteuerung. Archiv für Kommunalwissenschaften. 36. Jg., 48-72.
- FRIEDRICH, K. (1998): Die Suburbanisierung in der Stadtregion Halle (Saale). In: Hallesches Jahrbuch Bd. 20, 107-115.
- HERFERT, G., J. DANGSCHAT, (1997): Wohnsuburbanisierung im Umland deutscher Oberzentren. In: Institut für Länderkunde [Hrsg.]: Atlas Bundesrepublik Deutschland (Pilotband). Leipzig. (Textband und CD-Version), 58-61.
- HERFERT, G. (1997): Struktur und regionale Differenziertheit der Wohnsuburbanisierung. In: Großstadtregionen der neuen Länder. In: BfLR [Hrsg.]: Regionalbarometer neue Länder. Dritter zusammenfassender Bericht. Materialien zur Raumentwicklung. Heft 83, 17-29.
- KABISCH, S., S. LINKE & O. FUNCK, (1998): Revitalisierung von Tagebaurandgemeinden. Chancen und Hemmnisse aus Bewohnersicht. In: Dachverband Bergbaufolgelandschaften e.V./ Stiftung Bauhaus Dessau [Hrsg.]: Jahrbuch BergbauFolgeLandschaften 1998.
- SCHULZ, J. (1997): Zu Suburbanisierungstendenzen im Umland von Erfurt, Weimar, Jena und Gera. In: Breuste, J. [Hrsg.] (1997): 2. Leipziger Symposium Stadtökologie „Ökologische Aspekte der Suburbanisierung“. (= UFZ-Bericht 7/1997).
- USBECK, H., H. NIEMANN, B. USBECK (1998): Suburbanisierung in Thüringen. Studie im Auftrag des Thüringischen Ministeriums für Wirtschaft und Infrastruktur, Abteilung Raumordnung und Landesplanung.
- USBECK, H., H. NEUMANN, (1995): Aspekte des wirtschaftlichen und räumlichen Strukturwandels in deutschen Großstadtregionen. Deindustrialisierung, Schrumpfung, Funktionsverlust? In: Verband deutscher Städtestatistiker. Jahresbericht 1995, 99-126.

Autorenverzeichnis

Artmann, Leo
Regierungspräsidium Leipzig
Braustraße 2
04107 Leipzig
Tel: 0341/97760000

Banse, Juliane
IÖR Dresden
Weberplatz 1
012107 Dresden
Tel.: 0351/4679258

Breuste, Jürgen
Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH
Permoserstr. 15
04318 Leipzig
Tel.: 0341/2352843

Eckhardt, Frank
Bauhaus-Universität Weimar
Leibnizallee 20
99421 Weimar
Tel.: 03643/ 583804

Effenberger, Karl-Heinz
IÖR Dresden
Weberplatz 1
012107 Dresden

Franz, Peter
Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Kleine Märkerstr. 8
06108 Halle
Tel.: 0345/7753755

Frey, Jochen
FÖJ Rheinland-Pfalz
Postfach 1951
55009 Mainz

Golnik, Karsten
Stadt Halle
Marktplatz 1
06100 Halle
Tel.: 0345/2216253

Herfert, Günter
Institut für Länderkunde
Schongauerstr. 9
04329 Leipzig

Hesse, Markus
IRS
Flakenstr. 28-31
15537 Erkner

Kühn, Manfred
IRS
Flakenstr. 28-31
15537 Erkner

Mohr, Barbara
Institut für Geographie
Johannisallee 19a
04103 Leipzig

Moser, Peter
Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH
Permoserstr. 15
04318 Leipzig
Tel.: 0341/2352369

Mühle, Heidrun
Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH
Permoserstr. 15
04318 Leipzig
Tel.: 0341/2352344

Schmitz, Stefan
BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung)
Am Michaelshof 8
53177 Bonn

Usbeck, Hartmut
USBECK GmbH
Arnoldplatz 5a
04439 Engelsdorf

Wohlleber, Sandra
Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH
Permoserstr. 15
04318 Leipzig
Tel.: 0341/2352182

Herausgeber: Professor Dr. Jürgen Breuste
Redaktion: Dr. Raimund Krumm

UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH
Projektbereich Urbane Landschaften
Postfach 2, 04301 Leipzig

Tel. 0341/235-2843; Fax 0341/235-2534